

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Fragen und Antworten
zur BRD und DDR
bis zur Vereinigung Mittel- und
Westdeutschlands
von 1949 bis 1990**

Sonderheft Nr. 42



**Fragen und Antworten
zur BRD und DDR
bis zur Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands
von 1949 bis 1990**

Sonderheft Nr. 42

Fragen und Antworten ... 1949-1990

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Wer verhinderte die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland?	3-7
2. Wie erfolgte die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik?	8-9
3. Was verhinderte jahrzehntelang die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie?	9-11
4. Wieso wurden die bisherigen deutschen Entschädigungszahlungen für die Holocaust-Überlebenden nicht angemessen anerkannt?	12-13
5. Weshalb scheiterte im Juni 1953 der Volksaufstand der Mitteldeutschen gegen das kommunistische Ulbricht-Regime?	13-16
6. Warum begann mit der Anwerbung von Gastarbeitern die allmähliche Bildung einer multikulturellen Gesellschaft?	16-18
7. Wer profitierte von der Mitgliedschaft in der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (NATO)?	18-19
8. Wie wurde die DDR Mitglied des Warschauer Beistandspakts?	20
9. Was führte nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland zum sogenannten "Wirtschaftswunder"?	20-24
10. Wieso wurde die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") wirklich gegründet?	25-27
11. Weshalb wurde die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) gegründet?	27-30
12. Warum flohen Millionen Deutsche aus Mitteldeutschland nach Westdeutschland?	30-32
13. Wer ordnete am 13. August 1961 zur vollständigen Spaltung Berlins den Bau der "Berliner Mauer" an?	32-33
14. Wie leitete man in Westdeutschland bereits frühzeitig die "neue Ostpolitik" ein?	33-38
15. Was kritisierte der Bund der Vertriebenen (BdV) an der Ratifizierung der "Ostverträge" durch die SPD/FDP-Regierung im Jahre 1972?	38-44
16. Wieso zählte Willy Brandt zu den gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlangern der Neuen Weltordnung?	44-45
17. Weshalb sollen sich die Deutschen für alle Zeiten mit dem latenten Antigermanismus, der angeblichen Befreiung und dem allgegenwärtigen Schuld kult abfinden?	45-50
18. Warum sollten völkerrechtlich aufgearbeitete und gesühnte Verbrechen der historischen Vergangenheit zugeordnet werden?	50-54
19. Wer wurde auch als Zögling der Frankfurter Schule bezeichnet?	54-55
20. Wie wollte die 68er Bewegung die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland grundlegend verändern?	55-73

21. Was förderte den Niedergang des Christentums in der Bundesrepublik Deutschland?	73-75
22. Wieso zählte Helmut Kohl zu den gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlangern der Neuen Weltordnung?	75-77
23. Weshalb brach die DDR nach 40 Jahren tatsächlich zusammen?	77-79
24. Warum ist die DDR bis zum heutigen Tag kein Bestandteil der BRD?	79-83
25. Wer verursachte die Völkerrechtswidrigkeit und damit Nichtigkeit des sogenannten "Zwei-plus-Vier-Vertrages" vom 12. September 1990?	83-91
26. Wie veränderte sich der völkerrechtliche Status der Bundesrepublik Deutschland nach der sogenannten Wiedervereinigung mit der Deutschen Demokratischen Republik?	91-93
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	94-96

Fragen und Antworten zur BRD und DDR bis zur Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands von 1949 bis 1990

1. Wer verhinderte die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland?

Der Parlamentarische Rat stellte am 23. Mai 1949 in einer öffentlichen Sitzung fest, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Dritteln der beteiligten westdeutschen Länder - Ausnahme: Bayern - angenommen und damit die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 144 GG als parlamentarischer Staat gegründet worden sei.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel hieß, sondern das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte (als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen) in Kraft gesetzt. Das Grundgesetz mußte den Besatzungsmächten zur Genehmigung vorgelegt werden.

Obwohl das deutsche Volk völkerrechtlich als Staatsvolk erhalten geblieben war, erfolgte damals keine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes, so daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 ohne die direkte demokratische Beteiligung des deutschen Volkes in Kraft trat.

Das deutsche Grundgesetz, in dem zahlreiche "Sonderwünsche" bzw. Forderungen der Westmächte berücksichtigt werden mußten, sollte im Hinblick auf Mittel- und Ostdeutschland nur für "eine Übergangszeit" gelten. Bis zum heutigen Tag erfolgte jedoch keine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes.

Die Urfassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 enthielt wesentliche Beschränkungen deutscher Hoheitsrechte. Auswärtige Beziehungen, Wirtschaftspolitik, Legislative, Exekutive, Gerichtsbarkeit waren Einschränkungen unterworfen: In Notstandssituationen konnten die Besatzungsmächte wieder die volle Hoheit übernehmen. Verfassungsänderungen mußten genehmigt werden.

Die eigentliche Verfassung der Bundesrepublik Deutschland war zunächst das sogenannte Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte.

Konrad Adenauer wurde am 15. September 1949 zum Bundeskanzler gewählt.

Bundeskanzler Adenauer bildete daraufhin noch am selben Tag eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU, FDP und DP.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über Bundeskanzler Adenauer (x068/302-304): >>... Wie das ostdeutsche Marionettensensemble in Pankow Moskaus Direktiven erfüllte, so (erfüllte) im Westen, in Bonn, der katholi-

sche Kanzler (Adenauer) die Wünsche Washingtons, der USA, wo er übrigens, vielleicht als erster ausländischer Staatsmann, für sich eine Werbeagentur nutzte.

Schließlich konnte der Mann der ahnungslosen Nation jenseits des großen Wassers allerlei altes Neues über sich melden. Zum Beispiel:

Ich habe als Oberbürgermeister Kölns 1917 versichert, die Stadt werde "untrennbar mit dem Deutschen Reich vereinigt" sein "und sich stets als Glied des deutschen Vaterlandes fühlen".

Ich habe 1919 proklamiert: "Entweder wir kommen direkt oder als Pufferstaat zu Frankreich ..."

Ich habe im Winter 1932/33 erklärt, "daß nach meiner Meinung eine so große Partei wie die NSDAP unbedingt führend in der Regierung vertreten sein müsse."

Ich habe 1934 in einem Brief an Hitlers Innenminister meine Verdienste, meine jahrelangen Verdienste für die Nazi-Partei betont. Ich habe die Partei des Führers schon in der Weimarer Republik "immer durchaus korrekt behandelt" und ich tat das im "Gegensatz zu den damaligen ministeriellen Anweisungen"! Ich bin ein Paradebeispiel für alle Beamten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde ich, natürlich als Widerstandskämpfer, Oberbürgermeister von Köln, dann zwar von den britischen Behörden "wegen Unfähigkeit" bald wieder entlassen. Aber wie Harry Truman mit einem kleinen Krimskramsgeschäft bankrott machen und doch Präsident der Vereinigten Staaten werden konnte, so stieg auch ich, der infolge "Unfähigkeit" entlassene Kölner Bürgermeister, zum deutschen Bundeskanzler auf, mit besonderer Hilfe, wie ich hinzufügen möchte, der römisch-katholischen, der allein wahren Kirche.

Während Konrad Adenauer aber alsbald mit aller Intensität die geforderte Wiederaufrüstung betrieb, belog er - er mußte denn kein Politiker gewesen sein - systematisch die Deutschen, was schlicht unumgänglich war, weil die meisten einfach genug hatten vom Krieg, weil sie schon jeder Uniformknopf unausstehlich anstank, geschweige mehr. Die Wiederaufrüstung war, wie er, Adenauer, selbst zugeben mußte, trotz "aller Anstrengungen der Bundesregierung ... im deutschen Volk sehr unpopulär". Also machte er sich zum Sprecher des deutschen Volkes und redete mit jener Entschiedenheit, die Politiker immer bekunden, wenn sie lügen, "prinzipiell gegen eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland", "strikt gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik".

"Eine Aufstellung von militärischen Streitkräften in Deutschland wünschen wir nicht, wir haben genug vom Krieg" usw. Kurz, Adenauer war so pazifistisch wie Wilson bis 1917. Oder Roosevelt bis 1941. Oder wie Konrad Adenauer 1919. Und wie er fast alle Nazis, außer jenen, die nun mal in Nürnberg gehängt worden waren, wieder in Dienst nahm, wie er die Justiz mit hohen Nazirichtern, das Auswärtige Amt mit hohen Nazidiplomaten nur so überschwemmte, so eben auch die neue alte Truppe mit Nazigenerälen und -admirälen. Fast alle kamen sie wieder, nur jetzt natürlich nicht mehr für das Böse, sondern für das Gute wirkend. Sie alle hatten sich gewandelt, alle, ganz von innen her, wahrhaftig. Siehe, alles ist neu geworden ...

Wirklich, war es ein Wunder, daß Kanzler Adenauer, einmal von Vizekanzler Erhard gefragt, ob er denn das ganze deutsche Volk und seine Interessenvertreter für korrupt halte, prompt die Gegenfrage stellte, ob Erhard etwa glaube, daß dem nicht so sei ...

Ein Staat kann nicht besser als seine Führung sein, jedenfalls nicht so lange, bis er das Gegenteil beweist. Adenauer bemühte sich nun, päpstlicher zu sein als der Papst. Als hochgedienter Knecht machte er sich dem Herrn gefällig. Und während er eine Rüstungsbeschränkung nach der andern beseitigte, während er unentwegt Angst suggerierte, unentwegt drohte mit dem Menetekel der bolschewistischen Gefahr - wie schade, daß wir die Höhe seines Kontos nicht kennen -, lehnte er jedes Disengagement, jede Veränderung des Status quo, zum Beispiel in Berlin, starrsinnig ab, ein Zustand, den selbst Eisenhower "anomal und gefährlich" nannte.

Dafür harmonierte der deutsche Kanzler um so besser mit den US-Außenministern. Hatte er schon zu dem Bischofssohn Dean Acheson, der Trumans Containment-Politik betrieb, ausge-

zeichnete Beziehungen, so noch bessere zu dessen Nachfolger. Dulles und Adenauer, das waren zwei Seelen aus einem Stoff, verbohrt Antikommunisten mit einer starken Affinität zu Leuten wie Mussolini, dem Adenauer 1929 telegraphiert hatte, sein Name werde in goldenen Buchstaben in die Geschichte der katholischen Kirche eingetragen ... Für Hitler allerdings hatte der Beauftragte der US-Banken, Dulles, mehr getan als der Oberbürgermeister von Köln je hätte tun können. ...<<

Bundeskanzler Adenauer berichtete während der Regierungserklärung am 20. September 1949 über die Konstituierung der Bundesregierung und das Besatzungsstatut (x973/...): >>Meine Damen und meine Herren! ...

Mit der Konstituierung der Bundesregierung, die am heutigen Tage erfolgt ist, ist auch das Besatzungsstatut in Kraft getreten. Wenn auch die Zuständigkeit des Bundestags und der Bundesregierung durch das Besatzungsstatut beschränkt ist, so darf uns doch diese Entwicklung, dieses Werden des deutschen Kernstaates mit Freude erfüllen. ...

Unter den Bundesministerien fehlt ein Außenministerium. Ich habe auch nicht den an mich herangetragenen Wünschen stattgegeben, ein Ministerium für zwischenstaatliche Beziehungen einzurichten. Ich habe das deshalb nicht getan, weil nach dem Besatzungsstatut die auswärtigen Angelegenheiten unter Einschluß internationaler Abkommen, die von Deutschland oder im Namen Deutschlands abgeschlossen werden, Sache der Alliierten Hohen Kommission für die drei Zonen sind.

... Deutschland ist infolge Besatzung, Ruhrstatut, Marshall-Plan usw. enger mit dem Ausland verflochten als jemals zuvor.

(Abgeordneter Renner: "Verflochten" ist gut!)

... Das Besatzungsstatut ist alles andere als ein Ideal. Es ist ein Fortschritt gegenüber dem rechtlosen Zustand, in dem wir bis zum Inkrafttreten des Besatzungsstatuts gelebt haben. Es gibt aber keinen andern Weg für das deutsche Volk, wieder zur Freiheit und Gleichberechtigung zu kommen,

(Abgeordneter Renner: Friedensvertrag!)

als indem es dafür sorgt, daß wir nach dem völligen Zusammenbruch, den uns der Nationalsozialismus beschert hat, mit den Alliierten zusammen wieder den Weg in die Höhe gehen. Der einzige Weg zur Freiheit ist der, daß wir im Einvernehmen mit der Hohen Alliierten Kommission unsere Freiheiten und unsere Zuständigkeiten Stück für Stück zu erweitern versuchen.<< Die BRD und die DDR gehörten damals völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten in politischen Kontakt zu treten.

Die BRD und die DDR hatten kein unbeschränktes Recht auf Selbstbestimmung und konnten deshalb nur begrenzt über die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungen des Landes entscheiden. Die BRD und die DDR verfügten aufgrund der Berliner Deklaration und des Potsdamer Abkommens nicht eigenständig über alle natürlichen Reichtümer und Existenzmittel des Landes, sondern wurden jahrzehntelang systematisch ausgeraubt.

Die BRD und die DDR waren keine souveränen Staaten, denn sie verfügten nicht über die 3 klassischen völkerrechtlich Merkmale eines Staates: Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt.

Erst nachdem die Bundesrepublik Deutschland sämtliche deutschen Auslandsschulden (ohne Verrechnung der nach Kriegsende beschlagnahmten Vermögenswerte im Ausland und der beschlagnahmten deutschen Patente) anerkannt hatte, erhielt sie im März 1951 eine begrenzte außenpolitische Souveränität (x128/266).

Während der "Pariser Konferenz" (19. bis 23. Oktober 1954) wurde der sog. "Deutschlandvertrag" (Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA, Großbritannien und Frankreich) vom 26. Mai 1952 geändert. Die westlichen Siegermächte

wandelten in den Pariser Verträgen auch den am 17.03.1948 gegründeten Brüsseler Beistandspakt (zwischen Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien und Luxemburg) in die Westeuropäische Union (WEU) um.

Die Bundesrepublik Deutschland und Italien wurden 1954 Mitglieder der WEU. Die Pariser Verträge regelten ferner auch die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO (Ermächtigung zur Aufstellung von Truppen im Rahmen der NATO). Der französische Ministerpräsident Mendes-France und Bundeskanzler Adenauer unterzeichneten in Paris außerdem ein Abkommen über das sog. "Saarstatut" (politische Autonomie, aber völkerrechtliche Vertretung durch die Westeuropäische Union und wirtschaftliche Bindung an Frankreich).

Am 5. Mai 1955 traten die Pariser Verträge in Kraft. Die Bundesrepublik Deutschland erhielt endlich die zugesagte Teil-Souveränität und gewisse Hoheitsrechte. Das Besatzungsstatut entfiel zwar offiziell, aber wesentliche Vorbehaltsrechte und geheime Zusatzverträge der alliierten Siegermächte blieben weiterhin bestehen: Stationierungskosten, Truppenstationierung, Berlin-Status, Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfrage, Medienkontrolle und andere Vorbehaltsrechte.

In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) waren die freien, geheimen Wahlen zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten nicht souverän die Interessen des deutschen Volkes vertreten. Infolge des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge - Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU - und der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die vom deutschen Volk gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte. Insofern waren alle bisher durchgeführten Wahlen in der BRD - wie auch in der DDR - überflüssige Pseudowahlen. Seit 1949 mußte jeder deutsche Bundeskanzler die sogenannte "Kanzlerakte" unterschreiben.

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 27. Februar 2010 über eine Rede des damaligen SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel (von 2009-2017 SPD-Vorsitzender): >>Parteitag in Dortmund: SPD-Chef Gabriel holzt gegen Union und FDP

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat auf dem Sonderparteitag in Dortmund den Angriff auf Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ausgerufen. ...

Der Bundesregierung aus Union und FDP warf Gabriel Unfähigkeit vor. ... "Wir haben gar keine Bundesregierung", fügte Gabriel unter dem Beifall der rund 450 Delegierten hinzu.

Vielmehr sei Kanzlerin Angela Merkel, CDU, "Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland". ...<<

Der deutsche CSU-Politiker Horst Seehofer, seit 2008 bayerischer Ministerpräsident, erklärte am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/151): >>... Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<

Der ehemalige SPD-Bundesminister Egon Bahr (von 1972-1976) schrieb am 16. Oktober 2011 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT": >>"Lebenslüge der Bundesrepublik"

Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung. ...

Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten,

wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen. ...<<

In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde ausdrücklich die offizielle Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Das neue Verwaltungskonstrukt (BRD und DDR = BRD) übernahm jedoch gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben. Gemäß Bundesgesetzblatt Teil II, Seite 1386 ff. vom 8. Oktober 1990 wurden durch den Abschluß des "Zwei-Plus-Vier-Vertrages" jedenfalls zahlreiche Punkte des Überleitungsvertrages von 1954 nicht verändert.

Die diskriminierenden Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und 107) der UN-Charta wurden ebenfalls ignoriert und nicht gestrichen.

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011: >>EU am Scheideweg

Die öffentliche und die verborgene Seite der Krise

... Gemeint sind Ereignisse, von denen nur wenige Notiz nehmen und die einem, wenn man von ihnen erfährt, glatt die Sprache verschlagen, weil ihre Wirkung die demokratische Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert.

Nehmen wir nur diesen Satz: Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.

Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main.

Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags

Es war ein Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlages auf das nationale Selbstverständnis der Deutschen, ausgesprochen von ausgerechnet jenem Mann, der im August 1990 den deutschen Einigungsvertrag unterzeichnete. Obwohl er schon vor einiger Zeit fiel und von einer ganzen Reihe aufmerksamer Internetmedien zitiert wurde, muß dieser Satz noch einmal thematisiert werden, weil er einfach so unglaublich ist.

Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt?

Kein einziger der anwesenden Top-Banker stellte Schäuble diese Fragen. Und wäre das Ereignis nicht auf Video dokumentiert worden, man würde es kaum glauben.

Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte das ein Linker behauptet. Aber nun sagte es der Finanzminister einfach mal so dahin, weil er die Preisgabe nationaler Souveränitätsrechte an das von Angela Merkel geplante neue Europa herunterspielen möchte. Und niemand widersprach ihm.

Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker, die meinen, man müsse eine Kongruenz (Übereinstimmung) zwischen allen Politikbereichen haben, die gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus."

Diese durch das Völkerrecht geschützte Souveränität sei aber in Europa spätestens mit den beiden Weltkriegen "längst ad absurdum geführt" worden.

Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: "**Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen.**" ...<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" sendete am 4. August 2013 ein Gespräch mit dem deutschen Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN): >>"Das ist mir alles zu lahm"

... Gregor Gysi im Gespräch mit Gerhard Schröder

Gerhard Schröder: Herr Gysi, ... Tempora, X-Keyscore ... Sie bezeichnen Programme, mit

denen britische und amerikanische Geheimdienste massenhaft E-Mails und andere Daten von auch Privatnutzern im Internet abschöpfen sollen. Das behauptet zumindest der frühere amerikanische Geheimdienstler Edward Snowden, der sich derzeit in Rußland versteckt hält. Sind für Sie die Ausmaße dieses Abhörskandals schon erkennbar?

Gregor Gysi: Nein, noch nicht ...Es geht offensichtlich um Millionen Daten, es sind natürlich schwerwiegende Grundrechtsverletzungen, und ich finde, daß unsere Regierung viel zu wenig tut. Aber was ich eben auch erstaunlich finde ist, daß ja das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wäre es nicht doch an der Zeit, daß wir mal als Land souverän werden und die Besatzung beendet wird? Dazu müßte eben auch das Besatzungsstatut aufgehoben werden. Jetzt haben sie nur die Verwaltungsvereinbarung zwischen den Geheimdiensten aufgekündigt, das reicht nicht. Wir brauchen kein Besatzungsstatut mehr, Deutschland muß das beenden. ...<<

2. Wie erfolgte die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik?

Am 7. Oktober 1949 gründete die "Provisorische Volkskammer" die Deutsche Demokratische Republik. Die Ausrufung der "DDR" erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Die von der Volkskammer gewählte Regierung der DDR übernahm später nach dem sowjetischen Muster die Bezeichnung "Ministerrat".

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" 42/1949 berichtete am 13. Oktober 1949 über die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik: >>Weg

Die Sowjetunion vollzog den verwaltungstechnischen Gegenzug zu Bonn. Auf einem ersten Staats-Empfang der ostdeutschen Volkskammer gab SMA-Chef Wassili Tschuikow den Entschluß der Sowjetregierung bekannt, "der provisorischen Regierung der deutschen demokratischen Republik die Verwaltungsfunktionen zu übertragen, die bisher der sowjetischen Militäradministration zustanden". An deren Stelle tritt eine sowjetische Kontrollkommission. General Tschuikow nannte die westdeutsche Bundesregierung eine spalterische Marionetten-Regierung ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (x063/635): >>... Während in den Westzonen der demokratische Aufbau von unten nach oben vor sich ging, wurde die staatliche und gesellschaftliche Form in der sowjetischen Besatzungszone von oben, durch die Besatzungsmacht und durch die der kommunistischen Politik und Ideologie verpflichtete SED geprägt. ... Die Auflösung Preußens durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 - ein Willkürakt ohne Rechtsgültigkeit, da er weit über die Befugnisse hinausging, die die Haager Landkriegsordnung Besatzungsmächten einräumt - zerbrach eine wichtige Klammer zwischen West-, Mittel- und Ostdeutschland.

... Eine Befragung des Volkes, ob es tatsächlich einen Staat, abgetrennt vom übrigen Deutschland, bilden wolle, hat nie stattgefunden. Aus der Massenflucht der Bevölkerung aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet, einem täglichen "Volksentscheid mit den Füßen", Menschen aller Klassen und Stände, die Mehrheit von ihnen unter 25 Jahre, ließ sich die Stimmung gut entnehmen.

Eine Verfassung haben die Parteinstanzen der Sowjetzone am 19. März 1949 verkündet. Auf dem Papier durchaus demokratisch, mit zahlreichen Bestimmungen, die nahezu wörtlich aus der Weimarer Verfassung übernommen wurden, bildeten sie in Wirklichkeit nur den Deckmantel für eine totale Willkürherrschaft. Die Einrichtung einer Geheimpolizei, des Staatssicherheitsdienstes, eine politisierte Justiz, Säuberungsaktionen, Gleichschaltung der Jugend, in steigendem Maße eine atheistische, religionsfeindliche Propaganda und die nahezu völlige Absperrung nach außen sollten der SED-Regierung die Kontrolle über die Bevölkerung sichern. ...<<

Dr. Hans Joachim Berbig schrieb später über die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (x287/193): >>Die staatliche Organisation des zweiten deutschen Teilstaates beginnt bereits im Dezember 1947 mit dem Deutschen Volkskongreß, der aus gewählten Delegierten vor allem aus der SBZ, aber auch den Westzonen bestand.

Am 7. Oktober 1949 trat die erste der Serienverfassungen der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft. ...<<

Die von der sowjetischen Besatzungsmacht gegründete DDR war kein souveräner Staat und keine Demokratie, sondern eine Diktatur. Die freien, geheimen Wahlen waren weder frei noch geheim und die Wahlergebnisse wurden je nach Bedarf manipuliert. Die Parteiendiktatur der verschiedenen gleichgeschalteten Blockparteien leitete die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands im Auftrag der sowjetischen Besatzungsmacht.

Der kommunistische Einheitsstaat kontrollierte sämtliche Lebensbereiche. Alle DDR-Bürger wurden regelmäßig fast überall überwacht und Andersdenkende systematisch unterdrückt. Persönliche Freiheitsrechte gab es nicht. Jegliche freie Meinungsäußerung wurde unterdrückt, Bücher, Zeitungen, Radio, Fernsehen und sonstige kulturelle Einrichtungen wurden systematisch zensiert.

Im Rahmen der sowjetischen Umerziehung wurden die Mitteldeutschen von 1945 bis 1989 zu "überzeugten" Mitgliedern der klassenlosen marxistisch-leninistischen Gesellschaft, in der die Produktionsmittel einheitliches Volkseigentum und sämtliche Mitglieder der Gesellschaft sozial völlig gleich sein sollten, erzogen. In den Schulen mußte Russisch - ab Klasse 5 - als erste Fremdsprache gelehrt werden.

Die Kommunisten strebten besonders die Zusammenfassung von Atheisten und Gläubigen an und ließen fast keinen Raum für irgendeine Religion. Nach dem Mauerbau im Jahre 1962 wurde die Reisefreiheit der DDR-Bürger drastisch eingeschränkt. Die allgegenwärtigen Mitarbeiter der Stasi bespitzelten und bekämpften noch eifriger alle potentiellen Staatsfeinde.

3. Was verhinderte jahrzehntelang die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie?

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete über die "Oder-Neiße-Linie" (x009/313): >>Die Demarkationslinie zwischen der Sowjetischen Besatzungszone und den unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten verläuft von der Ostsee unmittelbar westlich Swinemünde an der Oder entlang bis zur Mündung der Lausitzer Neiße und folgt dem Lauf der Neiße bis zur tschechoslowakischen Grenze.

Im Februar 1945 wurde auf der Krim-Konferenz von Roosevelt, Churchill und Stalin eine Entschädigung Polens für die von der Sowjetunion annektierten polnischen Ostgebiete auf Kosten Deutschlands anerkannt, ohne das Vereinbarungen über den Umfang des Gebietes getroffen worden wären.

Nach Abschnitt IX des Potsdamer Abkommens wurde die diesbezügliche Meinung der Provisorischen Polnischen Regierung lediglich "geprüft", doch "bekräftigten die Häupter der 3 Regierungen die Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden solle". Ferner ergab die Potsdamer Konferenz darin Übereinstimmung, daß die in Frage stehenden deutschen Gebiete "unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen".

In der Folgezeit wurde von seiten der Westmächte bei jedem diplomatischen Anlaß der vorläufige Charakter der Oder-Neiße-Linie betont, während Polen und die Sowjetunion die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens als endgültige Regelung betrachteten.

Polen paßte den Verwaltungs- und Wirtschaftsaufbau den polnischen Verhältnissen an und begann mit einer (bis heute allerdings erst teilweise durchgeführten) polnischen Besiedlung der deutschen Gebiete.

Die Haltung der SED wandelte sich gegenüber der Oder-Neiße-Linie im Laufe der Zeit nach den sowjetischen Wünschen bis zur Anerkennung als endgültige "Staatsgrenze".<<

Die Bundesregierung erklärte am 9. Juni 1950, daß die Regierung der Sowjetischen Besatzungszone kein Recht besitzen würde, für das deutsche Volk zu sprechen und Vereinbarungen zu treffen.

Im sog. Görlitzer Abkommen erklärten Polen und die DDR am 6. Juni 1950 die Oder-Neiße-Linie zur unantastbaren und endgültigen Grenze (x155/63): >>Die Regierung der Republik Polen und die Delegation der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ... haben gemeinsam festgestellt, daß es im Interesse einer weiteren Entwicklung und Festigung der gutnachbarlichen Verhältnisse und der Freundschaft zwischen dem polnischen und dem deutschen Volke liege, die festgesetzte und zwischen beiden Staaten bestehende Friedens- und Freundschaftsgrenze an der Oder und der Lausitzer Neiße als unantastbare Grenze endgültig zu ziehen ...<<

Die Bundesregierung erklärte am 9. Juni 1950, daß die Regierung der Sowjetischen Besatzungszone kein Recht besitzen würde, für das deutsche Volk zu sprechen und Vereinbarungen zu treffen.

Der deutsche Historiker Georg Bluhm berichtete später über das Görlitzer Abkommen (x125/112): >>In der Rechtstheorie gilt diese Anerkennung als wirkungslos: die Versuche, die staatsrechtliche Situation Deutschlands in seiner gegenwärtigen Gespaltenheit rechtstheoretisch zu erfassen, ergeben, je nach dem zugrunde liegenden Staatsbegriff, entweder eine Kontinuität oder eine Diskontinuität der deutschen Staatlichkeit über die Zeit hinweg, da die deutsche Staatsgewalt suspendiert war und als "oberste Gewalt" von den Besatzungsmächten ausgeübt wurde.

Nach der Kontinuitätstheorie kann entweder die Bundesrepublik als identisch mit dem ehemaligen Deutschen Reich angesehen werden auf Grund der hier praktizierten Selbstbestimmung der Deutschen, dann ist die gewaltsam separierte DDR auch für Territorialfragen nicht zuständig.

Oder unter dem "fortexistierenden Reichsdach" bestehen zwei Teilstaaten - Bundesrepublik und DDR, dann kann "ein Teilgebilde nicht auf ein nur dem Gesamtstaat zustehendes Recht verzichten".

Oder die Rechtstheorie hält die deutsche Staatlichkeit für im Jahre 1945 - oder 1949 - untergegangen. Diese Theorie gilt zur Zeit im Ostblock und im Selbstverständnis der DDR, die sich als einen neuen Staat betrachtet. Jedoch "dann kann sie nur in ihren heutigen Grenzen entstanden sein, so daß sie die Ostgebiete weder einschloß noch zu Recht beanspruchen konnte. ...<<

Der Alterspräsident Paul Löbe erklärte am 13. Juni 1950 im Namen des Deutschen Bundestages - außer KPD - zur umstrittenen Oder-Neiße-Linie (x243/197): >>... Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das Gebiet östlich von Oder und Neiße ... der Republik Polen nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben worden. ... Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben und eine Politik des Verzichtes zu treiben.

Die Regelung aller Grenzfragen Deutschlands ... kann nur durch einen Friedensvertrag erfolgen, der von einer demokratisch gewählten deutschen Regierung ... geschlossen werden muß.<<

Der Deutsche Bundestag beschloß am 14. September 1950 (x353/80): >>... Das deutsche Volk sieht in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, ... in der Mißachtung des Schicksals und des Heimatrechts der Vertriebenen Verbrechen an Deutschland und gegen die Menschlichkeit. Der Deutsche Bundestag spricht allen, die für diese Verbrechen verantwortlich sind und die Einverleibung Deutschlands in das Fremdherrschaftssystem betreiben, das Recht ab, im Namen des deutschen Volkes zu handeln.<<

Der SPD-Politiker Dr. Kurt Schumacher berichtete am 1. März 1951 in Berlin (x353/80): >>... Die deutsche Sozialdemokratie hat 1945 ... erklärt: Die Oder-Neiße-Linie ist unannehmbar als Grenze. Ich erkläre weiter: Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei kann bestehen, die die Oder-Neisse-Linie anerkennen will. Wir lehnen es ab, uns in die Politik des Nationalverrats und des Verrats an Menschheitsideen durch die pseudobürgerlichen Satelliten in der Zone und durch die Sowjets verstricken zu lassen.<<

Der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer berichtete während der Regierungserklärung vom 20. Oktober 1953 (x353/80): >>... Entsprechend den zahlreichen Erklärungen des Bundestags und der Bundesregierung wird das deutsche Volk die sogenannte Oder-Neisse-Grenze niemals anerkennen.<<

Der SPD-Abgeordnete Jakob Altmaier erklärte am 8. Juni 1954 im Deutschen Bundestag (x352/86): >>... Die Austreibung der Deutschen aus ihrer eigenen, in mehr als tausendjähriger Kultur durch Werke des Friedens ausgestalteten und unverlierbar gebliebenen Heimat war ein Völkermord.<<

Im Jahre 1954 wurde die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa Band I/1 und Band I/2 sowie Band 1/3 "Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße" fertiggestellt und dem Bundesministerium für Vertriebene übergeben. Das Gesamtwerk der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa wurde schließlich im Jahre 1961 fertiggestellt.

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 29. Oktober 1957 über das Schicksal der Vertriebenen: >>"**DREIGETEILT - NIEMALS**"

Vertriebene fordern Recht auf Heimat

Der Bund der Vertriebenen (BvD) und 14 Landsmannschaften sprechen fortan mit einer Stimme. Beide Organisationen schließen sich zum Bund der Vertriebenen - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (BdV) zusammen. Schon in ihrer Charta von 1950 haben die Vertriebenenverbände feierlich auf Rache und Vergeltung verzichtet und gleichzeitig das Recht auf Heimat verteidigt ("dreigeteilt - niemals").

In der Nichtanerkennung der Nachkriegsgrenzen sind sie sich einig mit dem größten Teil der westdeutschen Bevölkerung und der offiziellen Bonner Politik. ...<<

Premierminister Michel Debré verkündete am 12. Oktober 1959 vor der französischen Nationalversammlung, daß die französische Regierung unter Aufrechterhaltung des Status quo auch die Respektierung der Grenzen einschließlich der Oder-Neiße-Linie verstehe (x155/75).

Das BdV-Präsidium kritisierte am 19. Oktober 1959 die französische Stellungnahme zur Oder-Neiße-Linie (x155/75): >>Die Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten Debré zugunsten der von der kommunistischen Regierung Polens angestrebten Oder-Neiße-Grenze stellt einen Affront gegen legitime deutsche Interessen dar.

Es ist eine Zumutung, von der Bundesrepublik Deutschland zu verlangen, daß sie auf eine friedensvertragliche Regelung der deutschen Ostgrenze verzichtet. Dies Verlangen würde die Preisgabe einer völkerrechtlichen Position bedeuten, welche die Signatarmächte des Potsdamer Abkommens einem wiedervereinigten Deutschland eingeräumt haben und das ... anläßlich der letzten Genfer Konferenz ausdrücklich bestätigt wurde.

Gerade wenn man die deutsch-französische Verständigung vertritt, muß man derartige Ausführungen von französischer Seite bedauern. Diese Erklärung widerspricht den wesentlichen Grundsätzen von Freiheit und Selbstbestimmung. Die deutschen Vertriebenen lehnen sie ab.<<

Die "Deutsche Presse-Agentur" meldete am 9. November 1959 (x028/239): >>... Die französische Regierung hat der Bundesregierung auf Anfrage versichert, daß sie die Oder-Neiße-Linie nach wie vor als eine provisorische polnische Verwaltungsgrenze ansehe.

Sie betonte gleichzeitig, daß eine endgültige Regelung der deutschen Ostgrenzen einem Frie-

densvertrag mit Gesamtdeutschland vorbehalten bleiben müsse.<<

4. Wieso wurden die bisherigen deutschen Entschädigungszahlungen für die Holocaust-Überlebenden nicht angemessen anerkannt?

Die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference unterzeichneten am 10. September 1952 in Luxemburg ein Wiedergutmachungsabkommen.

In der Präambel des Wiedergutmachungsabkommens vom 10. September 1952 hieß es (x243/60): >>In der Erwägung

DASS während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft unsagbare Verbrechen gegen das jüdische Volk verübt worden sind

UND DASS die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Erklärung von 27. September 1951 ihren Willen bekundet hat, in den Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit die materiellen Schadenfolgen dieser Taten wiedergutzumachen ...

SIND der Staat Israel und die Bundesrepublik Deutschland zu folgender Vereinbarung gelangt ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Wiedergutmachung" der Bundesrepublik Deutschland (x051/639): >>Wiedergutmachung, finanzielle Leistungen der Bundesrepublik an Opfer des nationalsozialistischen Gewaltregimes oder an deren Hinterbliebene.

Diese erhielten/erhalten individuell Wiedergutmachungsleistungen in Form der Rückerstattung enteigneter Vermögensgegenstände und/oder der Entschädigung für sonstige Vermögens- oder Personenschäden. Die Rückerstattung wurde zunächst in den westlichen Besatzungszonen durch Gesetze der alliierten Militärregierung, in Berlin durch Anordnung der Alliierten Kommandantur, dann durch das Bundesrückerstattungsgesetz (BRÜG) vom 19.7.57 geregelt. Das Entschädigungsrecht war zunächst in verschiedenen Landes- und Bundesgesetzen und ist jetzt im Bundesentschädigungsgesetz (BEG) vom 29.6.56 enthalten.

Ihm zufolge hat Anspruch auf Entschädigung, wer aus politischen, rassistischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen verfolgt wurde und dadurch Schaden an Leben, Gesundheit, Freiheit, Eigentum oder in seinem beruflichen oder wirtschaftlichen Fortkommen erlitt, sofern er bis zum 1.4.58 seinen Anspruch angemeldet hatte. Keine Wiedergutmachung erhalten u.a. ehemalige Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen (ausgenommen bloß nominelle Mitglieder) und Personen, die dem nationalsozialistischen Unrechtsregime Vorschub geleistet haben. -

Bis 1981 wurden insgesamt aufgrund der BRÜG rd. 3,9 Milliarden DM und aufgrund der BEG rd. 50,1 Milliarden DM Wiedergutmachungsleistungen bezahlt.

Von der individuellen Wiedergutmachung ist die globale Wiedergutmachung zu unterscheiden, die die Bundesrepublik aufgrund bilateraler Verträge an zahlreiche vom nationalsozialistischen Terror betroffene Staaten und an internationale Organisationen leistete: So v.a. an Israel 3 Milliarden DM, an die jüdische Weltorganisation 0,45 Milliarden DM nach dem deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommen vom 10.9.52. Dieser Vertrag war insbesondere in Israel umstritten wegen der dahinter vermuteten deutschen Freikaufmentalität angesichts der unsühnbaren Verbrechen der Endlösung.

Weitere Wiedergutmachungsempfänger: UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge, Jugoslawien, Polen, CSSR, Ungarn, Österreich, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien, Griechenland, Italien, Schweiz, Luxemburg, Norwegen und Schweden. -

Insgesamt betragen die Wiedergutmachungsleistungen bis Ende 80 rd. 63,4 Milliarden DM; die gesamte Wiedergutmachung wird auf mehr als 85 Milliarden DM geschätzt.<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen (x169/88-90): >>... Deutschland (trat) zu Beginn der fünfziger Jahre in Verhandlungen mit

jüdischen Einrichtungen ein und unterzeichnete Abkommen über Entschädigungszahlungen. Bis heute hat es etwa 60 Milliarden Dollar ausbezahlt, was, wenn überhaupt, nur wenig äußeren Druckes bedurfte. ...

Im Rahmen von drei verschiedenen Abkommen, die 1952 unterzeichnet wurden, war die deutsche Regierung bestrebt, jüdische Opfer zu entschädigen. Ein separates Abkommen mit Israel stellte Subventionen für die Eingliederung mehrerer hunderttausend jüdischer Flüchtlinge bereit. Gleichzeitig verhandelte die deutsche Regierung mit der Conference on Jewish Material Claims Against Germany, einer Dachorganisation aller großen jüdischen Organisationen, über eine finanzielle Regelung.

Man nahm an, die Claims Conference würde die Gelder, zwölf Jahre lang jeweils 10 Millionen Dollar oder etwa eine Milliarde Dollar nach heutigem Wert, für jüdische Opfer der Nazi-verfolgung verwenden, die im Entschädigungsprozeß durch das Raster gefallen waren.

Meine Mutter war ein solcher Fall. Als Überlebende des Warschauer Ghettos, des Konzentrationslagers Majdanek und der Zwangsarbeits-Lager von Czestochowa und Skarszysko-Kamiena bekam sie von der deutschen Regierung nur 3.500 Dollar Entschädigung. Andere jüdische Opfer (und viele, die in Wahrheit keine waren) erhielten von Deutschland jedoch lebenslange Pensionen, die sich schließlich zu mehreren hunderttausend Dollar summierten. Die Gelder, die der Claims Conference übergeben wurden, waren jenen jüdischen Opfern zugedacht, die nur minimale Entschädigungen bekommen hatten.

Die deutsche Regierung war in der Tat bestrebt, in der Vereinbarung mit der Claims Conference ausdrücklich festzuhalten, daß die Gelder ausschließlich an genau bezeichnete jüdische Überlebende gehen sollten, die von deutschen Gerichten unfair oder unangemessen entschädigt worden waren. Die Konferenz zeigte sich empört, daß man ihre guten Absichten in Zweifel zog. ...<<

5. Weshalb scheiterte im Juni 1953 der Volksaufstand der Mitteldeutschen gegen das kommunistische Ulbricht-Regime?

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete über den "Juni-Aufstand" in der SBZ (x009/203-205): >>Im engeren Sinne die Streiks und Demonstrationen am 16.6. und der Massenaufstand am 17.6.1953 in Ost-Berlin und in der SBZ; Reaktion der Bevölkerung der Zone auf die jahrelange Unterdrückung durch das SED-Regime, die katastrophale Lebensmittelversorgung und insbesondere auf die letzte Phase der Sowjetisierung im Zeichen des Sozialismus.

Der am 9.6.1953 vom Politbüro des ZK der SED beschlossene neue Kurs wurde mit Recht als Zeichen der Schwäche der SED-Regierung verstanden.

Anlaß zum Juni-Aufstand gab die "administrative" Erhöhung der Normen. Am 28.5.1953 wurden durch Ministerratsbeschluß die Normen allgemein um mindestens 10 % erhöht. Das kam einer Lohnsenkung um 30 bis 42 % gleich.

Der Widerstand gegen diese Maßnahme kam schon vor dem 9.6. in Protesten und Einzelstreiks zum Ausdruck. Nachdem das Kommuniqué des Ministerrats vom 11.6. bei der Verkündung des "Neuen Kurses" gar nicht auf die Normenfrage eingegangen war, löste ein Artikel in der "Tribüne" (Organ des FDGB) vom 16.6. die Ost-Berliner Demonstrationen aus.

Der Artikel hatte festgestellt: "... Die Beschlüsse über die Erhöhung der Normen sind in vollem Umfange richtig."

Am gleichen Tag um 7 Uhr beschlossen die Arbeiter vom VEB Bau-Union in der Stalinallee den Streik und marschierten, bald durch andere Arbeiter verstärkt, zu dem in der Leipziger Straße gelegenen "Haus der Ministerien" (ehemaliges Reichsluftfahrtministerium).

Hier entwickelte sich der Streik zur Volkserhebung mit der Forderung nach freien Wahlen, besseren materiellen Lebensbedingungen und Rücktritt der SED-Regierung. Die Streikbewe-

gung dehnte sich inzwischen auch auf die Randgebiete Berlins aus.

Volkspolizei stand bereit, griff aber nicht ein. Die SED-Gegenpropaganda versagte völlig, so durch einander widersprechende Verlautbarungen über die Aufhebung der Normenerhöhung, und sie verstärkte im Gegenteil den Ausbruch der jahrelang unterdrückten Volkswut.

Am 17.6. wurde das Ziel der Demonstration klar: der Volksaufstand wollte des SED-Regime hinwegfegen. Mit dem Marsch von 12.000 Arbeitern des Stahl- und Walzwerks Hennigsdorf griff die Zone in den Aufstand ein. Brennpunkte der nun folgenden Zusammenstöße mit der Volkspolizei waren die Leipziger Straße, der Potsdamer Platz, der Lustgarten, das Brandenburger Tor.

Inzwischen waren sowjetische Truppen in Stärke von mindestens 2 Divisionen mit zahlreichen Panzern und Panzerspähwagen nach Berlin geworfen worden. Vom Brandenburger Tor wurde um 11 Uhr 10 die rote Fahne heruntergeholt. Gegen 12 Uhr fielen die ersten Schüsse. Ab 13 Uhr wurde vom sowjetischen Stadtkommandanten, Generalmajor Dibrowa, für den Sowjet-Sektor der Ausnahmezustand verhängt. Während die sowjetischen Truppen den Sturm auf das "Haus der Ministerien" verhindern konnten, wurden u.a. das Columbus-Haus, das Haus "Vaterland", Aufklärungslokale, Zeitungskioske und Parteibüros in Brand gesteckt oder demoliert.

Die Haltung der Volkspolizei war vielfach zweideutig. Zahlreiche Volkspolizisten gingen zu den Streikenden über. Infolgedessen wurden bald Volkspolizisten nur zusammen mit Rotarmisten eingesetzt. Aber auch Teile der Besatzungsarmee sympathisierten vereinzelt offensichtlich mit den Demonstranten.

Ab 21 Uhr herrschte in Ost-Berlin die durch den Ausnahmezustand erzwungene Ruhe. Die Sektorengrenzen waren völlig abgeschlossen.

Die Nachricht von den Berliner Ereignissen verbreitete sich wie ein Lauffeuer in der Zone, und in fast allen größeren Städten machte sich der Volkszorn in ähnlicher Weise Luft. Wo sowjetische Truppen nicht sofort zur Verfügung standen, erzielten die Demonstranten teilweise beträchtliche Erfolge. Industriewerke, Verwaltungszentren und Gerichtsgebäude befanden sich vielfach völlig in ihrer Hand, Gefängnisse und Zuchthäuser wurden gestürmt, politische Gefangene befreit. Nach Verhängung des Ausnahmezustandes wurde der Aufstand meist durch sowjetische Truppen niedergeschlagen.

Der Juni-Aufstand hat der Sowjetunion und dem westlichen Ausland den moralischen Zusammenbruch und die Unmöglichkeit, die SBZ zu bolschewisieren, unwiderleglich bewiesen. Er hat ferner die weit verbreitete Auffassung widerlegt, daß Volkserhebungen in totalitären Systemen unmöglich seien.

Ohne das Eingreifen der Besatzungsmacht hätte der Aufstand, obschon er in keiner Weise vorbereitet war und ihm jede zentrale Führung fehlte, wahrscheinlich zum Sturz des SED-Regimes geführt. Während des Aufstandes zeigte sich das Regime entschlußlos, erschrocken und konzessionsbereit. Viele Funktionäre gingen zu den Aufständischen über.

Nach Festigung der Lage jedoch versuchte man die katastrophale moralische Schlappe des Regimes durch die Sprachregelung zu vertuschen, der Aufstand sei von "westlichen Provokateuren und Agenten" inszeniert worden.

Solche Behauptungen werden allein schon durch das Fehlen jeglicher zentralen Führung und durch entscheidende taktische Fehler bei der Durchführung widerlegt. Der Westen hat vielmehr jegliche Unterstützung versagen müssen, weil eine Ausweitung zu einer weltpolitischen Krise vermieden werden sollte. Auch aus der Bundesrepublik wurde nur zur Besonnenheit gemahnt und vor Provokationen insbesondere gegenüber der Besatzungsmacht, gewarnt, obschon weite Kreise der Bevölkerung die Vorgänge mit leidenschaftlicher Teilnahme und großen Hoffnungen verfolgten.

Die Tatsache und das Ausmaß des Juni-Aufstandes entzogen dem Anspruch der Kommuni-

sten, im Auftrage der Arbeiterschaft in der SBZ den "Aufbau des Sozialismus" zu vollziehen, für immer den Boden. Die Sowjets aber hätten durch Nachgeben gegenüber den maßvollen Zielen des Juni-Aufstandes ein neues Verhältnis gegenüber Deutschland herstellen und eine Politik der Verständigung einleiten können.

Die Verluste des Juni-Aufstandes sind nicht genau zu ermitteln. Der Aufstand selber hat nach verhältnismäßig zuverlässigen Angaben 267 Tote unter den Demonstranten, 116 unter den Funktionären und 18 unter den sowjetischen Truppen gefordert. Verwundet wurden danach 1.067 Demonstranten, 645 Funktionäre und 126 Sowjetarmisten. Die Zahlenangaben über Opfer standrechtlicher Erschießungen schwanken erheblich. Einschließlich der später willkürlich zum Tode Verurteilten dürften sie um 100 liegen.

Genauere Angaben wurden über die Zahl der Opfer der dem Aufstand folgenden Rachejustiz errechnet. Danach wurden 1.100-1.200 tatsächliche oder angebliche Teilnehmer zu insgesamt etwa 6.000 Jahren Zuchthaus, Arbeitslager oder Gefängnis verurteilt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das Verhalten der Volkspolizei im Verlauf des Juni-Aufstandes (x009/289): >>Während des Juni-Aufstandes 1953 gingen Teile der allgemeinen Volkspolizei (DVP) zum Volke über, doch die Wachheiten des MfS ließen sich von der SED überall bedenkenlos neben den Sowjettruppen gegen das Volk einsetzen.

Die Zuverlässigkeit der KVP, auf deren Einsatz die Sowjetunion vorsichtshalber nur in äußersten Notfällen zurückgriff, wurde nicht ernsthaft geprüft. Nach dem 17. Juni ging die Mitgliederzahl der GST stark zurück, da FDJ und SED im Zeichen des "Neuen Kurses" die Zwangswerbung für sie zunächst abschwächten.

Die Erfahrungen mit der Volkspolizei (DVP) und der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) sowie die Ungewißheit darüber, wie sich die Kasernierte Volkspolizei (KVP) im Ernstfalle bewähren würde, bewogen die Regierung zu ständiger Siebung und Härtung der KVP in politischer und militärischer Beziehung. ...<<

Die Regierung der DDR berichtete später über den Volksaufstand im Juni 1953 (x243/206, x300/209): >>... Störungen in der Wirtschaft ... (führten) zu Unzufriedenheit und Mißstimmung unter den kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung und auch einem Teil der Arbeiter. ... Die imperialistischen Kräfte fürchteten aber die Festigung der Lage in der DDR. ...

Am 17. Juni gelang es Agenten ... in Berlin und einigen anderen Orten der Republik, einen kleinen Teil der Werktätigen zu zeitweiligen Arbeitsniederlegungen zu verleiten. ... Gruppen von Provokateuren und Kriminellen ... legten Brände ... und forderten den Sturz der Arbeiter- und Bauernmacht. ...

Durch das entscheidende Handeln der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse ... und gemeinsam mit sowjetischen Streitkräften und bewaffneten Organen der DDR brach der konterrevolutionäre Putsch innerhalb von 24 Stunden zusammen. ...<<

>>... Die in der DDR stationierten Truppen durchkreuzten durch ihr entschlossenes Eingreifen die Absicht des Imperialismus, blutige Auseinandersetzungen zu provozieren, die den Westmächten als Anlaß für eine militärische Intervention dienen sollten. Im Geiste des proletarischen Internationalismus traten Seite an Seite Einheiten der Sowjetarmee, der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR, klassenbewußte Arbeiter und andere Werktätige den Putschisten entgegen und setzten ihrem Wüten ein Ende.

Ernüchert durch den faschistischen Terror und die offen verkündeten revolutionären Ziele der Putschisten, wandte sich die Mehrheit der irregeleiteten Werktätigen bald von ihnen ab und begann zu erkennen, daß sie gegen ihre eigenen Interessen gehandelt hatte. ...

Unter Führung der Parteiorganisationen der SED entfernten die klassenbewußten Arbeiter feindliche Elemente aus ihren Betrieben und halfen den Sicherheitsorganen bei der Zerschlagung zahlreicher Agentengruppen.<<

Die mitteldeutschen und sowjetischen Schüler wurden später während des Geschichtsunterrichts folgendermaßen über den Volksaufstand im Juni 1953 informiert (x301/146): >>... Am 17. Juni 1953 gelang es Agenten verschiedener imperialistischer Geheimdienste, die von Westberlin massenhaft in die Hauptstadt und einige Bezirke der DDR eingeschleust worden waren, in Berlin und einigen Orten der Republik einen kleinen Teil der Werktätigen zu zeitweiligen Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen zu verleiten.

In Berlin und in einigen anderen Städten plünderten Gruppen von Provokateuren und Kriminellen. Sie legten Brände, rissen Transparente herunter, mißhandelten und ermordeten Funktionäre der Arbeiterbewegung, holten verurteilte Kriegsverbrecher aus Gefängnissen und forderten den Sturz der Arbeiter- und Bauernmacht.

Doch der junge sozialistische Staat bestand unter Führung der Partei auch diese Belastungsprobe. ... Durch das entschlossene Handeln der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gemeinsam mit sowjetischen Streitkräften und bewaffneten Organen der DDR brach der konterrevolutionäre Putsch innerhalb von 24 Stunden zusammen.

Der Versuch, die DDR und den Sozialismus auf deutschem Boden gewaltsam zu beseitigen, war gescheitert. ...

Der Aufbau des Sozialismus in der DDR erregte den Haß der reaktionären Kreise in Westdeutschland. Am 17. Juni 1953 versuchten bewaffnete Banden den demokratischen Sektor von Berlin und andere Städte zu erobern und die DDR an Westdeutschland anzugliedern.

Aber die Bevölkerung und Regierung der Republik gebot dem konterrevolutionären Abenteuer energisch Einhalt. Die Provokationen der Imperialisten gegen die DDR hörten auch in den folgenden Jahren nicht auf.<<

6. Warum begann mit der Anwerbung von Gastarbeitern die allmähliche Bildung einer multikulturellen Gesellschaft?

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 3. Mai 1955 über die Ankunft der ersten Gastarbeiter: >>**Erste Gastarbeiter kommen**

Alois Tamanini und 25 italienische Kollegen treffen bei der "Bergisch-Märkischen Industriestein" als Steinbrecher ein. Die Gewerkschaft protestiert ... Die Steinbruchfirma hatte keine deutschen Arbeiter finden können.

Immer mehr Betriebe verschiedener Branchen fordern Arbeitskräfte aus Italien an.<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 10. September 1964: >>**Eine Million Gastarbeiter**

... Zimmermann Armando Rodrigues ... aus Portugal wird als einmillionster Gastarbeiter begrüßt. Geschenk: ein zweisitziges Moped. Ein Vertreter der Arbeitgeberverbände sagt: "Ohne die Mitarbeit der Ausländer, wäre unsere wirtschaftliche Entwicklung nicht denkbar."

Hauptgruppen der Gastarbeiter in der Bundesrepublik: 29,5 % Italiener, 15,9 % Griechen, 15,5 % Spanier, 9,1 % Türken.<<

Im Jahre 1967 waren die meisten angeworbenen ausländischen Gastarbeiter erwerbstätig und erhielten etwa 1,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).

Bundeskanzler Helmut Schmidt (1918-2015, deutscher Bundeskanzler von 1974-82, herausragender Politiker der deutschen Sozialdemokratie) warnte im Jahre 1981 während einer DGB-Versammlung in Hamburg (x268/180): >>... Wir können nicht noch mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag.<<

Bundeskanzler Helmut Schmidt wurde am 1. Oktober 1982 durch ein konstruktives Mißtrauensvotum des deutschen Bundestages gestürzt.

Die deutsche SPD-Politikerin Renate Schmidt (von 2002 bis 2005 Bundesministerin) erklärte am 14. März 1987 im Bayerischen Rundfunk (x354/104): >>... Die Frage, (ob die Deutschen aussterben), das ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil dieses ist mir ... verhältnismäßig wurscht.<<

Otto Uhlitz (Staatsrechtler und ehemaliger enger Mitarbeiter Willy Brandts) kritisierte im Jahre 1987 die deutsche Ausländerpolitik (x268/193): >>Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der Bundesrepublik Deutschland abschaffen will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der Bundesrepublik abschaffen und durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt.

Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf Dauer ignorieren können. ...<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross schrieb im Jahre 1989 (x268/196): >>... Es gibt 2 Typen von Einwanderungsländern.

Die einen, wie die USA, legen pedantisch fest, welche Leute sie hereinlassen, ökonomisch und sozial integrieren können. Die anderen, für die es bis jetzt nur ein historisches Beispiel gibt, bevorzugen Zuwanderer, mit denen sie nichts anfangen können, aber die sie wenigstens unterstützen wollen. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/33-35): >>**Erdogans Fünfte Kolonne**

... Als die Bundesrepublik in den 1950er Jahren die ersten Arbeitskräfte aus dem Ausland anwarb, florierte die westdeutsche Wirtschaft, und es herrschte nahezu Vollbeschäftigung. ... 1955 schloß die Bundesrepublik zunächst ein Gastarbeiterabkommen mit Italien ab, 1960 dann mit Spanien und Griechenland. Ein Jahr später folgte die Unterzeichnung des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens durch den christdemokratischen Außenminister Heinrich von Brentano. Das hatte nicht nur innenpolitische Gründe. Die türkischstämmige Soziologin Necla Kelek schreibt dazu in ihrem Sammelband Chaos der Kulturen: "Eigentlich brauchte man in Deutschland die türkischen Arbeiterinnen und Arbeiter so dringend nicht. Aber es gab geopolitische Gründe. Die Vereinigten Staaten drängten die Deutschen, die Türkei wirtschaftlich zu stützen."

USA und NATO machten Druck

Zuvor hatte das türkische Militär erfolgreich gegen Ministerpräsident Adnan Menderes geputscht, der den Laizismus zugunsten eines islamischen Staatssystems beseitigen wollte. Die NATO-treuen Generäle forderten für ihre Unterstützung der Eindämmungspolitik des Westens gegenüber Moskau und vor allem Fidel Castro auf Kuba eine Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung Europas. ...

Zwar gab es zunächst Widerstand vom Arbeitsministerium unter Theodor Blank (CDU) und den Gewerkschaften gegen den Zuzug weiterer Gastarbeiter, zumal aus einem ganz anderen Kulturkreis, doch wurden diese Einwände von Brentano beiseite gewischt. Dies geschah nicht zuletzt auch deshalb, weil die Bundesrepublik massiv von den USA unter Druck gesetzt wurde. Immerhin konnte das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zunächst erreichen, daß die Arbeitsverträge für türkische Gastarbeiter auf zwei Jahre begrenzt wurden. Man setzte auf das Rotationsprinzip:

Nach Ablauf der Zeit sollte ein Arbeiter aus der Türkei durch einen anderen ersetzt werden. Auch sonst gab es - im Unterschied zu den Abkommen mit europäischen Ländern - spezielle Besonderheiten: Die Anwerbung war ausschließlich für Unverheiratete vorgesehen und ein Familiennachzug wurde explizit ausgeschlossen. Ende der 1960er Jahre - mittlerweile gab es weitere Abkommen mit Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien - wurden allerdings diese Hürden für eine dauerhafte Zuwanderung auf Druck der Arbeitgeber beseitigt.

Die Folge war ein rasanter Anstieg der türkischen Bevölkerung in Westdeutschland. Lebten im Jahr 1960 nur etwa 3.000 Türken in der Bundesrepublik, stieg deren Zahl 1961 auf knapp 7.000 und bis 1971 auf 652.000. Bis 1973 wurde der türkische Arbeitsmarkt um 857.000 Er-

werbssuchende entlastet, die Gesamtzahl der Türken hatte sich hierzulande auf 910.000 erhöht. ...

Ende der 1970er Jahre betrug die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Türken und 1,2 Millionen. 1981 über 1,5 Millionen. Nach der Wiedervereinigung setzte sich diese Tendenz fort. Im Jahr 1993, also zwanzig Jahre nach dem Anwerbestopp, lebten - trotz der von der Regierung Kohl in den Achtzigern zögerlich in Gang gesetzten Rückkehrförderung - schon 1,8 Millionen Türken in Deutschland, im Jahr 2001 rund zwei Millionen. Derzeit leben in Deutschland etwa 1,5 Millionen Türken, mit den Eingebürgerten sind es rund drei Millionen. ...<<

7. Wer profitierte von der Mitgliedschaft in der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (NATO)?

Obwohl Stalin im Jahre 1952 die Rückgabe der deutschen Ostgebiete im Tausch gegen eine deutsche Neutralität und den Nichteintritt in die NATO angeboten hatte, wurde die Bundesrepublik Deutschland am 9. Mai 1955 Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft.

Die geplante deutsche Bundeswehr wurde danach in die NATO-Strukturen integriert und die Bundesrepublik Deutschland erklärte sich damals bereit, auf die Entwicklung von ABC-Waffen zu verzichten.

Für die Mitgliedschaft in der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft entfiel im Jahre 1955 angeblich das Besatzungsstatut und die Bundesrepublik Deutschland sollte endlich die zugesagte Souveränität und fast alle Hoheitsrechte erhalten. Tatsächlich blieben jedoch weiterhin wesentliche Befugnisse und Vorbehaltsrechte des Besatzungsstatutes der alliierten Siegermächte bestehen.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Gründung der NATO (x068/272-275): >>... Das amerikanische Wesen ist das Geld: der Inbegriff des Yankee-Daseins. Natürlich erfaßt dies nicht alles, aber das Wichtigste. ...

Für ihre ungeheure Aufrüstung hatten die Amerikaner militärische, mehr jedoch wirtschaftliche Gründe. Deshalb traten auch viele jener, die das Geschwätz von der Gefahr aus dem Osten keinen Augenblick glaubten, für Aufrüstung und Nato ein.

Derart konnte enorm verdient werden und wurde enorm verdient. Und gerade nach dem Verlust Chinas benötigte man Europa auch als Absatzmarkt. Der Verlust des chinesischen Reichs aber seit der Flucht Tschiang Kai-scheks samt seiner unfähig-korrupten Regierung 1949 nach Formosa (Taiwan), seit dem Sieg Mao Tse-tungs hatte die Öffentlichkeit in den USA nahezu unvorbereitet überrascht. Und er war um so größer, als nun nicht nur jeder amerikanische Einfluß in China ausschied, sondern auch im gesamten pazifischen Raum gefährdet schien.

In Europa aber begann jetzt nach dessen militärischer Eroberung die friedliche. Ein US-Konzern nach dem anderen investierte in den zuvor zerbombten und zerschossenen Städten. Und die Rechnung, daß eine im Krieg ruinierte Wirtschaft schneller wächst als eine, die den Krieg so glänzend überstand, erwies sich als richtig, zumal auch die US-Banken von Anfang an mitspielten, deren Politik in Europa war: alte Investitionen retten, neue vornehmen. Ja, das Bankhaus Dillon, Read, setzte so sehr auf die Rentabilität seiner Anlagen im Nachkriegsdeutschland, daß es deutschen Industriebossen noch vor Kriegsende eine Privatanleihe von einer Milliarde Dollar anbot.

Man gründete Filialen, baute Fabriken, erwarb Aktienmajoritäten. Man nahm Fusionen vor, kaufte ganze Betriebe, kaufte Bergwerke und Banken. Die Sache nahm einen ähnlichen Verlauf wie das frühere Vorgehen in Lateinamerika. Die Beherrschung der Alten Welt durch die Neue begann. Man schuf hundertweise Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Man über-

zog Westeuropa mit einem Netz wirtschaftlicher Einfluß- und Machtsphären, und alles geschah mit einem Tempo ohnegleichen. Ganze Branchen, die Mineralöl-, die Büromaschinen-, Landmaschinen-, die Kosmetikindustrie u.a. wurden von US-Firmen beherrscht. Selbst im kleinen Holland gab es schon im März 1960 nicht weniger als 105 Filialen der größten amerikanischen Gesellschaften. Noch in der Schweiz, deren Binnenmarkt für die US-Haie gewöhnlich nicht sehr attraktiv ist, existierten 1960 immerhin 320 amerikanische Firmen, 1961 etwa 400, 1962 schon 520.

Die US-Investitionen in Europa erreichten bereits Ende der fünfziger Jahre eine so Schwindel erregende Höhe, daß die Amerikaner den Plan der EWG, dies durch einen Kongreß in Baden-Baden ans Licht zu bringen, erfolgreich in Bonn hintertrieben. Die New York Times bezifferte gleichwohl nach ihren mehrfach geprüften Angaben am 15. April 1963 die Gesamtanlagen der USA in Europa auf 44,8 Milliarden Dollar oder 179,2 Milliarden DM. Davon entfielen 64 Millionen DM auf militärische Investitionen.

Nicht nur die niedrigen Löhne lockten die Yankees. Auch die Regierungen hofierten die Sieger. In Holland durften amerikanische Firmen Grundstücke, Gebäude und Betriebseinrichtungen in den ersten zwei Jahren mit 70 % abschreiben, innerhalb von drei Jahren den Rest von 30%. Sie konnten Grund und Boden zur Hälfte des Realwertes erwerben. Luxembourg gab den Grund für Betriebsbauten sogar umsonst. Nicht genug. Seine Regierung ließ Firmengebäude auf eigene Kosten errichten, um sie den Amerikanern erst günstig zu vermieten, schließlich günstig zu überlassen.

Ähnlich großzügig kam Italien den Siegern entgegen. Oder die deutsche Bundesrepublik, wo bereits 1963 nicht weniger als 700 deutsche Firmen von US-Firmen kontrolliert worden sind. Deutsche Neugründungen wurden mehr als riskant bis unmöglich. Im Vorstand, in der Verwaltung so mancher US-Tochtergesellschaft in Deutschland sprach man schon damals englisch. War Stalins Erklärung, daß zwischen Nazideutschland und den anderen kapitalistischen Staaten nur ein "vorübergehender politischer" Dissens bestand, so falsch?

Die US-Anlagen in Europa, besonders im EWG-Bereich, nahmen Ende der fünfziger Jahre schon einen solchen Umfang an, daß die klassischen US-Investitionsländer Kanada und Lateinamerika dagegen abfielen. Die amerikanischen Wirtschaftsführer empfanden Europa fast als Kolonie oder, wie einer von ihnen 1958 auf einem Kongreß in Washington sagte, als "ganz speziellen Schluck für unsere Kehlen" (our particular cup of tea).

Einst war's eher umgekehrt.

Die USA sind bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein in vielen Ländern Europas weder sehr bekannt noch sehr angesehen gewesen. Man kannte sie kaum besser als China, Südafrika oder Australien. Und bis ins 20. Jahrhundert hinein dachte man über sie in Europa fast ausnahmslos negativ, dachte darüber wie der berühmte englische Romancier D.H. Lawrence, der lange in New Mexico gelebt hatte: "Die Neue Welt bedeutet mir nichts".

Es ist bezeichnend, daß es bis zum Zweiten Weltkrieg in ganz Europa nur drei Lehrstühle für Amerikakunde gab. Offenbar hatte man für US-Wertvorstellungen in der Alten Welt noch gar keinen Sinn entwickelt, kannte man die Höhe der Zivilisation in Übersee überhaupt nicht. Als dann aber die Massen der GIs über den großen Teich schwappten, "Camel" und "Lucky Strike" kamen, der Jazz und Rock und Pop, Giftgas und Atomsprengköpfe, kurz alles, was die Neue Welt der Alten an Kultur zu bieten hatte, da ließ sie sich rasch vom Sieger eines anderen und natürlich besseren belehren.

Da beurteilte man plötzlich die USA fast ausnahmslos positiv. Zumal in Deutschland war man servil, devot, fast wie in einem Bananenstaat. Und wie man eben noch Hitler in den Hintern kroch, so nun den Amis. Die Politiker voran. "Wir alle sind Amerikaner", rief ein sozialdemokratischer Bundeskanzler schließlich beim Empfang des Ehrendoktorhutes in Übersee.

Alles nahm man nach dem Zweiten Weltkrieg hier mit ausgestreckten Händen auf, alles von

drüben, Soldaten, Bankiers, Fabrikanten, die Anleihen, Kredite, sogar ihre mildtätigen Spenden.<<

8. Wie wurde die DDR Mitglied des Warschauer Beistandspakts?

Die Staaten des Sowjetblocks (UdSSR, Albanien, Bulgarien, CSR, Polen, Rumänien und Ungarn), zu denen als 8. Staat die DDR gehörte, schlossen am 14. Mai 1955 in Warschau den Warschauer Beistandspakt bzw. ein Militärbündnis gegen die Abwehrbemühungen der nicht-kommunistischen Staaten Europas und unterstellten sich dem Oberbefehl des Sowjetmarschalls Konjew.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Militärpolitik" in der SBZ (x009/291): >>... Die NVA trägt wieder die feldgraue deutsche Uniform des Ersten und Zweiten Weltkrieges, aber die Sowjetarmee gilt als ihr Vorbild. Unter Berufung auf den Marxismus-Leninismus soll sie zu einem Werkzeug des Sowjetimperialismus erzogen werden. Deshalb untersteht die Volksarmee auch dem Oberkommando des Warschauer Beistandspaktes. Als bolschewistische Armee arbeitet sie unter strengster Geheimhaltung.<<

9. Was führte nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland zum sogenannten "Wirtschaftswunder"?

Zweckmäßige Wirtschaftspolitik ("soziale Marktwirtschaft"), Arbeitseifer und Unternehmungslust der Deutschen förderten den wirtschaftlichen Aufschwung (sog. "Wirtschaftswunder").

Die Industrieproduktion stieg von 1950-58 um rd. 177 %. Ende 1958 besaß die Bundesrepublik Deutschland bereits wieder Devisen in Höhe von 25,2 Milliarden DM, während die gesamten Schulden nur noch 22,3 Milliarden DM betragen (x069/215).

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Arno Surminski berichtete später über das "deutsche Wirtschaftswunder" in der Bundesrepublik Deutschland (x182/9-16): >>... Gibt es Anlaß, auf die Wirtschaftswunderjahre stolz zu sein? Waren sie wirklich nur ein materialistischer Alptraum, ausgefüllt mit purer Gier nach den trivialsten Dingen des Lebens und völliger Vernachlässigung der höheren Werte? ...

... Heute mutet vieles verrückt an, auch schreit die damalige Naivität zum Himmel. Das ist übrigens ein bemerkenswertes Stichwort für das Verständnis jener Zeit. Kein Zweifel, die Deutschen der Wirtschaftswunderjahre waren in einem gewissen Sinne naiv, ihre Freude an einem neuen Fahrrad, dem ersten Stück Möbel oder einer Neubauwohnung war geradezu kindlich. Auch der unkritische Fortschrittsglaube jener Jahre trug Züge des Naiven.

Kein Tag verging, an dem die Zeitungen nicht von erstaunlichen Leistungen der Wissenschaft und Technik berichteten. Wasserkraftwerke bauen, Stauseen errichten, die Atomkerne für den Küchenherd zähmen, die Sahara bewässern, Eisberge abschmelzen, in Sibirien und Alaska Orangen anbauen, in solchen Spekulationen erging sich der Fortschrittsglaube. Dem Menschen und seiner Wissenschaft war alles zuzutrauen; es war fast damit zu rechnen, daß wir eines Tages aufhören würden zu sterben.

Diese optimistische Haltung wurde nicht etwa von oben befohlen oder gar mit Mitteln der geheimen Verführung zur Ablenkung von Not und sozialer Ungerechtigkeit lanciert, sie entsprach einer verbreiteten Zeitstimmung. Die Menschen wollten positive Berichte über Wohlstand, besseres Leben und die unbegrenzten Möglichkeiten der Zukunft. So wie heute paßten sich die Medien diesen Wünschen an und meldeten den Fortschritt.

Ebensowenig wie wir heute erklären können, warum der Zeitgeist heute offenbar eine wachsende Sehnsucht nach Katastrophenmeldungen, Weltuntergangsvisionen und pessimistischen Aussichten verspürt, so läßt sich die entgegengesetzte Stimmung, die sich in positiven Meldungen über Produktionsrekorde, Neubauvorhaben, Versorgungsverbesserungen, Erfindungen und Entdeckungen erging, rational schwer erfassen. Der Souverän namens Zeitgeist hat da

seine Geheimnisse; er überrascht uns einmal mit wilder Ausgelassenheit, um dann wieder in allgemeiner Traurigkeit zu versinken.

Es wäre überheblich, die damalige Stimmung als eine Art materiellen Wahn abzuwerten, gleichzeitig aber zu behaupten, daß wir heute, aufgeklärt und vernünftig wie wir sind, den realen Zustand der Welt bedauern. Wahrscheinlich liegt die Realität in der Mitte. Der Kulturpessimismus heutiger Tage erscheint als Spiegelbild des unkritischen Optimismus von damals. Wir haben es mit extremen Pendelausschlägen der gleichen Welt zu tun, einmal mit Pluszeichen und einmal mit Minus. Der Wahn, wenn man es schon so benennen will, ist der gleiche.

...

Der unkritische Optimismus, der die fünfziger Jahre beherrschte, erklärt übrigens auch die schwärmerische Bewunderung für die USA, die für jene Zeit typisch war. Jenseits des Teiches war die Zukunft, die in Europa erst in den Zeitungen angekündigt wurde, schon ein Stück Gegenwart. In den Vereinigten Staaten kam alles 10 Jahre früher, eine Zeitdifferenz übrigens, die noch heute zu spüren ist.

Das Auf und Ab des deutsch-amerikanischen Gefühlspegels zeigt übrigens, wie sehr die Zuneigung der Völker von materiellen Werten abhängt. Die Deutschen hatten sich - darin den übrigen Europäern nicht nachstehend - viele Jahre eine überhebliche Geringschätzung des ungebärdigen, kraftvollen, aber als unkultiviert geltenden Amerikaners geleistet. Man lächelte gern über die Amerikaner, und das nicht nur während des Dritten Reiches, sondern auch schon in den zwanziger Jahren und in der Kaiserzeit.

Der "reiche Onkel aus Amerika" war das einzig Positive, das viele Jahrzehnte von West nach Ost über den Atlantik kam. Bemerkenswert ist, daß den Russen ähnliches widerfuhr, mit dem Unterschied, daß die Nix-Kultura-Mentalität in Mitteleuropa noch etwas länger anhielt als das Yankee-Syndrom. Heute beherrschen diese als primitiv eingestuften Völker die Welt. Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges brach in Deutschland die Fassade "gebildeter" Überlegenheit gegenüber den USA zusammen.

Der einfache Grund: In Amerika herrschte Wohlstand. Care-Pakete, Kaffee und Amizigaretten schlugen den geistigen Hochmut. Die Zuneigung ging nach Brot. In neuerer Zeit gibt es dafür Parallelen. Die Sympathie, die vielen Bürgern der Bundesrepublik bei Besuchen in osteuropäischen Ländern entgegenschlägt, kommt aus der gleichen Quelle wie die Bewunderung Nordamerikas in den fünfziger Jahren. Damals war es der gute Dollar, heute ist es die Mark.

Zur Naivität jener Zeit gehörte wohl auch, daß beträchtliche soziale Unterschiede geduldig hingenommen wurden. Die Leiden am Wohlstand der anderen war noch nicht zur chronischen Krankheit geworden. ...

Das Wohlstandsgefälle der Wirtschaftswunderzeit war für heutige Begriffe erschreckend. Schlimmer noch, es verbarg sich nicht einmal, sondern zeigte sich überall in - heute würden wir sagen - unverfrorener Weise.

Ich gehörte mit zu den Habenichtsen, kann aber nicht sagen, daß ich sehr darunter gelitten habe, wenn andere schon Autos besaßen, an die Riviera fahren, schöne Kleider trugen und Häuser bauten. Warum wir damals die Unterschiede so geduldig ertrugen, ist ein weites Feld für die Psychologie. Möglicherweise waren da instinktive Überlebensmechanismen am Werk, die uns vor Ansteckung und Vergiftung durch den Neidkomplex bewahrten.

Die Deutschen saßen im Wattenmeer auf dem Trockenen und erwarteten mit Gewißheit die Wohlstandsflut. Zum einen würde sie eher kommen, zum anderen später, aber ausbleiben würde sie nicht. Wer keine Geduld hatte, ging dem Wohlstand entgegen, er wanderte aus.

Um die Aufbruchstimmung der fünfziger Jahre zu begreifen, kommen wir ohne eine Betrachtung der ersten Hälfte dieses Jahrhundert nicht aus. Es war ja nicht nur der Zweite Weltkrieg mit seinem katastrophalen Ende, der den Erwartungshorizont der Menschen auf Null reduziert hatte.

Auch die 40 Jahre davor hatten es in sich, das ganze halbe Jahrhundert war in der Rückschau ... ein einziger Vulkanausbruch im alten Europa. 1907 eine Wirtschaftskrise mit erheblichen Mangelerscheinungen; es gab kein Fleisch für die Arbeiter. Danach der Erste Weltkrieg, in dem die Deutschen mehr hungerten als im Zweiten Weltkrieg. Ihm folgte die Inflationszeit der zwanziger Jahre mit persönlichen Katastrophen für Millionen Menschen. Eine kurze Phase der Stabilität von 1926 bis 1928 ging der Weltwirtschaftskrise mit ihrer Massenarbeitslosigkeit voraus. Die darauffolgende wirtschaftliche Entwicklung in der Mitte der dreißiger Jahre ging im Elend des Zweiten Weltkrieges unter.

Keine Frage, die Deutschen waren mit wirtschaftlicher Not verwandt und verschwägert. In der Schule lernten sie seit altersher Gedichte wie "Wer nie sein Brot mit Tränen aß ...", und über ihren Betten hingen Sinnsprüche wie dieser: "Lerne leiden, ohne zu klagen!"

Über diese Menschen kam, als sie glaubten, auf dem äußersten Tiefpunkt angekommen zu sein, das Wirtschaftswunder. Sie fühlten sich wie jemand, der aus sibirischer Kälte in einen Raum mit null Grad kommt. Er muß glauben, der Frühling sei ausgebrochen. Auch das ein gravierender Unterschied zur Gegenwart. Heute kommen wir alle aus der Wärme und empfinden eine geringe Abkühlung schon als unerträglich.

Von den Fakten her betrachtet war die wirtschaftliche Entwicklung gar nicht so wunderbar. Die Arbeitslosigkeit blieb hoch, die Löhne waren niedrig, die Wohnraumversorgung katastrophal, das soziale Netz sehr unvollkommen. Der allgemeine Wohlstand lag weit unter dem heutigen Niveau.

Trotzdem war das Wirtschaftswunder keine Erfindung von oben, keine Wahlwerbung oder der Versuch, leidende Menschen mit Luftschlössern zu täuschen. Nein, die meisten hielten die Entwicklung tatsächlich für wunderbar. Nach den Erfahrungen der ersten Hälfte des Jahrhunderts mußten sie mit dem Schlimmsten rechnen, denn eigentlich sah es 1945 noch schlechter aus als 1918. Die Niederlage war totaler als die nach dem Ersten Weltkrieg; Städte und Industrie waren von Bomben zerstört, das Land zerstückelt und unter fremder Besatzung, es war isoliert und verfeimt.

Daß sich unter diesen deprimierenden Bedingungen die wirtschaftliche Lage besser entwickelte als nach dem Ersten Weltkrieg, mußte in der Tat für ein Wunder gehalten werden. Heute wissen wir, daß die Tiefe des Falls Bedingung war für die Größe des Aufstiegs.

Die außenpolitische Isolierung in der die Bundesrepublik lebte, hat die Wirtschaftswundermentalität mitgeprägt. Die häßlichen Deutschen, mit denen im Ausland niemand etwas zu tun haben wollte, verkrochen sich hinter ihre Grenzen und stürzten sich auf das, was ihnen noch geblieben war: die Wirtschaft.

Die Rundfunksender ergingen sich in Nachrichten über die wöchentlich geförderte Kohlenmenge; Fabrikeinweihungen, Stapelläufe und Exportaufträge waren Schlagzeilen wert. Produktionssteigerungen wurden gefeiert wie im Kriege die Erfolge an den Fronten; die monatlichen Exportzahlen erwartete die Nation damals wie heute die Lottozahlen.

Womit sollten die Deutschen sich sonst beschäftigen? Niemand wollte etwas mit ihnen zu tun haben. Die meisten Ausländer wuschen sich die Hände, wenn sie einen Deutschen berührt hatten. Wer sich vergegenwärtigt, welche Mühe es bereitet hat, auf dem vergleichsweise harmlosen Gebiet des Sports wieder Kontakt zwischen den Deutschen und ihren Nachbarn auf die Beine zu stellen, wird das Ausmaß der Isolierung begreifen. Den Deutschen blieb nichts anderes übrig als die Wirtschaft. ...

Ein weiterer Grund für die Flucht ins Nur-Wirtschaftliche wird häufig übersehen: Viele der sogenannten höheren Werte - Freiheit, Vaterland, Ehre, Treue, Glauben - hatten in ihrer pervertierten Ausprägung gerade auf furchtbare Weise Schiffbruch erlitten. Die Antwort der Betroffenen war eine natürliche Skepsis gegenüber allen sogenannten Idealen, eine Antwort, die die Menschen so nüchtern materialistisch erscheinen ließ.

Eines fand in der Wirtschaftswunderzeit sicherlich nicht ausreichend statt, die Bewältigung der Vergangenheit. Die Vermutung, die Deutschen seien vor ihrer Vergangenheit ins Wirtschaftswunder geflohen, wollten das schlechte Gewissen mit Wirtschaftserfolgen betäuben, ist nicht ganz unbegründet. Das galt zunächst für die Deutschen als Gesamtheit.

Während andere Völker, etwa Italien, rechtzeitig aus dem Kriege ausgeschieden waren und sich die Illusion eines "befreiten" Landes leisten konnten, fühlten sich die Deutschen nie befreit, sondern immer nur besiegt. Die Sieger taten in den Anfangsjahren auch wenig, um sie von dieser Einstellung abzubringen. Morgenthauplan und Demontage zeigte den Deutschen, was man mit ihnen vorhatte.

"Befreite" Völker können den Vorwurf, die Gewaltherrscher, unter denen sie gelebt haben, hätten Schreckliches begangen, mühelos akzeptieren, ja, sie werden sich selbst als Opfer dieser Gewalt verstehen. Ein Nur-Besiegter ist dazu nicht in der Lage.

Die Sieger haben es den Deutschen schwermacht, sich von ihren Schreckensführern zu distanzieren. Mit ihrer These von der kollektiven Schuld ließen sie ihnen keinen Ausweg. Die meisten haben es den Siegern einfach nicht geglaubt, sie haben die Bilder von Bergen-Belsen und Auschwitz für gestellte Fotos gehalten, für eine Fortsetzung der Kriegspropaganda gegen den Besiegten. Hinzu kommt der natürliche Instinkt, der vor zu großen Schreckensbildern die Augen verschließt. Schon bei einem einfachen Verkehrsunfall wenden sich die meisten Passanten ab, wenn Blut fließt. Was will man da anlässlich des größten "Verkehrsunfalls" der deutschen Geschichte erwarten?

Psychologisch betrachtet wären die Deutschen keine Menschen, sondern seelenlose Monster, wenn sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg so verhalten hätten, wie es der Rest der Welt und viele Nachkriegsgeborene offenbar erwarteten. Die Verdrängung war normal, eine Überlebensmedizin.

Verdrängung der Vergangenheit ins Wirtschaftliche darf keineswegs immer nur mit Auschwitz und ähnlichen Schreckenssymbolen gekoppelt werden. Sie fand im persönlichen Bereich auf ganz harmlose Weise statt. Wer wollte es einem Dreißigjährigen, der seine Jugend im Uniformrock und anschließend in Gefangenschaft verbracht hatte, verübeln, wenn er nur noch friedlich arbeiten, eine Existenz aufbauen, vielleicht ein Haus errichten wollte.

Das beschauliche Wirtschaftliche war das Gegenstück zum Materialistischen, das bis dahin die Zeit beherrscht hatte. Man mußte nicht unbedingt schuldig geworden sein, um den Wunsch zu verspüren, in die Idylle von Eigenheimbau und Schrebergarten heimzukehren. Übrigens waren die Deutschen ja nicht nur Täter, sondern auch Opfer der Schreckensjahre. Auch als Opfer verdrängten sie ihre Erlebnisse mit der Flucht ins Wirtschaftswunder.

Es war schon ein Segen, daß das Trauma der Bombennächte, der Flucht und der Vergewaltigungen sich in harter Arbeit am eigenen Häuschen auflösen ließ.

Zu den eindrucksvollsten Erlebnissen der fünfziger Jahre gehört die Umwandlung der Wirtschaft von einem Verkäufer- zum Käufermarkt. ... Bis dahin waren es die Verbraucher gewohnt, vor den Läden in langen Schlangen geduldig zu warten, um das Nötigste gerade noch zu bekommen. Nicht die Wartenden vor der Tür, sondern die Ladenbesitzer waren die heimlichen Herrscher im Dorf oder Städtchen, auf ihre gute Laune und Freundlichkeit war man angewiesen.

Man harrete geduldig aus, bis sie aus dem Mittagsschlaf erwachten und geruhten, den Laden zu öffnen. Glücklicher, wer mit ihnen verwandt oder gut bekannt war, um über "Beziehungen" eine bessere Versorgung zu erhalten.

Das änderte sich Anfang der fünfziger Jahre radikal. Der Verbraucher, nun Besitzer wertvollen Geldes, wurde umworben, ihn behandelte man freundlich und zuvorkommend. In den Dörfern und Kleinstädten zog der Geschäftsmann zuerst den Hut, wenn er einem Kunden auf der Straße begegnete.

Die in den fünfziger Jahren zurückgewonnene Konsumfreiheit des Verbrauchers wird heute kaum noch als Wert gewürdigt. ... Wie deprimierend es ist, in einem Wirtschaftssystem zu leben, in dem nicht der Kunde, sondern der Mann hinter dem Ladentisch, der staatlich angestellte Warenverteiler, den Mittelpunkt darstellt, können westliche Besucher bei ihren Reisen in osteuropäische Länder gründlich studieren.

Das Wirtschaftswunder war mehr geistiger Zustand als wirtschaftliche Realität, eine Stimmung, gespeist aus vielen Quellflüssen. Eine gewisse gläubige Naivität war wohl die wichtigste Zutat. Möglicherweise ist der Verlust dieser Naivität die entscheidende Veränderung der Nach-Wirtschaftswunder-Jahre. Heute kommen viele schon mit diesem Naivitätsverlust auf die Welt, haben damit auch die Fähigkeit eingebüßt, über eine so simple Geschichte wie den Erwerb eines neuen Fahrrades ein halbes Stündchen glücklich zu sein.

Die eigentliche Bewährungsprobe für unsere naivitätslose Zeit wird kommen, wenn sich die wirtschaftlichen Bedingungen so verschlechtern, daß wir jenen Verhältnissen nahe kommen, die damals als "Wirtschaftswunder" gefeiert wurden. Vielleicht brauchen wir dann zum Überleben eine neue Illusion, eine neue Naivität. ...<<

Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtete später über das "deutsche Wirtschaftswunder" (x313/386-387): >>Die Bundesrepublik Deutschland nahm nach dem Zweiten Weltkrieg einen unglaublichen wirtschaftlichen Aufschwung, den Gegner wie Freunde nur mit ungläubigen Augen verfolgen konnten.

Die Wirtschaft faßte relativ früh wieder Tritt. Deutsche Ingenieure und deutsche Wissenschaftler legten sich ins Zeug. In kürzester Zeit verfügte Deutschland schon wieder über eine der besten Infrastrukturen Europas. Das flächenmäßig kleine Land im Herzen Europas hatte in der Vergangenheit zahlreiche blitzgescheite Köpfe hervorgebracht; das gereichte Deutschland jetzt zum Vorteil. Nahezu in jedem Fachgebiet und jeder Wirtschaft fand sich nun erneut ein berühmter Name deutscher Herkunft.

Die Industrie zog an und erlangte binnen weniger Jahrzehnte wieder Weltbedeutung - denken wir nur an die Elektro-Industrie, den Maschinenbau oder an die deutschen Autos. Der Export boomte.

Die Statistiken schrieben eine fast ungebrochene Erfolgsgeschichte. "Schon zwischen 1948 und 1952 stieg die deutsche Industrieproduktion um 110 Prozent und das reale Bruttoinlandsprodukt um 67 Prozent." Die Stahlproduktion, 1946 praktisch nicht existent, entwickelte sich zur größten Europas mit über 34 Millionen Tonnen im Jahre 1960.

Ähnliche märchenhafte Expansionsraten erreichten andere wichtige Industriezweige. Das Bruttoinlandsprodukt liest sich in dürren Zahlen wie folgt:

1952 = 32 Milliarden Dollar,

1962 = 89 Milliarden Dollar,

1979 = 600 Milliarden Dollar,

2000 = über 1.000 Milliarden Dollar.

Im Jahre 1960 betrug das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland 1.186 Dollar - in den Vereinigten Staaten zu diesem Zeitpunkt 2.491 Dollar. 1970 aber sah es bereits folgendermaßen aus:

In der Bundesrepublik Deutschland verdiente man im Durchschnitt 10.837 Dollar, in den USA lediglich 9.595 Dollar. Die Deutschen hatten sogar die "erfolgreichste Nation der Welt" überholt.

Nach kürzester Zeit hatte Deutschland zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht wieder eine der führenden Positionen auf dem Globus inne. "Made in Germany" wurde Inbegriff für Präzision und Langlebigkeit - ein Prädikat, mit dem allenfalls die Schweizer Uhren mithalten konnten.<<

10. Wieso wurde die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") wirklich gegründet?

In Rom wurden am 25. März 1957 die zeitlich unbegrenzten Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") und die Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") unterzeichnet.

Innerhalb von 12 Jahren sollten in den 6 Gründerstaaten der EWG (Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg) die Binnenzölle und Handelsschranken abgebaut und ein gemeinsamer Markt mit einheitlichen Außenzöllen entstehen, um eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, eine Zollunion, eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft, Wachstum und Wohlstand sowie die Angleichung des Lebensstandards in den Mitgliedstaaten zu realisieren.

Der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill sprach am 19. September 1946 in Zürich über ein geeintes Europa (x067/193): >>... Wir müssen etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa schaffen.

Nur so können Hunderte Millionen schwer arbeitender Menschen wieder die einfachen Freuden und Hoffnungen zurückgewinnen, die das Leben lebenswert machen. Das Verfahren ist einfach. Was wir benötigen, ist der Entschluß von Hunderten Millionen Männern und Frauen, Recht statt Unrecht zu tun und als Lohn Segen statt Fluch zu ernten ...

Ich spreche jetzt aus, das Sie in Erstaunen setzen wird. Der erste Schritt bei der Neugründung der europäischen Familie muß eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland sein. Nur auf diese Weise kann Frankreich die moralische Führung Europas wiedererlangen. Es gibt kein Wiederaufleben ohne ein geistig großes Frankreich und ein geistig großes Deutschland.

Die Struktur der Vereinigten Staaten von Europa, wenn sie gut und echt errichtet wird, muß so sein, daß die materielle Stärke eines einzelnen Staates von weniger großer Bedeutung ist. Kleine Nationen zählen ebensoviel wie große und erwerben sich ihre Ehre durch ihren Beitrag zu der gemeinsamen Sache ...

Ich muß Sie aber auch warnen. Die Zeit ist vielleicht knapp. Gegenwärtig haben wir eine Atempause. Die Geschütze schweigen. Der Kampf hat aufgehört, aber nicht die Gefahren. Wenn es uns gelingen soll, die Vereinigten Staaten von Europa oder welchen Namen auch immer sie tragen werden, zu errichten, müssen wir jetzt damit beginnen. ...<<

Bundeskanzler Adenauer berichtete bereits während der Regierungserklärung am 20. September 1949 über den geplanten Einbau des deutschen Volkes in einen europäischen Bundesstaat (x973/...): >>... Ich habe an einer anderen Stelle schon ausgeführt, daß das Besatzungsstatut zwar ein Fortschritt, sogar ein erheblicher Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand ist. Es wird aber ganz darauf ankommen, ob es in dem Geist gehandhabt wird, der aus dem Begleitschreiben der Außenminister von England, Frankreich und den Vereinigten Staaten vom April dieses Jahres an den Präsidenten des Parlamentarischen Rats sprach.

"Die Außenminister betonen", so heißt es in der Note, "daß es das höchste Ziel der drei Alliierten Regierungen ist, den festen Einbau des deutschen Volkes in einem demokratischen Bundesstaat in den Rahmen eines europäischen Zusammenschlusses zum beiderseitigen Besten zu ermutigen und zu fördern." Wir sind überzeugt davon, daß, wenn das Besatzungsstatut in diesem Sinne gehandhabt wird, es uns ein eigenes starkes Leben und weitere Fortschritte ermöglichen wird.

(Abgeordneter Renner: Sie nannten es einmal Kolonialstatut!) ...

Es besteht für uns kein Zweifel, daß wir nach unserer Herkunft und nach unserer Gesinnung zur westeuropäischen Welt gehören. Wir wollen zu allen Ländern gute Beziehungen, auch solche persönlicher Art, unterhalten, insbesondere aber zu unsern Nachbarländern, den Benelux-Staaten, Frankreich, Italien, England und den nordischen Staaten.

Der deutsch-französische Gegensatz, der Hunderte von Jahren die europäische Politik be-

herrscht und zu so manchen Kriegen, zu Zerstörungen und Blutvergießen Anlaß gegeben hat, muß endgültig aus der Welt geschafft werden.

(Lebhafter Beifall.)

Ich hoffe, ja ich sage: ich glaube, daß das Saargebiet nicht zu einem Hindernis auf diesem Weg werden wird.

(Aha! und Hört! Hört!)

Am Saargebiet hat Frankreich - das ist ohne weiteres anzuerkennen - wirtschaftliche Interessen. Deutschland hat dort wirtschaftliche und nationale Interessen.

(Sehr richtig! - Zuruf: Sind das nur Interessen?)

Schließlich aber haben die Saarbewohner selbst den begründeten Wunsch, daß ihre eigenen wirtschaftlichen und nationalen Interessen berücksichtigt werden.

(Zuruf von der KPD: Vielleicht sagen Sie auch etwas über die Ausweisungen aus dem Saargebiet!)

Alle diese Interessen sollen in eine Ordnung und Übereinstimmung gebracht werden, die sich im Rahmen der Europäischen Union, deren Mitglied wir möglichst bald zu werden wünschen, finden lassen wird.

Mit aufrichtiger Genugtuung und Freude, meine Damen und Herren, denke ich daran, daß Außenminister Bevin mir in einer persönlichen Unterredung im Sommer dieses Jahres erklärt hat: der Krieg zwischen unseren beiden Völkern ist zu Ende, unsere beiden Völker müssen Freunde sein.

Ich habe eben gesagt, wir wünschen möglichst bald in die Europäische Union aufgenommen zu werden. Wir werden gerne und freudig an dem großen Ziel dieser Union mitarbeiten. Ich weise darauf hin, daß wir in unserer Bonner Verfassung im Artikel 24 für den Bund die Möglichkeit vorgesehen haben, Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen zu übertragen und sich zur Wahrung des Friedens im System gegenseitig-kollektiver Sicherheit einzuordnen. Es heißt dann in diesem Artikel weiter:

"Der Bund wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern."

Ich glaube, daß unser Grundgesetz damit die fortschrittlichste aller Verfassungen ist.

(Sehr richtig!)

Wir sind entschlossen, alles zu tun, was in unserer Kraft steht, um den in diesem Artikel vorgezeichneten Weg zur Sicherung des Friedens in Europa und in der Welt zu gehen. ...<<

Der belgische Politiker Paul-Henri Spaak (1899-1972) schrieb später über die Unterzeichnung der "Römischen Verträge" (x067/195): >>Am 25. März 1957 unterzeichneten wir in Rom die beiden Verträge - den über die Gründung des Gemeinsamen Marktes und den über die Gründung von Euratom.

Es war eine unvergeßliche Feier. Die Italiener hatten alles hervorragend arrangiert. Wir versammelten uns im Kapitol, im Saal der Horatier und Curatier. Alle Mitarbeiter an dem großen Werk, das wir einweihen sollten, waren anwesend: die Minister, die es gewünscht hatten, die Delegationsführer, die eine gewaltige Arbeit vollbracht hatten, die Fachleute, die uns geholfen hatten.

Die Glocken von Rom läuteten mit aller Macht zum Gruß für die Geburt des neuen Europa. Meine Erregung, meine Freude und meine Hoffnungen waren eins. ...

Die Verträge von Rom stellten den Sieg des Geistes der Zusammenarbeit und die Niederlage des egoistischen Nationalismus dar. Die Menschen, die das Unternehmen zum Erfolg geführt hatten, waren von den gleichen Überzeugungen und dem gleichen Ideal beseelt. Ohne ihre Ergebenheit für ihr eigenes Vaterland im geringsten zu verleugnen, verkündeten sie die Notwendigkeit, die Länder untereinander zu vereinigen, um ihre wirtschaftliche Kraft und darüber

hinaus ihre politische Macht zu sichern.

Sie waren sicher, durch diese Handlungsweise den Niedergang einer Kultur aufzuhalten und dem europäischen Kontinent seinen Rang und seine Ausstrahlung wiederzugeben. Sie beabsichtigten nicht, ihre Bemühungen auf diesen unmittelbaren Erfolg zu beschränken. Sie hofften, daß sich ihnen eines Tages andere Länder anschließen würden.

Sie glaubten auch, daß die wirtschaftliche Integration sie unfehlbar zur politischen Einigung führen würde. Ihr Endziel war die Schaffung eines Europas, das kein Satellit Amerikas, sondern dessen vollwertiger Partner in einer westlichen Welt werden sollte, die zur Verteidigung einer bestimmten Lebensform organisiert und vereint war. ...<<

Staatspräsident de Gaulle erklärte am 4. Februar 1965 während einer Pressekonferenz zur zukünftigen Europapolitik (x300/219): >>... Europa, Mutter der modernen Zivilisation, muß vom Atlantik bis zum Ural entstehen, um seine gewaltigen Hilfsmittel zu entwickeln und damit es gemeinsam mit Amerika, seiner Tochter, die Rolle spielt, die ihm zukommt, um 2 Mrd. Menschen zu dem dringend benötigten Fortschritt zu verhelfen.<<

Am 1. Juli 1967 entstand die Europäische Gemeinschaft (EG). Es handelte sich um den Zusammenschluß der Europäischen Vertragsgemeinschaften: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG"), Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") und Montanunion (EGKS).

Staatspräsident Georges Pompidou (1911-1974) erläuterte am 1. März 1971 während einer Pressekonferenz den Aufbau einer Konföderation von europäischen Staaten (x128/281-282): >>... Es kann nur darum gehen, auf dem, was schon vorhanden ist, eine Konföderation von Staaten aufzubauen, die entschlossen sind, ihre Politik zu harmonisieren und ihre Wirtschaft zu integrieren.

Wenn man das Problem so betrachtet, wird man feststellen, daß der Streit um die Supranationalität ein falscher Streit ist. Wenn die europäische Konföderation eines Tages eine Realität ist, wird es sicher auch eine Regierung geben müssen, deren Entscheidungen für alle dazugehörenden Staaten verbindlich sein werden.

Das Problem besteht darin zu wissen, wie, auf welche Weise und unter welcher Form man zu dieser Regierung gelangen wird. Daß man zu ihr gelangt, indem man von technischen Einrichtungen oder von Kommissionen ausgeht, ist eine durch die Tatsachen hinweggefegte Illusion.

...

Es steht für mich fest, daß es an dem Tage, an dem eine echte europäische Regierung zustande kommt, auch ein echtes europäisches Parlament vorhanden sein muß. Dies wirft zahlreiche Fragen auf, und sei es auch nur wegen der unterschiedlichen Meinungen und Gewohnheiten, die in den verschiedenen Ländern der Gemeinschaft in bezug auf die Beziehungen zwischen Regierung und Parlament bestehen.

Bis dahin jedoch erscheinen mir die Spekulationen über die europäische parlamentarische Versammlung vollkommen unnütz. Man kann eine erhebliche Erweiterung dieser Befugnisse nur denken, wenn ihnen eine wirkliche Exekutivgewalt gegenübersteht.<<

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments wurden seit dem 7. Juni 1979 in allgemeinen und direkten Wahlen alle fünf Jahre gewählt.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden am 10. Juni 1979 erstmalig Abgeordnete für das Europäische Parlament gewählt. Von den 410 Abgeordneten aus 9 Ländern stellten die Deutschen 81. Das EU-Parlament konnte zwar noch keine Gesetze erlassen, sondern erfüllte nur beratende und kontrollierende Funktionen, beschloß aber bereits den ersten eigenen Haushalt. Die zehn EG-Mitgliedstaaten beschloßen am 19. Juni 1983, eine Europäische Union zu gründen.

11. Weshalb wurde die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) gegründet?

In Rom wurde am 25. März 1957 der zeitlich unbegrenzte Vertrag über die Europäische

Atomgemeinschaft (EURATOM) unterzeichnet.

Zu den Aufgaben der Europäische Atomgemeinschaft zählten: Förderung, Koordinierung und Kontrolle der Forschung, Nutzung und Entsorgung im Kernenergiebereich. Die Bundesrepublik Deutschland übernahm 28 % Verwaltungskosten und 30 % Forschungs- und Investitionskosten der Europäischen Atomgemeinschaft (x182/220).

In Kahl am Main lieferte das erste deutsche Kernkraftwerk am 17. Juni 1961 erstmalig Strom. Der Betreiber des Kernkraftwerkes war das staatliche Stromerzeugungsunternehmen RWE.

Das erste Atomkraftwerk der DDR ging im Jahre 1966 im nördlichen Brandenburg bei Rheinsberg in Betrieb.

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (29/1956) berichtet am 18. Juli 1956 über eine europäische Atom-Energie-Gemeinschaft: >>>Das Monstrum

Seit dem Sommer 1954, seit dem Tage, an dem Frankreichs damaliger Ministerpräsident Pierre Mendes-France dem Plan einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ein Begräbnis dritter Klasse bereitete, ist die Szenerie klein-europäischer Einigungsbestrebungen öd und leer. Lediglich die Europäische Montanunion (Schumanplan) fristet seither ein stets gefährdetes Leben in der vom toten Gebein der EVG und anderer europäischer Unionspläne bedeckten Wüstenei.

Im Frühjahr vorigen Jahres jedoch ging über dieser melancholisch stimmenden Landschaft ein neuer Stern auf. Er wurde mit einem fremdartig schillernden Namen belegt: Euratom. Es war der Plan einer europäischen Atom-Energie-Gemeinschaft nach dem Muster der Montanunion. In der vorletzten und letzten Woche befaßte sich Frankreichs Nationalversammlung mit dem Euratom-Plan. Das Interesse der Abgeordneten für dieses Gebilde war zunächst nicht groß. Die Redner sprachen stundenlang vor fast leeren Bänken - bis Frankreichs sozialistischer Ministerpräsident Guy Mollet, aus dem Wissensschatz europäischer Astrologie schöpfend, den Abgeordneten eine Deutung des neuen Sterns vermittelte.

Der Sinn seiner Ausführungen war, daß Euratom den Deutschen ein Leitstern auf dem Wege westlicher Gesittung und ein Orientierungspunkt zur Vermeidung östlicher Abweichungen sein solle. Guy Mollet erläuterte den Abgeordneten die weltpolitische Bedeutung Euratoms mit Erinnerungen an seinen jüngsten Moskauer Besuch.

Bei dieser Gelegenheit, so berichtete er, habe Chruschtschow ihm - Mollet - gedroht, daß die Sowjet-Union sich eines Tages sehr wohl direkt mit Bonn und unter Ausschluß der westlichen Mächte über die Frage der deutschen Wiedervereinigung verständigen könne, woraus - so fuhr Mollet fort - nichts anderes zu schließen sei, als daß "nur eine Integration Deutschlands in eine europäische Gesamtheit, die ihm übergeordnet ist und Autorität über Deutschland hat", eine dauerhafte Lösung des deutschen Problems bringen könne.

Mollets Warnung vor einer Bundesrepublik, die - aller konkreten Bindungen an Westeuropa bar - sich eines Tages mit den Sowjets eigenmächtig verständigen könne, brachte Leidenschaft in die Debatte. Einer nach dem anderen eilten die alten Kämpfer der EVG und der Montan-Union - der Vater des EVG-Planes René Pleven, der katholische Volksrepublikaner Maurice Schumann, die Abgeordneten Reynaud und Teitgen - auf die Tribüne des Hauses und warnten vor der innerpolitischen Entwicklung der Bundesrepublik, die nach den Worten des sozialistischen Abgeordneten Felix Gouin mit Riesenschritten "der nachadenauerschen Epoche entgegenstrebt".

Frankreichs Außenminister Antoine Pineau malte gar das Schreckgespenst eines "neuen deutsch-sowjetischen Paktes" an die Wand und erklärte, daß ein solcher Pakt "die Teilung der Welt in zwei Blöcke endgültig machen und den Weltfrieden schwer gefährden würde".

Zugleich aber erhoben sich auch die nun ebenfalls aus jahrelangen EVG-Debatten geläufigen Gegenstimmen. "Erst", so schimpfte die sozialistische Tageszeitung "Combat", "wollte man uns das Monstrum einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft aufzwingen, um die deut-

sche Wiederbewaffnung zu kaschieren. Dann hat uns die Montanunion unter die Oberherrschaft der Ruhr gebracht. Jetzt will man Deutschland unsere Uran-Vorkommen ausliefern."

Von der Tribüne des Hauses ermahnten ex-gaullistische und radikalsozialistische Abgeordnete das Parlament, Frankreichs nationale Atom-Industrie nicht unter die Botmäßigkeit der Deutschen zu bringen. Zwei ex-gaullistische Minister drohten mit ihrem Rücktritt, wenn man den auf zehn Jahre Forschungsarbeit zu veranschlagenden wissenschaftlichen Vorsprung Frankreichs vor Deutschland aufgeben sollte.

Es nützte angesichts dieser Besorgnisse wenig, daß Frankreichs Hoher Kommissar für Atomenergie, Francis Perrin, in der Nationalversammlung erklärte, daß Frankreich ohne die finanzielle Hilfe anderer europäischer Länder, vor allem also Deutschlands, nicht in der Lage sein werde, wesentliche Fortschritte in der Produktion von Atom-Energie zu erzielen.

Frankreichs altes Dilemma - die Frage, wie man über Deutschland "Autorität ausüben" kann, ohne selbst auch unter deutsche Autorität zu geraten - wurde auch dem Euratom-Plan zum Verhängnis.

Mollet hatte von einigen sozialistischen Parteifreunden eine Resolution einbringen lassen, deren Annahme die Regierung bevollmächtigen sollte, die Brüsseler Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik, Frankreich, Italien und den Benelux -Ländern über den Euratom-Plan im bisherigen Sinne fortzusetzen. Diese Resolution war der Gegenstand der Debatte in der Nationalversammlung.

Es zeigte sich aber bald, daß für diese Resolution keine Mehrheit zu bekommen war. Nach der bis zur Parlamentsdebatte gültigen Direktive für die französischen Euratom-Verhandler in Brüssel sollte die künftige Euratom-Gemeinschaft unter anderem

- die gesamte Atom-Forschung der beteiligten sechs Montanunion-Länder beaufsichtigen und zentral finanzieren,

- die gesamte klein-europäische Atom-Produktion kontrollieren.

Nach diesem Plan sollten die Franzosen in die neue Gemeinschaft ihre kolonialen Uran-Vorkommen und ihren Vorsprung in der Atom-Forschung einbringen, die anderen Länder - darunter vor allem Deutschland - ihre finanziellen und wirtschaftlichen Mittel. Die Väter Euratoms, darunter auch der erste Präsident der Montanunion, Jean Monnet, hielten das für einen akzeptablen Kompromiß zwischen den Interessen Frankreichs und den Ansprüchen Deutschlands. Dieser Kompromiß lag auch der sozialistischen Resolution zugrunde.

Aber schon am ersten Tag der parlamentarischen Debatte begab sich die Regierung Mollet auf den Rückzug. Als Sprecher der Regierung erklärte Atom-Kommissar Perrin, man werde bei der Euratom von einer "exzessiven Zentralisierung" (wie bei der Montanunion) absehen. Ferner, so erklärte er, würde es "ungerecht" sein, wenn Frankreich, das einen Vorsprung in der Atomforschung habe und außerdem als einziges der beteiligten Länder über eine eigene Grundstoff-Basis für die Atom-Energie-Produktion verfüge, nicht auch einen Vorrang bei der Nutzung seiner Kenntnisse und Bodenreichtümer behalte. Nach Ansicht seiner Regierung werde Frankreich bei den Brüsseler Verhandlungen mit Recht fordern können, daß es neben der europäischen Atomforschungs- und Atomproduktionsplanung ein eigenes nationales Programm betreiben darf.

Dagegen müsse - so war Perrins Ausführungen zu entnehmen - die deutsche Forschung und Produktion völlig "integriert" werden.

Im übrigen empfahl die Regierung Mollet einen "geschlossenen, gemeinsamen europäischen Markt" für Produkte der Atomenergie-Gewinnung. Ohne einen solchen "geschlossenen" Markt würde, so gab Perrin zu bedenken, die europäische Atom-Industrie von der wesentlich billiger produzierenden amerikanischen Konkurrenz niedergewalzt werden.

Perrin vergaß zu erwähnen, daß diese Regelung für Frankreich ganz ungewöhnliche Vorteile bieten würde: Der geschlossene Markt würde die französische Atom-Produktion vor der ame-

rikanischen Konkurrenz sichern. Er würde - mit anderen Worten - zum Beispiel die westdeutsche Wirtschaft daran hindern, amerikanische Offerten etwa für den Bau von Atom -Meilern und Atom-Elektrizitätswerken zu akzeptieren, die billiger als französische sind. Andererseits: Dadurch, daß Frankreich seinen Vorsprung in der Atom-Forschung und seinen Vorteil als Rohstoff-Produzent nicht in Euratom einbringen will, wäre es jeder anderen europäischen Atom-Produktion innerhalb des geschlossenen Marktes von vornherein so überlegen, daß es seinen Euratom-Partnern praktisch jeden Preis diktieren könnte.

Der neue Euratom-Plan Frankreichs erinnerte deutsche Beobachter in Paris intensiv an die Westeuropäische Union (WEU), die Pierre Mendes-France seinerzeit als Ersatz für die EVG erfand. Auch dort genießt Frankreich den Vorzug, daß es neben einer der WEU unterstellten Armee eine nationale Armee unterhalten darf. Und tatsächlich gleicht es einem bösen Omen für den Euratom-Plan, daß seit einiger Zeit Frankreichs WEU-Truppen von der galoppierenden Schwindsucht befallen zu sein scheinen, während die nationale Armee Frankreichs zu immer gewaltigerer Stärke anschwillt. Ähnliches könnte auch im Rahmen der geplanten Euratom-Gemeinschaft geschehen - daß nämlich Frankreich alle seine finanziellen Energien in seine nationale Atom-Produktion steckt, während es seine Mitgliedschaft in der Euratom nur dazu benutzt, Deutschlands Versuche auf diesem Gebiet wachsam zu beobachten.

Verständlicherweise begruben in der letzten Woche Frankreichs Parlamentarier angesichts der neuen Fassung ihren anfänglichen Grimm gegen Euratom. Sie gaben dem neu formulierten Plan mit 342 gegen 183 - zum größten Teil kommunistische - Stimmen ihren Segen.<<

12. Warum flohen Millionen Deutsche aus Mitteldeutschland nach Westdeutschland?

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Flüchtlinge" aus der SBZ (x009/131-134): >>... Seit 1946/47 haben Hunderttausenden Deutsche, meist unter Zurücklassung ihrer Habe, in der Bundesrepublik Deutschland sowie West-Berlin Zuflucht gesucht.

Solchen Flüchtlingen wurde seit 1947 nach den zwischen Beauftragten der westdeutschen Länder abgeschlossenen "Segeberger Beschlüssen" (1947) und den "Uelzener Vereinbarungen" (1949) das Asylrecht der Bundesrepublik Deutschland gewährt. Die Aufenthaltserlaubnis wurde an Flüchtlinge erteilt, die wegen ihrer politischen Einstellung verfolgt wurden (A-Fälle), und solche, denen aus Gründen der Menschlichkeit Asylrecht zuerkannt wurde (B-Fälle). ...

Über die Gesamtzahl der zugewanderten Flüchtlinge liegen keine vollständigen Unterlagen vor, da eine systematische Erfassung erst 1949 einsetzte. Der weitaus größte Teil der Zuwanderer, denen das Asylrecht oder die Notaufnahme verweigert wurde, blieb im Bundesgebiet. Eine Erfassung war nicht möglich.

Daneben sind in großer Zahl Menschen aus der SBZ nach Westdeutschland und nach West-Berlin eingeströmt, ohne die amtlichen Flüchtlingsstellen zu passieren (u.a. kamen bis zum Jahre 1953 rd. 930.000 Personen auf Grund von Zuzugsgenehmigungen der einzelnen Bundesländer, die nur z.T. später im Notaufnahmeverfahren erfaßt wurden).

Für die Zeit von 1945 bis Ende 1951 wird die Zahl der Zuwanderer aller dieser Gruppen mit 931.000 Personen angenommen. Von diesen wurden allein in der Zeit von 1949 bis 1951 allein 492.681 Personen von den amtlichen Flüchtlingsstellen erfaßt.

Seit 1952 (ab 4.2.1952 trat auch in West-Berlin das Bundesnotaufnahmegesetz in Kraft) meldeten sich jeweils innerhalb des halben Jahres nach ihrer Zuwanderung bei den Notaufnahmedienststellen Berlin, Gießen und Uelzen:

Jahr	Anzahl der Sowjetzonenflüchtlinge	Anteil der Sowjetzonenflüchtlinge (bis 24 Jahre)
1952	182.393	52,6 %
1953	331.390	48,7 %
1954	184.198	49,1 %
1955	252.870	52,4 %
1956	279.189	49,0 %
1957	261.622	52,2 %
1958	204.092	48,1 %
1959	143.917	48,3 %
1960	199.188	48,8 %
01.01.-13.08.1961	<u>195.828</u>	49,1 %
	<u>2.234.687</u>	49,9 %

Die hohe Flüchtlingszahl im Jahre 1953 war eine Folge des Juni-Aufstandes. Mit 47.433 Flüchtlingen im August 1961 wurde abermals ein Höchststand erreicht, wie er seit Jahren nicht verzeichnet wurde.

Unter den Sowjetzonenflüchtlingen befinden sich im Durchschnitt mehr als 60 % im Erwerbsleben stehende Personen. Auch ein beachtlicher Teil der Intelligenz kehrte dem "Ulbricht-Staat" den Rücken. ...

Es ist bezeichnend, daß zwischen 1954 und September 1961 allein 101.167 Angehörige landwirtschaftlicher Berufe, darunter 24.004 (23,1 %) selbständige Bauern, Tierzüchter, Forstwirte und Gartenbauer geflüchtet sind.

Zur Eindämmung dieser unaufhörlich fortschreitenden Abwanderung wurde im Dezember 1957 - anstatt eines Versuchs zur Besserung der Lebensverhältnisse - eine Verschärfung der Bestimmungen für Vergehen gegen das Paßwesen geschaffen und die Ausgabe von Interzonenpässen für Reisen in die Bundesrepublik Deutschland bedeutend eingeschränkt.

Infolgedessen ist auch die Zahl der Flüchtlinge, die im Interzonenverkehr kamen, ... zurückgegangen.

Das Bundesvertriebenengesetz stellt die "anerkannten Sowjetzonenflüchtlinge" bei allgemeinen Hilfsmaßnahmen den Flüchtlingen gleich. Der Entscheid der Notaufnahmedienststellen über die Aufenthaltserlaubnis wegen "Zwangslage" gilt aber noch nicht als Entscheid über die Zuerkennung der Eigenschaft als "Sowjetzonen-Flüchtling". Hierüber und damit über die Erteilung des Bundes-Flüchtlingsausweises C entscheiden die Flüchtlingsbehörden der Länder. Seit 1954 bis 30.6.1961 wurden insgesamt 457.070 C-Ausweise für 624.817 Personen (einschließlich der darin eingetragenen Kinder bis 16 Jahren) ausgestellt.

Schon vor 1949, mehr noch seitdem war und ist der Strom der Flüchtlinge ein Beweis dafür, daß

1. die überwiegende Mehrheit der Deutschen in der SBZ die dort herrschende staatskapitalistische Mißordnung ablehnt, und daß
2. Millionen so sehr bedrückt wurden, daß sie ihre Heimat und ihre Existenz preisgaben (von 1952-1961 rd. 2,2 Millionen Sowjetzonenflüchtlinge).

Die Flut der Flüchtlinge war und ist eine Abstimmung mit den Füßen gegen den Kommunismus.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das "Flüchtlingsvermögen" in der SBZ (x009/134-135): >>>Das Vermögen von Flüchtlingen wurde nach Verord-

nung zur Sicherung von Vermögenswerten vom 17.7.1952 beschlagnahmt. Am 11. Juni 1953 ist diese Verordnung aufgehoben worden. Der Flüchtling, der die SBZ nach dem 10.6.1953 verlassen hatte, konnte seitdem einen Verwalter für die zurückgelassenen Vermögenswerte einsetzen. Tat er das nicht, war vom Staatlichen Notariat ein Abwesenheitspfleger oder in Sonderfällen vom Rat des Kreises ein Treuhänder zu bestellen.

Nach dem Inkrafttreten der Neufassung des Paßgesetzes im Dezember 1957 wurden die von den Flüchtlingen eingesetzten Verwalter von den Behörden der SBZ häufig nicht mehr anerkannt. ... Das Flüchtlingsvermögen wurde ... unter staatliche Treuhandverwaltung gestellt.

Nach internen Dienstanweisungen hat der Treuhänder die zurückgelassenen beweglichen Vermögenswerte zu verkaufen. Der Erlös des meist zu Schleuderpreisen verkauften Flüchtlingsvermögens sowie etwaige Guthaben bei Kreditinstituten werden an die Staatskasse abgeführt.

Grundstücke, mit gelegentlicher Ausnahme von Einfamilienhäusern, werden nicht verkauft, sondern durch den Rat des Kreises, VEB Kommunale Wohnungsverwaltung, verwaltet. Die Treuhandverwaltung wird in das Grundbuch eingetragen. Alle Grundstücke einer Treuhandverwaltung werden gemeinsam verwaltet und abgerechnet. Von diesem Gesamtkonto, auf das die Einnahmen aus sämtlichen Grundstücken eingezahlt werden, werden die öffentlichen Lasten und Zinsen von Hypotheken staatlicher Kreditinstitute bezahlt. Ansprüche privater Hypothekengläubiger werden im allgemeinen nicht befriedigt.

Betriebe von Flüchtlingen werden "volkseigenen" Betrieben oder Produktionsgenossenschaften zur Nutzung überlassen oder in einem Konkursverfahren aufgelöst.<<

13. Wer ordnete am 13. August 1961 zur vollständigen Spaltung Berlins den Bau der "Berliner Mauer" an?

Walter Ulbricht erklärte am 15. Juni 1961 während einer internationalen Pressekonferenz in Ost-Berlin (x296/211 L): >>... (Frage des Korrespondenten der "Frankfurter Rundschau":) ... Herr Vorsitzender! Bedeutet die Bildung einer Freien Stadt Ihrer Meinung nach, daß die Staatsgrenze am Brandenburger Tor errichtet wird? Und sind Sie entschlossen, dieser Tatsache mit allen Konsequenzen Rechnung zu tragen?

(Walter Ulbricht:) Ich verstehe Ihre Frage so, daß es in Westdeutschland Menschen gibt, die wünschen, daß wir die Bauarbeiter der Hauptstadt der DDR dazu mobilisieren, eine Mauer aufzurichten. Mir ist nicht bekannt, daß eine solche Absicht besteht. Die Bauarbeiter unserer Hauptstadt beschäftigen sich hauptsächlich mit Wohnungsbau; und ihre Arbeitskraft wird dafür voll eingesetzt.

"Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten". ...<<

Am 13. August 1961 wurden im Einvernehmen mit den Warschauer-Pakt-Staaten die Sektorengrenze und die Demarkationslinie nach West-Berlin abgeriegelt.

Bis auf 7 Sektorenübergänge, die scharf kontrolliert wurden, schloß man alle Übergänge nach West-Berlin. Ost-Berlin wurde militärisch besetzt. An der Ost-Berliner Sektorengrenze errichtete man gleichzeitig Stacheldrahthindernisse, um die eigene Bevölkerung gewaltsam im Land zu halten. Es ereigneten sich vielerorts dramatische Zwischenfälle.

Die Abriegelungsmaßnahmen in der SBZ (Beginn des Mauerbaues in Berlin) wurden vor allem mit der Abwerbung (Bezeichnung für die Verleitung zur Republikflucht) begründet. Allein vom 1. Januar bis zum 13. August 1961 flohen 155.402 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen. Nach Sperrung der Grenze und dem Bau der Mauer versiegte der Flüchtlingsstrom nach Westdeutschland und West-Berlin. West-Berliner durften Ost-Berlin nur noch mit Aufenthaltsgenehmigungen betreten.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den Mauerbau in "Berlin" (x009/62-63): >>Die Spaltung der Stadt wurde (bereits) durch die kommunistische

Sprengung der im Sowjetsektor tagenden Stadtverordneten-Versammlung am 6.9.1948 vollendet. ...

In der Nacht vom 12. zum 13.8.1961 wurde auf sowjetzonale Anordnung der bis dahin trotz schikanöser Beschränkungen noch funktionierende Verkehr über die Sektorengrenze praktisch unterbrochen, die Spaltung der Stadt restlos vollzogen und damit vor allem auch die Fluchtbewegung unterbunden.

Die Sektorengrenze wurde durch Stacheldraht, Mauern und dann durch den von der Demarkationslinie her bekannten "Todesstreifen" sowie starke militärische Bewachung "gesichert". Sie wurde, obwohl formell nur eine Form der Demarkationslinie ein Teil der Staatsgrenze West.

... Nunmehr benötigen West-Berliner ebenso wie Bürger der Bundesrepublik für jedes Betreten des Sowjetsektors eine Aufenthaltsgenehmigung (nichtamtlich: Tagespassierscheine), für längere Aufenthalte im Sowjetsektor eine Erlaubnis der zuständigen Stelle der Volkspolizei.

...

Trotz der Sperren haben seit dem 13.8. verzweifelte Ost-Berliner versucht, unter Einsatz ihres Lebens auf abenteuerlichen Wegen nach West-Berlin zu fliehen. Manche von ihnen mußten diesen Versuch mit dem Leben bezahlen. Zu den weiteren Verschärfungen der Sperrmaßnahmen nach dem 13.8. gehören: Vermauern der Fenster von Häusern an der Sektorengrenze; Evakuierung, auch Abbruch solcher Häuser, Aushebung von Gräben.

Das Bewachungspersonal leistet den strengen Befehlen nur zum Teil Folge. Zahlreiche seiner Angehörigen haben die ihnen gebotenen Gelegenheiten zur Flucht ausgenutzt. ...<<

Die Akademie der Wissenschaften der DDR berichtete später über den Beginn des Mauerbaues in Berlin (x243/208): >>Am 13. August (übernahmen) Einheiten der (NVA), der Kampfgruppen, ... im engen Einvernehmen mit den in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte den militärischen Schutz der Staatsgrenze der DDR.

Sie errichteten Grenzbefestigungen an der Staatsgrenze zu Westberlin. ... Die Sicherheitsmaßnahmen ... schoben der Wühlätigkeit, die von Westberlin gegen die sozialistischen Länder betrieben wurde, einen Riegel vor, durchkreuzten die Aggressionspläne des Imperialismus.

...<<

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schrieb später über den Bau der Berliner Mauer (x287/195): >>Am 15. Juni hatte der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht noch versichert: "Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten".

Aber unter dem zunehmenden Druck der Fluchtbewegung aus der DDR und Ost-Berlin durch das Schlupfloch nach West-Berlin entschließen sich die Führungen in Moskau und in Ost-Berlin, die Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften zu verhindern.

Ulbricht läßt daher am 13. August 1961 beide Teile Berlins auf einer Länge von 45 km und die Westsektoren von der DDR auf einer Länge von 120 km durch eine Mauer trennen, um die "Abstimmung mit den Füßen" gegen sein Regime zu stoppen.

Die Teilung Deutschlands ist damit zementiert. ...<<

14. Wie leitete man in Westdeutschland bereits frühzeitig die "neue Ostpolitik" ein?

Der "Evangelische Pressedienst veröffentlichte am 24. Februar 1962 das "Memorandum der Acht" (x155/94): >>... Wir sagen nichts Neues, wenn wir die Ansicht aussprechen, daß zwar die Freiheit der in Berlin lebenden Menschen ein von der ganzen Welt anerkanntes Recht ist, daß aber das nationale Anliegen der Wiedervereinigung in Freiheit heute nicht durchgesetzt werden kann, und daß wir den Souveränitätsanspruch auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie werden verlorengelassen müssen. ...

Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie mag in vergangenen Jahren außenpolitisch ein denkbares Handelsobjekt gewesen sein.

Heute schließen wir uns der Meinung jener Sachverständigen an, die glauben, daß die öffent-

liche Anerkennung dieser Grenze ... unsere Beziehungen zu Polen entscheidend entlasten, unseren westlichen Verbündeten das Eintreten für unsere übrigen Anliegen erleichtern und der Sowjetunion die Möglichkeit nehmen würde, Deutschland und Polen gegeneinander auszuspielen.<<

Das BdV-Präsidium kritisierte am 2. April 1962 das "Memorandum der Acht", eine Erklärung von 8 bekannten Protestanten - darunter waren u.a. Joachim Beckmann, Klaus von Bismarck, Werner Heisenberg, Ludwig Raiser und Carl Friedrich von Weizsäcker - (x155/92-94): >>...

3. Die Verfasser des Memorandums wollen die völkerrechtswidrige Annexion deutschen Staatsgebietes gutheißen; sie wollen die schwere Verletzung des Völkerrechts, nämlich die unmenschliche Vertreibung Millionen Deutscher legalisieren und damit zugleich einen dauernden Unrechtstatbestand schaffen.

Wir meinen: Wo Unrecht herrscht, kann kein dauerhafter Friede begründet werden. Wer die Vertreibung von Menschen aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat nicht verurteilt, wer den Vertriebenen das Selbstbestimmungsrecht vorenthält, entzieht sich selbst die moralische Grundlage, zukünftig gleichartige Rechtsbrüche zu verurteilen, und leistet weiteren Rechtsbrüchen Vorschub.

Wer solches Unrecht im deutschen Osten sanktioniert, kann nicht beanspruchen, am Aufbau einer freien demokratischen Welt und eines friedlichen Europa mitzuarbeiten. ...

"Wer als Christ politisch zu handeln hat, weiß um die Undurchschaubarkeit der Wege Gottes und beugt sich seinem jeweiligen Walten in Demut und Vertrauen; das entbindet ihn jedoch nicht der Pflicht, für Recht und Gerechtigkeit einzutreten, wo immer es von ihm gefordert wird."<<

Die BdV-Bundesversammlung kritisierte am 8. Juli 1963 die Voreingenommenheit sowie die einseitige Berichterstattung in den westdeutschen Rundfunk- und Fernsehsendungen (x155/99): >>Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen wendet sich mit allem Ernst gegen Tendenzen in einem Teil der öffentlichen meinungsbildenden Organe, den deutschen Rechtsstandpunkt in der Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit, der Vertretung des Rechts auf die Heimat und des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen abzuwerten.

Solche Tendenzen verstoßen gegen das Grundgesetz, das jedem Bürger die Verpflichtung auferlegt, die deutsche Einheit in Freiheit zu vollenden. Sie untergraben den Willen des deutschen Volkes zur Selbstbehauptung. Sie widersprechen der von allen staatstragenden Kräften der Bundesrepublik klar und einheitlich vertretenen Politik. ...<<

Bundeskanzler Ludwig Erhard erklärte am 22. März 1964 während seiner Rede vor dem Kongreß der Ostdeutschen (x155/107): >>Wir erheben gewiß keine Forderungen auf fremdes Staatsgebiet. Aber wir verzichten nicht - und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk, dem Recht und der Geschichte auch nicht verzichten - auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer deutschen Brüder und Schwestern sind. ...<<

Das BdV-Präsidium kritisierte am 8. Juni 1964 die einseitige Berichterstattung der in- und ausländischen Medien (x155/107): >>... Mit großer Besorgnis erfüllt den Bund der Vertriebenen, daß die öffentlichen Kommunikationsmittel es unterlassen, gegenüber den fast täglichen Angriffen und Falschinformationen aus dem Ostblock den nationalpolitischen Standpunkt des deutschen Volkes, der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages zu vertreten. ...<<

Das BdV-Präsidium berichtete am 26. Oktober 1964 während einer Klausurtagung (x155/109-110): >>... Im Jahre 1965 werden zwei Jahrzehnte seit der Tragödie Ostdeutschlands verflossen sein, die auch die Sudetendeutschen, Donauschwaben und die übrigen ostdeutschen Volksgruppen in den Strudel wahlloser Vergeltung hineinriß.

Die traurigen Jubiläen der bedingungslosen Kapitulation des Dritten Reiches und des Potsdamer Abkommens werden auch die Entscheidungen in Erinnerung rufen, die mit einigen Federstrichen 15 Millionen Deutsche für vogelfrei erklärten, ihnen das Heimatrecht nahmen und

mehr als zwei Millionen Vertreibungstote verursachten. ...

Die Rückbesinnung auf die Vertreibungstragödie sollte auch die anderen Völker, deren Regierungen an diesen Maßnahmen mittelbar oder unmittelbar beteiligt waren, zur Selbstbesinnung einladen.

Wir meinen, daß die deutsche Außenpolitik den Mut aufbringen muß, auch von den deutschen Opfern des Nationalsozialismus zu sprechen und die unmenschlichen Handlungen der Siegermächte von 1945 - Bombardierung von Dresden, Massenvertreibungen und Massenverschleppungen, Auslieferungen von Kriegsgefangenen an die Sowjets und Jugoslawien - zur Diskussion zu stellen, wenn deutsche Selbstkritik von anderen Völkern nicht als Waffe der Selbstgerechtigkeit mißbraucht werden soll.

Wir meinen, daß nicht zugelassen werden darf, daß jene tendenziöse deutsche Geschichtsschreibung die Oberhand gewinnt, welche die tragischen Verstrickungen der europäischen Völkerschicksale und damit die objektiven Ursachen der Kriege und Revolutionen der Gegenwart unterschlägt und eine deutsche Alleinschuld konstruiert. Wir meinen, daß deutsche Schüler und Hochschul学生 wieder in einem gesunden deutschen Nationalgefühl erzogen werden sollten, wie es in den Ideen des Jahres 1848 überliefert, in der Verständigungspolitik der Weimarer Republik wirksam gefordert und von den Opfern des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und Stalinismus vorgelebt worden ist.

Wir meinen, daß diese Erziehungsaufgabe auch die Verpflichtung umfaßt, den fundamentalen Unterschied zwischen unserer aus freien Wahlen geborenen parlamentarischen Demokratie und der sowjetischen Fremdherrschaft in Mitteldeutschland dem Bewußtsein der deutschen Jugend einzuprägen. Den Versuchen, den Tatbestand der Dreiteilung Deutschlands durch die Bezeichnung Mitteldeutschlands als "Ostdeutschland" zu verschleiern, muß auf allen Ebenen entgegengetreten werden. Ostdeutschland - das ist das deutsche Reichsgebiet jenseits von Oder-Neiße.

Wir meinen, daß tendenziöse und deshalb wahrheitswidrige Darstellungen westdeutscher Massenmedien über die unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebiete und die sonstigen Vertreibungsgebiete als zerstörende Propaganda zu brandmarken sind. ...

Wir meinen, daß die Wahrung des Rechts auf die Heimat und des Rechts auf Selbstbestimmung, die für alle Völker und Volksgruppen, für die Ostdeutschen ebenso wie für die Sudenteutschen gelten, unverzichtbare Voraussetzungen bei allen Schritten und Verhandlungen der deutschen Politik sein muß. ...<<

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt erklärte in seiner Rede auf dem Karlsruher SPD-Parteitag vom 23. bis 27. November 1964 (x155/142): >>... Die Heimatvertriebenen können sich weiterhin darauf verlassen, daß wir zum Unterschied von anderen keine Politik hinter ihrem Rücken machen.<<

Vertreter des BdV verkündeten am 5. September 1965 die Berliner Erschließung (x155/117-118): >>... Deutschland ist unteilbar.

... Mitteldeutschland - die sowjetisch besetzte Zone - gehört unmittelbar zum einigen Deutschland. Nur das durch die sowjetische Besatzungsmacht gestützte kommunistische Regime hält mit nackter Gewalt die Spaltung unseres Landes aufrecht und 17 Millionen Deutsche hinter Mauer und Stacheldraht in Unfreiheit.

Ostdeutschland - die deutschen Provinzen ostwärts von Oder und Neiße - bleiben Teil Deutschlands, nach geschichtlichem, Natur- und Völkerrecht. Selbst die Siegermächte haben dies in der Kapitulationsdeklaration vom 5. Juni 1945 bestätigt und anerkannt.

Deutschland besteht in seinen Grenzen von 1937 fort.

Das vereinte, freie, demokratische Deutschland wird in der Gemeinschaft der europäischen Nationen - auch der osteuropäischen Völker - mit aller Kraft für den Frieden Europas und der Welt wirken. ... Partner eines gerechten Friedensvertrages kann nur das ungeteilte Deutsch-

land sein, dessen Bevölkerung sich seine politische und soziale Ordnung durch die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in voller Freiheit selbst geben muß. ...<<

Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) veröffentlichte am 14. Oktober 1965 eine Denkschrift über "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn" (x155/120): >>... Das Erbe einer bösen Vergangenheit erlegt dem deutschen Volk eine besondere Verpflichtung auf, in der Zukunft das Lebensrecht des polnischen Staates zu respektieren und ihm Raum zu lassen, dessen es zu seiner Entfaltung bedarf.

...

Eine deutsche Regierung muß heute zögern, einen Rechtsanspruch auf die Rückgabe von Gebieten zu erheben, deren Besitz wegen des Verlustes von Ostpolen zu einer wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeit für Polen geworden ist. ...

Das deutsche Volk muß auf die notwendigen Schritte vorbereitet werden, damit eine Regierung sich ermächtigt fühlen kann, zu handeln, wenn es nottut.<<

Der deutsche Bundeskanzler Ludwig Erhard (1897-1977) berichtete während der Regierungserklärung vom 18. Oktober 1965 (x353/74): >>... Wir sind uns alle darüber klar, daß auf dem Wege zur Wiederherstellung der deutschen Einheit große Schwierigkeiten zu überwinden sind. Der Weg mag lang und dornenvoll sein. Am Ende dieses Weges muß nach der Überzeugung der Bundesregierung ein Friedensvertrag stehen, der von einer in freien Wahlen gebildeten gesamtdeutschen Regierung frei verhandelt und geschlossen wird. In diesem Vertrag - und nur in ihm - können und müssen die endgültigen Grenzen Deutschlands, das nach gültiger Rechtsauffassung in seinen Grenzen vom 31.12.1937 fortbesteht, festgelegt werden.<<

Das BdV-Präsidium kritisierte am 22. Oktober 1965 die EKD-Denkschrift vom 14.10.1965 (x155/119-120): >>... Jeder Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutet daher den Verzicht auf eine friedensvertragliche Gesamtregelung schlechthin und führt in seiner Konsequenz zur Anerkennung des Status quo in einem dreigeteilten Deutschland.

Die Empfehlungen, die in dieser Richtung vom Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands in Umlauf gesetzt werden, beeinträchtigen nicht allein die Rechtsansprüche der vertriebenen Deutschen, sondern sie gefährden die Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes.

Nach dem Wortlaut des Amtseides des Bundeskanzlers ist es in erster Linie Sache der Bundesregierung, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden. Die gleiche Verpflichtung obliegt auch den gewählten Vertretern des deutschen Volkes.

... Einseitige Schuldzuweisungen von deutscher Seite dienen dieser Verständigung nicht. Sie tragen nur dazu bei, die Einseitigkeit kommunistischer Anklagen gegen die Bundesrepublik vor der Weltöffentlichkeit zu bekräftigen.

Es ist von deutscher Seite politischer Selbstmord, eine Kollektivschuld aller Deutschen anzuerkennen und zu verkünden, während verbündete Staatsmänner im Gespräch mit offiziellen Stellen des Ostblocks diese Kollektivschuld verneinen und für das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes eintreten. ...<<

Der deutsche Jurist Philipp von Bismarck kritisierte am 12. November 1965 in der Wochenzeitung "DIE ZEIT" die Denkschrift der EKD zur Lage der Vertriebenen und der deutschen Ostpolitik (x064/39): >>... Die Notwendigkeit, auf die deutschen Ostgebiete zu verzichten, wird damit begründet, daß Polen seine Besitzungen östlich der Curzon-Linie 1945 an die Sowjetunion abtreten mußte. Nicht erwähnt aber wurde, daß Marschall Pilsudski den größten Teil dieser Gebiete erst in den Jahren 1920/21 der damals schwachen Sowjetunion mit Gewalt, also in einem Krieg entrissen hatte, obgleich nur eine polnische Minderheit dort ansässig war.

Für den unbefangenen Leser der Denkschrift wird die 1945 von der Sowjetunion erzwungene Rückgabe der polnischen Kriegsbeute von 1921 bei der Abgabe von Quadratmetern und statistischen Zahlen sachlich gleichgestellt mit den zum Teil über 700 Jahre von Deutschen besie-

delten Ostprovinzen. Wer aber die geschichtlichen und politischen Tatbestände klärend aufarbeiten will, dürfte diesen bedeutsamen geschichtlichen Unterschied nicht verschweigen.

Die Denkschrift ruft für den Unkundigen den unzutreffenden Eindruck hervor, als hätten wirtschaftliche oder bevölkerungspolitische Gründe die sog. "Westverschiebung" Polens notwendig gemacht. Der abgefeimte Plan Stalins, auf diese Weise eine Streittaxt zwischen die Deutschen und die Polen zu legen, wird nicht erwähnt. ...

Allgemein bedenklich erscheint es, wenn das Völkerrecht bagatellisiert wird. Dem Laien kann man leicht einreden, daß das Völkerrecht nicht viel bedeutet. ...<<

Der polnische Episkopat widerrief am 15. Februar 1966 seine Vergebungsbitte an die deutschen Bischöfe vom 18.11.1965 (x309/12): >>... Worte der Vergebung haben wir an jene gerichtet, die ihre Schuld ernst nehmen; ... an jene, die verstehen, daß diese Gebiete ... unser altes piastisches Vaterland sind. ... Wir haben vergeben, wie Christus (!) am Kreuz vergeben hat. ...

Wir sind überzeugt, daß wir als Volk dem deutschen Volk über Jahrhunderte keinen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Schaden zugefügt haben. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die Leugnung der polnischen Vertreibungsverbrechen in Polen und Ostdeutschland (x309/12-13): >>Deportationen und Vertreibungen, die vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg seinerzeit als "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" eingestuft wurden und vom Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag heute als "Völkermord" abgeurteilt werden, erscheinen im zitierten Hirtenbrief (wie in zahlreichen anderen kirchlichen Dokumenten) als göttliche Gerechtigkeit, die kein Mensch anzuzweifeln habe.<<

Das BdV-Präsidium kritisierte am 9. Juli 1966 die Verzichtsforderungen der deutschen Massenmedien (x155/128): >>... Es wurde festgestellt, daß die EKD-Denkschrift eine Welle der Verzichtpropaganda in Bewegung setzte, die bereits in offener Bejahung des Status quo eines dreigeteilten Deutschland gipfelt. Parallel zu dieser Entwicklung läuft die Propagandaoffensive des Ostblocks in der gleichen Zielsetzung. ...<<

Die österreichische Zeitung "Salzburger Nachrichten" berichtete am 16. Juli 1966 über die einseitige Berichterstattung in den deutschen Medien (x024/291-292): >>... Es ist eine wahre Schande - sagen nicht wenige einsichtige Deutsche -, wie unter dem jetzigen System in Deutschland die Vertriebenen, die stellvertretend für das ganze deutsche Volk die Sünden und die Verbrechen des NS-Regimes gebüßt haben, noch weiter büßen und übel wie keine anderen Mitglieder des deutschen Volkes behandelt werden.

Das deutsche Wirtschaftswunder wäre ohne sie, ihre Arbeit und ihren guten Willen niemals in ihrem Umfang, den es hatte, möglich gewesen. ...

Fernsehen, Rundfunk, große Presse und nicht zuletzt die Gleichgültigkeit Bonns haben es erreicht, daß die Vertriebenen von den anderen Deutschen als lästige Querulanten empfunden und nahezu als Verfemte und Vogelfreie gewertet werden.

Das ist bedrückend traurig und zeigt, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit als Folge des Zusammenbruchs noch krank ist.<<

Der BdV-Präsident Rehs kritisierte am 16. September 1967 die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten General de Gaulle vom 9.09.1967 in Ostdeutschland (x155/135-136): >>Die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle während seines Aufenthaltes in Polen und in den deutschen Ostgebieten sind weit über das Maß hinausgegangen, womit gerechnet werden konnte.

Unbeschadet seiner bekannten Einstellung zur Oder-Neiße-Frage durfte davon ausgegangen werden, daß er auf die Interessen und Auffassungen seines deutschen Bündnispartners mehr Rücksicht nehmen würde.

Die geschichtlichen und ethnographischen Tatsachen sind in seinen Äußerungen insbesondere

in Hindenburg und Danzig auf den Kopf gestellt worden. Die dabei gebrauchten Bilder und Formeln sind falsch.

Der General, der in allen Dingen der französischen Nation so überaus empfindlich ist, der das Selbstbestimmungsrecht der Franzosen in Kanada vertritt, ist über das Unrecht der Vertreibung von 16 Millionen Deutschen, über die Rechte und Gefühle von 10,5 Millionen Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland hinweggegangen, als ob sie nicht existierten. Er erweckt damit den Anschein, als ob er Massenvertreibungen als zulässiges Prinzip der internationalen Politik zu sanktionieren bereit ist. Das ist ein schwerer Verstoß gegen das Vertrauen auf den Gerechtigkeitssinn und eine schwer zu verwindende Kränkung. ...<<

Das BdV-Präsidium kritisierte am 15. März 1968 Bundeskanzler Kiesinger (x155/139):
>>Der Bund der Vertriebenen vermißt im Bericht der Bundesregierung über die Lage der Nation eine angemessene und konkrete Behandlung der zunehmend wirksamen Tendenzen zur Zersetzung der demokratischen Ordnung und zur Demoralisierung der staatserhaltenden Kräfte.

Ein bevorzugtes Ziel dieser systematischen Kampagne sind die Vertriebenen. Obwohl sie mit am schwersten von den Folgen des Krieges betroffen sind, obwohl sie ihre berechtigten Forderungen und Erwartungen in maßvoller Form vorbringen; obwohl sie mit aller Kraft am Wiederaufbau von Wirtschaft und Staat mitgearbeitet haben und mitarbeiten; obwohl sie als Opfer von Revanche und Gewalt ihrerseits einer gewaltsamen Durchsetzung ihrer Forderungen abgesagt haben, werden sie im Gleichklang mit der kommunistischen Hetze als Revanchisten und Unruhestifter diffamiert und als unbequeme Mahner des am deutschen Volk begangenen Unrechts beiseitegeschoben.

Selbst qualifizierte Vertreter des geistigen und gesellschaftlichen Lebens gehen in Memoranden, Denkschriften und Studien leichtfertig über die von den Vertriebenen vertretenen deutschen Interessen hinweg, anstatt Seite an Seite mit ihnen den rechtmäßigen nationalen Besitzstand zu wahren. ...<<

Die BdV-Bundesvertretung kritisierte am 30. März 1968 den Nürnberger SPD-Beschluß und die Voreingenommenheit sowie einseitige Berichterstattung in Rundfunk- und Fernsehsendungen (x155/143-144): >>Der Bund der Vertriebenen wendet sich entschieden gegen Voreingenommenheit und Einseitigkeit weiter Bereiche von Rundfunk und Fernsehen bei der Berichterstattung und Kommentierung über die Vertriebenen und die Vertreibungsgebiete.

Die Vertriebenen als die Opfer eines Verbrechens der Unmenschlichkeit werden geschmäht, die Vertreiber hingegen entschuldigt und deren gewaltsame Annexion zum Recht erklärt.

Wenn Denkschriften und deren Verzichtsofferten wohlwollend und ausführlich geradegestellt und erläutert werden, dann muß auch der Standpunkt des Rechts, der historischen Kontinuität und der politischen Ziele der Vertriebenen der Öffentlichkeit vermittelt werden. Chancengleichheit für alle demokratischen Kräfte in unserem Volk ist ein Gebot, dem auch Rundfunk- und Fernsehanstalten verpflichtet sind. ...<<

Am 22. Oktober 1969 bildete Bundeskanzler Willy Brandt (1913-1992) eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP. Im Rahmen seiner "neuen Ostpolitik" verzichtete Bundeskanzler Brandt auf den Bundesminister für deutsche Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

Die Außenminister Scheel und Jendrychowski paraphierten am 18. November 1970 in Warschau den deutsch-polnischen Vertrag.

15. Was kritisierte der Bund der Vertriebenen (BdV) an der Ratifizierung der "Ostverträge" durch die SPD/FDP-Regierung im Jahre 1972?

Franz Josef Strauß (CSU) kritisierte am 24. Februar 1972 während einer Bundestagsrede die Ostverträge (x073/258): >>... Diese Verträge dienen nicht der Versöhnung mit den Völkern, sondern der Befriedigung der Wünsche ihrer Machthaber.

Zweitens, sie bieten keine humanitären Erleichterungen, sondern bringen zunächst eine Verschärfung der Unterdrückung.

Drittens. Die Verträge dienen nicht der Entspannung, wenn man unter "Entspannung" die Beseitigung der Spannungsursachen versteht.

Viertens. Die Verträge bedeuten eine Festigung des sowjetischen Besitzstandes ...

Meine politischen Freunde und ich sind der Überzeugung, daß diese Verträge in der vorliegenden Fassung, die über militärischen Gewaltverzicht und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit hinausgeht, einen Bruchpunkt in der deutschen Nachkriegsgeschichte bedeuten auf der Straße, an deren Ende nur Unheil stehen kann.<<

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Schröder erklärte am 25. Februar 1972 in der Debatte über die Ratifizierung der Ostverträge (x148/157-158): >>Die Bereitschaft der Sowjetunion zu Abmachungen mit uns war vor - sagen wir - 5 oder 6 Jahren sicherlich geringer als jetzt, und ihre Sorgen waren geringer.

Wenn also eine wachsende Bereitschaft der Sowjetunion ihrer veränderten Interessenlage entspricht oder entsprach, so konnte auf unserer Seite mit mehr Geduld, mit mehr Festigkeit und mehr Ausdauer verhandelt werden, statt hastig zuzugreifen, obwohl noch sehr wenig auf dem Tisch lag. ...

Unsere Kritik an den Verträgen beruht auf der Befürchtung, daß die Teilung Deutschlands vertieft, die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen erschwert wird; das im Deutschland-Vertrag niedergelegte Engagement unserer 3 großen westlichen Verbündeten, zu einer freiheitlichen Lösung der deutschen Frage beizutragen, mit Sicherheit durch diese Verträge nicht gestärkt, sondern vermindert wird. ...<<

BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) kritisierte am 25. Februar 1972 die deutsche Bundesregierung (x155/252-254): >>Es geht um die tiefen Auswirkungen auf die Menschenrechte und die individuellen Rechte von Millionen Deutscher. ... Wenn sie auch nicht die früheren Vertreibungstatbestände als legitim anerkannten, haben sie doch die Folgen dieser Vertreibung, insbesondere für die Zukunft ohne Rechtswahrung hingenommen und die Folgen der Zukunft legalisiert!

Die Aufarbeitung auch des Unrechts der Massenvertreibungen und der Ansatz zur Wiederherstellung der Menschenrechte fehlt.

Es ist ein einmaliger Fall in der deutschen Vertragsgeschichte, daß 108.000 qkm als Ausland festgestellt wurden und für die betroffenen Menschen nichts vereinbart worden ist; weder für diejenigen, die nach der Vertreibung hier leben, noch für diejenigen, die in ihrer Heimat als Deutsche sich noch befinden.

... In der Präambel des Lastenausgleichsgesetzes ist sein Übergangscharakter und der Vorbehalt der Rückgabe oder Entschädigung des verlorenen Vermögens verankert. Solange die Bundesrepublik Deutschland sich nicht selbst ihrer politischen und Rechtsposition auf unsere Heimat begibt, mag dies gelten. Wenn sie dies aber tut und nicht gleichzeitig ihre Schutzpflicht für das in der Heimat entzogene Eigentum erfüllt, muß sie entschädigen, und zwar vor allen anderen bevorstehenden wesentlichen Leistungen an das Ausland!

Und wie steht es um unsere Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten? Man hat die Durchsetzung unserer Schutzpflicht nunmehr, da man einen Vertragszustand will, nicht erreichen können. Die Antwort auf die Anfrage der CDU/CSU über die Folgen der Ostverträge gibt zu, daß für die Zeit nach einer eventuellen Ratifikation überhaupt keine vertraglich vereinbarten Schutzmöglichkeiten für die deutschen Staatsangehörigen in diesen Gebieten bestehen. Wenn dem so ist, dann hätte man so weder politisch noch sittlich, noch verfassungsmäßig die Berechtigung gehabt, Inland zum Ausland zu machen.

Es gibt auch eine Treupflicht des Staates gegenüber seinen Bürgern in der Verpflichtung, bei so fundamentalen Verträgen diplomatischen Schutz zu sichern.

Ohne die Festschreibung dieser Gebiete als Ausland gab es fast besser funktionierende Handelsabkommen als jetzt. Für die Lieferung von Getreide durften 1957 über 100.000 Deutsche aussiedeln, das 4fache von 1971; 1958 = 120.000, das 5fache der jetzigen Zahlen. ...

Es wurde keine Option vereinbart, kein Recht auf freie Entfaltung des kulturellen deutschen Lebens des Einzelnen und der Volksgruppe, kein Recht auf freien Gebrauch der Muttersprache in der Erziehung, in der Öffentlichkeit, im religiösen Bereich, kein freier Zusammenschluß in deutschen Vereinen und Verbänden, kein Recht auf freie Berufswahl der Deutschen, keinerlei Wahrung deutscher Grundrechte.

Was antworten wir auf die Tausende von Briefen von denen, die zum 10. oder 15. Mal beim Antrag aus Aussiedlung abgelehnt wurden, die arbeitslos gemacht wurden, die diskriminiert wurden, die Spießruten laufen müssen in öffentlicher Rechtfertigung, die keine Arbeitsabgabebescheinigung erhalten, die in der Öffentlichkeit und im Gottesdienst nicht deutsch reden können, weil es der Staat den dort lebenden Deutschen verbietet?

Wie wollen sie nach der von Ihnen geforderten Ratifikation jenen dort lebenden Deutschen, die, wie unser Innenminister angibt, unter Zwang die polnische Staatsangehörigkeit beantragen müssen, dann den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit wie bisher sichern?

Ist nicht die vorrangigste sittliche und rechtliche Pflicht beim Abschluß internationaler Verträge, die am meisten bedrängten deutschen Staatsangehörigen zu schützen?

Können wir zu einem neuen massiv übersteigerten Nationalismus schweigen, nur weil der brutale Nationalsozialismus noch viel Furchtbareres tat? ... <<

BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) verurteilt am 22. April 1972 den Abschluß der Ostverträge (x155/258-261): >>Auch einem besiegt Volk stehen das Selbstbestimmungsrecht, die Menschenrechte und ein tragbarer Ausgleich und Frieden zu. Von den Deutschen begangenes Unrecht kann nicht durch Gebietsabtretung und Massenvertreibung Unschuldiger gesühnt werden. Einen Straffrieden kennt das Völkerrecht nicht. ...

Wer Unrecht sühnen will, kann dies durch eigene Leistung, aber nicht durch Verzicht auf die unabdingbaren Menschen- und Freiheitsrechte Dritter, die ihn nicht dazu beauftragt haben.

... Mit moralischen Scheingründen darf man sich nicht über die zumutbare Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit hinwegsetzen. Die Vertriebenen sagen Ja zu Frieden und Freiheit, aber ebenso eindeutig Nein zu jeder Unfreiheit und zum Festschreiben des Unrechts. ...

Aus all diesen Erwägungen lehnen die deutschen Heimatvertriebenen die Ostverträge ab; denn diese Verträge drohen zu bewirken:

... die vertragliche Absage an die beiden vom Grundgesetz vorgesehenen entscheidenden Grundlagen zur Wiedervereinigung: den freien Beitritt anderer Teile Deutschlands zum Grundgesetz oder die freie Abstimmung des Volkes über die Bildung eines gesamtdeutschen Souveräns;

die Anerkennung und den Schutz für alle völkerrechtswidrigen Annexionen in Europa nach 1939. soweit sie die Billigung der Sowjetunion erfahren haben;

die Anerkennung unserer ostdeutschen Heimat als Ausland für die Dauer der Existenz der Bundesrepublik Deutschland und die Zusage des Schutzes für diese völkerrechtswidrige Annexion zu Lasten Deutschlands selbst für den Fall der Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an friedensvertraglichen Regelungen;

das verfassungswidrige Aufgeben der Schutz- und Fürsorgepflicht für die Grund- und Menschenrechte von Millionen deutschen Staatsangehörigen;

die Legalisierung der Folgen der Massenvertreibung und des Faustrechts;

die Gefahr, daß das freie Eintreten für die gemeinsame Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes, für das Offensein der deutschen Frage, einschließlich des Status unserer Heimat und für die Rechte auf die Heimat, als Friedensstörung und Verletzung des Vertrages abgestempelt wird;

die Gefahr, daß man durch politischen Druck, unter Berufung auf das notwendige Wohlverhalten im Sinne der Verträge und die Feindstaatenklausel der UN-Charta, schrittweise unsere Meinungsfreiheit, unsere innerstaatliche Grundordnung abzubauen versucht, in einer gesamt-europäischen Sicherheitskonferenz die Aufgabe der Friedensvertragsvorbehalte unserer westlichen Verbündeten und damit Ersatzfriedensverträge anstrebt; nach solchen fast friedensvertraglichen Regelungen gewaltige Reparationen erzwingen wird.

...

Wir brauchen wieder Regierungen, die die Menschenrechte, die Freiheit und die grundgesetzliche Ordnung mit Entschiedenheit gegenüber Verbündeten und Gegnern vertreten. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb später über die auf "Versöhnung ausgerichtete Außenpolitik" der Bundesregierung (x025/200): >>... Durch opportunistisches Schweigen kann man keine Versöhnung zwischen den Völkern schaffen, allenfalls zwischen Regierungen, und deren Amtsperioden dauern meistens nur 4 Jahre.

Für die Versöhnung zwischen Völkern ist das einzig dauerhafte Fundament die Wahrheit und der Respekt vor den Menschenrechten der anderen.

Wer eine wirkliche Völkerverständigung will, wird alles tun, um so schnell wie möglich alles Trennende zu beseitigen, und dazu gehört nun einmal auch ein Berg von Toten. Man muß sie aber ordentlich bestatten; mit einer Leiche im Keller hat noch keiner Frieden gefunden.<<

BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) lehnte am 7. Mai 1972 die Ratifizierung der Ostverträge entschieden ab (x155/261-263): >>... Wir dürfen und können nicht unsere Heimat vom deutschen Inland zum Ausland machen!

Auch das Grundgesetz verwehrt uns das. Normale Mehrheiten des Bundestages können dies nicht beschließen! Und 2 Drittel der Abgeordneten werden einem Grenzvertrag nicht zustimmen! Ein neues Ermächtigungsgesetz zu stillschweigendem Verfassungswandel darf es nicht geben!

Wir dürfen keine Grenzen in Deutschland anerkennen!

Die Bundesrepublik Deutschland hat nicht das Recht, ohne friedensvertragliche Regelungen über Teile Deutschlands zu verfügen. ...

Es gibt keine echte Normalisierung ohne die Heilung verletzter Menschenrechte! Man darf nicht die Folgen von Faustrecht und Massenvertreibung legalisieren. Man darf nicht rechtswidrige Enteignungen von Millionen Menschen hinnehmen! ... Wir können zu den haßvollen Übergriffen gegen Deutsche nicht schweigen. Dies dient nicht dem Frieden! ...

Auch ein besiegtes Volk hat Anspruch auf Menschenrechte, Selbstbestimmung und einen gerechten Frieden. Dafür haben die Verträge nichts getan! ...

Immer offener wagt man die Behauptung aufzustellen, die Ostdeutschen müßten eben die Zehnte für das ganze Volk bezahlen! Dagegen erheben wir schärfsten Einspruch! ...<<

Der Deutsche Bundestag beschloß am 17. Mai 1972 die Ratifizierung des "Moskauer Vertrages" und des "Warschauer Vertrages".

Die CDU/CSU-Fraktion stimmte nicht für diese Ostverträge, sondern entscheidet sich für Enthaltung.

Nur die gemeinsame Erklärung zu den Ostverträgen wurde fast einstimmig gebilligt. Danach stellten die Ostverträge keine friedensvertragliche Regelung für Deutschland dar und schafften keine Rechtsgrundlage für die bestehenden Grenzen.

Die Bundesregierung stellte in ihren Erläuterungen zur Ratifizierung der Ostverträge fest (x024/270): >>... Solange eine friedensvertragliche Regelung noch aussteht, gelten die Rechte und Verantwortlichkeiten der 4 Mächte für Deutschland als Ganzes und für Berlin weiter.<<

BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) kritisierte am 11. September 1972 während seiner Rede zum "Tag der Heimat" die Ratifizierung der "Ostverträge" wie folgt (x155/280-287): >>... Ungerechte Verträge sind nicht der Schluß der Geschichte ...

Die Heimat lebt!

Nicht nur ihre Erinnerung lebt, nein, auch die lebendige, die aktuelle Aufgabe, die sie stellt! Gegenüber diesen Zielen haben viele nicht resigniert! Man unterschätzt unsere Zähigkeit!

Ungerechte Verträge sind nicht das Ende der Politik und nicht das Ende der Geschichte. Und Urkundsbeamte haben nicht das Recht, Lebende totzuschreiben. Dieses Recht haben sie weder vor unserer freiheitlichen Ordnung, noch haben sie dazu die Vollmacht vom Grundgesetz! Schon gar nicht haben sie ein natürliches Recht, angesichts unserer lebendigen politischen Existenz. ...

Die Vertretung des Rechtes auf die Heimat ist legitime geschichtliche und Friedenspflicht.

Was sagt man nicht alles Verleumderisches über das Recht auf die Heimat: Es sei der technischen Gesellschaft fremd, im internationalen Recht nach Inhalt und Umfang nicht umschrieben, ein Kampfmittel für Demagogen. Doch uns ist es vor allem ein Gegenstand der Pflicht. Wenn wir Recht sagen, so berufen wir uns auf die Pflicht, auf die Pflicht gegenüber einer Aufgabe, die zu erfüllen Zähigkeit, Weitblick und konstruktive Zukunftsarbeit erfordert.

Für uns ist es Pflicht, die ungelösten Aufgaben der Nachbarschaft und des Rechtes für unser Volk und eines Friedens, der Gegensätze aufarbeitet und nicht verschleiert, lösen zu helfen.

Uns verurteilen jene, die die Probleme Ostdeutschlands und Osteuropas nicht kennen, die nur vom Frieden schwärmen und nicht seine Grundlagen in Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit und nüchtern-gerechter Liebe zu bauen versuchen, die nicht die Lücken kennen, die Kriegs- und Nachkriegszeiten in der Begegnung der Völker, der Besiedlung der Räume und dem Aufbau eines menschenwürdigen Lebens in unserer Heimat hinterlassen haben; die meinen, es sei Friede, wenn die Deutschen sich auf den Boden legen und ihre berechtigten Anliegen einwalzen lassen.

Uns verurteilen Leute, die die Europäische Menschenrechtskonvention nicht gelesen haben und nicht wissen, daß auch nach freiheitlichem Völker- und Menschenrecht Massenvertreibungen ein den Frieden bedrohendes, in zumutbarer Weise wieder gutzumachendes Unrecht sind ...

Zu viele wollen nur Verbrechen der Deutschen an Angehörigen anderer Völker, was wir keineswegs verschleiern wollen, sehen, aber konstant Verbrechen, die auch an Deutschen begangen worden sind, verschweigen.

Wir wollen nicht gegeneinander aufrechnen, aber wir wehren uns entschieden dagegen, daß man bei berechtigter Verurteilung von Verbrechen neues Unrecht an Unschuldigen zu rechtfertigen sucht, und es ist pharisäisches Gehabe, wenn man die Ostdeutschen die Zeche für die schweren politischen Fehler des ganzen Volkes allein bezahlen lassen möchte.

Die Vertriebenen haben schwere Opfer gebracht, diejenigen aber, die uns alte Opfer aufbürden wollen, sollten einmal zwei Jahre unter den gleichen Lebensumständen wie ihre Kollegen im Ostblock dort mit ihnen zusammenarbeiten; sie würden dann sehr viel klarer die wirkliche Lage sehen und merken, welche Gegensätze aufzuarbeiten sind!

Deutsches Unrecht kann nicht durch Gebietsabtretung und Massenvertreibung Unschuldiger gesühnt werden. Persönliche Schuld ist im geordneten Rechtsgang zu sühnen. Dies wurde bei uns versucht, im Ostblock gibt es aber nicht ein einziges Urteil wegen der an Deutschen begangenen Grausamkeiten.

Einen Straffrieden kennt das Völkerrecht nicht, und der Ostblock hat auch keine moralische Legitimation, ihn zu fordern. Dem politischen Verhängnis wurde auch durch das Abkommen vom August 1939 zwischen Molotow und Ribbentrop der Weg geebnet, und heute noch werden im Ostblock die Menschenrechte Millionen vorenthalten. Aber auch nationaler Haß wird täglich verwirklicht. ...

Wir sind nicht verpflichtet, den stillschweigenden Wandel von der Bundesrepublik Deutschland zu einer westdeutschen Bundesrepublik mitzumachen und zwei oder mehrere Staaten in

Deutschland anzuerkennen; wir sind nicht verpflichtet, uns nicht mehr um einen großen Teil deutscher Staatsangehöriger zu kümmern und die sowjetische Westpolitik zu stützen!

Das Grundgesetz und unser eigener Wille verlangen das Gegenteil von uns! Wir wollen und werden zu jenen Gruppen gehören, die sich in dieser Verantwortung des Volkes gegen eine weitere Festigung der Spaltung und Teilung, gegen den Verzicht auf Verwirklichung der Selbstbestimmung durch freie Abstimmung des Volkes und gegen das Versagen des Schutzes für bedrängte deutsche Staatsangehörige durch unseren Staat wehren werden! ...

Doch in allen Jahrhunderten wurden mit friedlichen Mitteln und Unterhandlungen ungerechte Verträge geändert. Unser erstes Ziel bleibt, gedeckt durch das Grundgesetz und die Satzungen des BdV, das friedliche, legale, politische Ringen um eine bessere Lage der Deutschen und Deutschlands, Gerechtigkeit für die Sudeten-, Südost- und Ostdeutschen, einen gerechten und tragbaren Frieden für Deutschland! ...

Wir verhehlen nicht unsere tiefe Enttäuschung darüber, daß man diese fragwürdigen, vor dem Grundgesetz, dem internationalen Recht nicht zu verantwortenden vertraglichen Bindungen auch seitens der Opposition passieren ließ. Wir wissen aber auch, daß wir für unsere Ziele politische Unterstützung brauchen; umgekehrt können wir auch Zusammensetzung von Parlament und Regierung teilweise mitbestimmen. ...

Unsere Regierung trägt die Verantwortung für die Sicherung unserer Integrität und unserer freiheitlichen Rechtsordnung auch nach außen, ebenso, wie sie sich nicht der Vertretung gesamtdeutscher Interessen entledigen kann.

Wenn uns der polnische Außenminister nach seinen massiven Einmischungsversuchen in die innerdeutsche Politik und nach den Äußerungen seines Ministerpräsidenten besuchen will, so müßte die Bundesregierung spätestens dann eine überfällige Pflicht erfüllen: entschiedene Verwahrung und einen vernehmbaren Protest dagegen einzulegen, daß Polen die Gestaltung der innerdeutschen Beziehungen bestimmen, daß es Deutsche im Sinne polnischer kommunistischer Geschichtsbetrachtung umerziehen will, daß es sich anmaßt, die Änderung zahlreicher deutscher Gesetze und des Grundgesetzes zu fordern, daß es den physisch Vertriebenen nun noch die Freiheit der Meinung und des Zusammenschlusses in einem freien deutschen Staat einschränken möchte, daß es die Ausbürgerung von Millionen deutscher Staatsangehöriger fordert und sogar minimalen humanitären Vertragsgrundlagen des so umstrittenen Warschauer Vertrages nicht erfüllt.

... Die Bundesrepublik Deutschland ist durch ihre Verfassung verpflichtet, sich um die Einheit und Freiheit Deutschlands zu mühen. Was darunter zu verstehen ist, haben die Siegermächte für den Fall der Kapitulation im Jahre 1945 ausdrücklich selbst bestätigt. Und die Westmächte haben sich darauf in einer Note zu dem Moskauer Vertrag im August 1970 ausdrücklich berufen. Sowohl im Londoner Übereinkommen vom November 1944 als auch die Berliner Vier-Mächte-Erklärung vom 5. Juni 1945 wird Deutschland mit den Grenzen von 1937 angenommen und soll vor jeder Annexion bewahrt werden!

Und als die Väter des Grundgesetzes bei Artikel 23 unserer Verfassung von anderen Teilen Deutschlands sprachen, haben sie ausdrücklich dieses Deutschland gemeint. Einer der noch lebenden parlamentarischen Väter dieses Grundgesetzes, der insbesondere den Artikel 23 mitinformiert hat, Professor Carlo Schmid, kann nicht leugnen, daß er zur Begründung dieses Artikels gesagt hat: dieses Deutschland reicht von Lörrach bis Königsberg!

Wir sind nicht bereit, den Deutschlandbegriff unserer Verfassung stillschweigend aufzulösen.

... Der Ostblock möchte auf der gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz eine Bestätigung des Status quo in Europa, also einen Ersatzfriedensvertrag, woraus sich die bis dahin zurückgestellten Reparationsforderungen ergeben würden. Vorweg aber muß die Entschädigung für die widerrechtlich entzogene Nutzung deutschen Eigentums in der Heimat erfolgen, für dessen Schutz gegen die unrechtmäßigen Eingriffe der Verwaltungsmacht die Bundesregierung

bei den Vertragsverhandlungen nichts getan hat. ...<<

Die Bundesverfassungsrichter stellten im "Grundlagenvertragsurteil" vom 31. Juli 1973 klar, daß das Deutsche Reich völkerrechtlich weiterhin fortbesteht und mit der Bundesrepublik (teil)identisch ist (x028/169): >>... Das Deutsche Reich existiert fort, ... besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig. ...<<

Die Bundesrepublik Deutschland ist demnach völkerrechtlich nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, weil das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 weiterhin existiert!

16. Wieso zählte Willy Brandt zu den gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlangern der Neuen Weltordnung?

Willy Brandt (1913-1992, eigentlicher Name: Herbert Ernst Karl Frahm, deutscher Journalist, emigrierte 1933 nach Dänemark und später nach Norwegen, 1957-1966 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1964-1987 SPD-Vorsitzender, 1966-1969 Vizekanzler und Außenminister, 1969-1974 Bundeskanzler, erhielt 1971 den Friedensnobelpreis, 1974 Rücktritt wegen einer Spionageaffäre, 1976-1992 Präsident der Sozialistischen Internationale).

Brandts Außenpolitik führte zur (wenn auch nicht völkerrechtlichen) Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Bundeskanzler Brandt unterzeichnete am 7. Dezember 1970 den "Warschauer Vertrag". Brandts Kniefall vor dem Mahnmahl im Warschauer Getto am 7. Dezember 1970 "ging damals um die Welt". Die Verträge von Moskau und Warschau und leiteten schließlich langfristig die Osterweiterung der NATO und EU ein.

Das US-Magazin "TIME" wählte Willy Brandt im Jahre 1970 zur "Person des Jahres". Brandt erhielt 1971 den Friedensnobelpreis und 1981 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith.

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete später (am 10.06.2016) über Willy Brandt: >>**Willy Brandt und die geheimen Zahlungen der USA**

... Die US-Besatzungsmacht soll in den 50er Jahren den späteren SPD-Kanzler unterstützt haben - mit 200.000 Mark. Damit förderten sie die Westorientierung, berichtet der "Spiegel".

Die USA sollen Willy Brandt in den Fünfzigerjahren mit geheimen Zahlungen unterstützt haben. Der spätere Kanzler und SPD-Vorsitzende wurde damit im innerparteilichen Machtkampf für die Westintegration unterstützt, berichtet das Nachrichtenmagazin Der "Spiegel". So sollen die Amerikaner Brandt, der damals Westberliner Bundestagsabgeordneter war, 200.000 Mark zukommen haben lassen. Damals eine sehr hohe Summe, sie entsprach etwa einem Drittel der jährlichen SPD-Mitgliedsbeiträge in Berlin.

Später sei noch mehr Geld geflossen, schreibt der "Spiegel". Schon in den 70er Jahren kursierten Gerüchte um geheime Zahlungen der USA an Brandt - er wies dies als "lügenhafte Kampagne" zurück. Nun sei laut dem Magazin belegt, daß tatsächlich Geld floß. Das gehe aus Archivunterlagen hervor.

Die US-Besatzungsmacht förderte Brandt finanziell, weil er in der SPD die Westintegration und damit die Orientierung der jungen Bundesrepublik hin zur USA befürwortete. Er gehörte damit einer Gruppe Berliner Sozialdemokraten um den Bürgermeister Ernst Reuter an. Die Westintegration, also die politische und militärische Eingliederung Deutschlands in die Allianz westeuropäischer Staaten mit den USA, wurde damals von CDU-Bundeskanzler Konrad Adenauer forciert. ...<<

Am 6. Mai 1974 trat Bundeskanzler Willy Brandt infolge der "Spionageaffäre Guillaume" zurück.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später am 30. November 2013 über Willy Brandt (x887/...): >>**Nicht nur sein Kniefall polarisierte**

Kein Kanzler der Bundesrepublik Deutschland war zeitlebens umstrittener als Willy Brandt

... Nach der Bundestagswahl 1969 entschied sich Brandt für eine Koalition mit der FDP. Mehrere bis heute wirkende Schlagworte und Zielsetzungen prägten Brandts Amtszeit in der sozialliberalen Koalition: "Wir wollen mehr Demokratie wagen", "Neue Ostpolitik", "Wandel durch Annäherung".

Willy Brandts Kniefall am Mahnmal des Ghetto-Aufstandes in Warschau setzte im Dezember 1970 ein weltweit beachtetes Zeichen. Er war Ausdruck einer Politik gegenüber den Ostblockstaaten, die 1970 die Ostverträge mit der Sowjetunion und Polen zum ersten Ergebnis hatte.

In beiden Verträgen wurde die Oder-Neiße-Linie faktisch als Westgrenze Polens anerkannt und auf jegliche Besitzansprüche aus der Vergangenheit verzichtet. 1971 erhielt Willy Brandt für diese gegen den entschiedenen Widerstand von CDU und CSU durchgesetzte Politik den Friedensnobelpreis. 1972 folgte der Grundlagenvertrag mit der DDR. Darin wurde der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik aufgegeben. Am Ende stand zwar nicht die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, wie von dieser angestrebt, sondern die abgestufte staatsrechtliche Anerkennung, doch mit diesem Schritt galt die DDR letztendlich als souverän.

Erst sehr viel später wurde bekannt, in welchem Maße die Stasi der DDR jenseits der Verhandlungstische mitmischte. Als der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel 1972 versuchte, Brandt über ein konstruktives Mißtrauensvotum zu stürzen, da scheiterte er an zwei fehlenden Stimmen aus dem eigenen Lager. Jeweils ein Abgeordneter der CDU und der CSU waren von der Stasi gekauft worden. Der Verrat kostete pro Stimme 50.000 Mark.

Die dem Mißtrauensvotum noch im selben Jahr folgende vorgezogene Bundestagswahl brachte beiden Regierungsparteien Stimmengewinne. Um so überraschender war für die Öffentlichkeit das rasche Ende der Regierung Brandt. Über den Hang "Weinbrand-Willys" zum Alkohol und seine überdurchschnittliche Zuwendung zum weiblichen Geschlecht gab es massive Gerüchte. 1974 kursierte ein Geheimdossier des Bundeskriminalamtes, das akribisch auflistete, welche erotischen "Zuführungen" wann und wo stattgefunden hatten. In dieser - etwas längeren - Liste war nachzulesen, welche Damen dem Kanzler außerhalb des Ehebetts zu Diensten gewesen waren. Das Papier hatte Horst Herold, Präsident des Bundeskriminalamtes, veranlaßt, es war also amtlich. Das war schon pikant genug.

Sehr viel schlimmer aber war der Umstand, daß der Referent des Kanzlers, der die Damen seinem Herrn auf den letzten Metern "zuführte", der enttarnte DDR-Spion Günter Guillaume war. Schlimmer noch: Brandt hatte dessen spezielle Dienste noch lange weiter in Anspruch genommen, nachdem der Hauptmann der Nationalen Volksarmee bereits in Verdacht geraten war. Die Stasi hatte weiter ungestört mithorchen können.

Am 6. Mai 1974 erklärte Bundeskanzler Willy Brandt seinen Rücktritt. Er blieb aber weiter politisch aktiv. So behielt er den 1964 von Erich Ollenhauer übernommenen Parteivorsitz bis 1987. Ein halbes Jahrzehnt später, am 8. Oktober 1992, starb er an den Folgen einer Krebserkrankung. Auf dem Waldfriedhof in Berlin wurde er beigesetzt.<<

17. Weshalb sollen sich die Deutschen für alle Zeiten mit dem latenten Antigermanismus, der angeblichen Befreiung und dem allgegenwärtigen Schuldskult abfinden?

Im Jahre 1975 veröffentlichte der deutsche Journalist Wilfried Ahrens eigenmächtig die seit 1954 vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte erstellte "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa".

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die unbefugte Veröffentlichung dieser brisanten Dokumentation (x025/194-195): >>Dieser "Raubdruck" blieb umstritten, bis die Unterlagen dann wenige Wochen nach dem Bonner Regierungswechsel vom Oktober 1982 freigegeben wurden.

Ähnliche Querelen wie bei der Dokumentation der Vertreibungsverbrechen gab es übrigens

auch um die Dokumentation "Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges", die über 10 Jahre in den Kellern eines Bielefelder Verlages unter Verschuß lag, bevor die Bücher verkauft werden durften.<<

Der CDU-Abgeordnete und spätere Bundespräsident Karl Carstens kritisierte am 19. Februar 1976 im Bundestag die unbefriedigende Berichterstattung über die Vertreibungsverbrechen an Deutschen (x025/210): >>Herr Kollege Brandt hat gesagt, man könne Aussöhnungspolitik nicht mit halbem Herzen betreiben, ... aber man kann Aussöhnungs- und Verständigungspolitik auch nicht mit halben Wahrheiten bestreiten. ...<<

Am 22. Januar 1979 zeigte das Dritte Programm des 1. Deutschen Fernsehens die erste von 4 Folgen der US-Fernsehserie "Holocaust".

In dieser 428 Minuten langen Serie über die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden durch das NS-Regime wurde besonders das persönliche Schicksal der jüdischen Familie Weiss geschildert. Diese 4 Fernsehsendungen wurden von 15 bis 20 Millionen Deutschen gesehen und lösten fast 34 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges heftige Publikumsreaktionen und Diskussionen über die Ermordung der europäischen Juden aus. Der aus der Bibel stammende Begriff "Holocaust" (griechisch, "Brandopfer") wurde danach zum Begriff für den Völkermord an den europäischen Juden (x175/735).

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer schrieb später in ihrem Buch "Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte" (x310/194-195): >>... Hollywood sollte den Holocaust erst 1959 entdecken, als Twentieth Century Fox ... "Das Tagebuch der Anne Frank" auf den Markt brachte. Das Schicksal von Anne Frank sollte von Hollywood gleich siebzehnmals verfilmt werden. Diesem Film folgte die Miniserie "Holocaust", die 1978 auf NBC lief.

Der eigentliche Durchbruch für den Holocaust in Hollywood kam erst 1993 mit Steven Spielbergs "Schindlers Liste", ... der 150 Millionen Dollar einspielte, Fernsehrechte und DVD-Verkäufe nicht eingeschlossen. ... Von nun an produzierte Hollywood einen Holocaust-Film nach dem anderen. ... Mindestens 20 Filme dieses Genres werden nun jedes Jahr hergestellt, inklusive Dokumentationen ... Zudem taucht der Holocaust in Dutzenden von populären TV-Serien auf - "Star Trek", "Akte X", "Eine himmlische Familie" usw. ...

Manche sehen die "Hollywoodisierung des Holocaust" mit Unbehagen. So kritisierte Spiegel-Autor Henryk M. Broder die von Steven Spielberg gegründete Shoah-Stiftung als "ein Unternehmen, das den Massenmord multimedial vermarktet". Das Projekt hat Zehntausende von Holocaust-Überlebenden befragt, die der Shoah GmbH sämtliche Verwertungsoptionen an den Videoaufnahmen einräumen mußten. Wer sich allerdings aus diesem Fundus bedienen will, muß happige Lizenzgebühren zahlen. "Eine Minute Holocaust-Horror aus erster Hand" kostet 2.700 Dollar - im Voraus.

"Damit hat die Shoah Foundation ... eine Lizenz zum Gelddrucken erfunden", schreibt Broder. ...<<

Die Welt berichtete am 22. August 1979 über das negative Deutschlandbild im US-Schulunterricht (x025/211): >>... Nimmt man dann noch die vielen Kriegsfilme in amerikanischen Kinos und Fernsehprogrammen, die Ausstrahlung des Films 'Holocaust' und die Deutschland-Berichterstattung, vor allem der Zeitungen im Mittelwesten, dann kann man nur Angst bekommen.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über das negative Deutschlandbild (x025/211,227): >>... Daß die Besorgnis ... nicht ganz unbegründet war, zeigt u.a. eine Emnid-Umfrage vom Oktober 1977. Danach beziehen immerhin 32 % der befragten Amerikaner ihr Deutschland-Bild aus dem Schulunterricht.

Die wichtigste Informationsquelle stellt mit 36 % das Fernsehen dar. In diesem Medium geht es nicht viel anders zu als in den Schulbüchern. 1978 mußte z.B. der 'Economist' im Hinblick auf amerikanische TV-Produktionen berichten: "Jede Woche wird Kindern ein frei erfunde-

nes, wiedergekäutes Zeug über den Zweiten Weltkrieg angeboten, bei dem die Deutschen bestenfalls als dumm und schlimmstenfalls als fürchterlich brutal und tückisch dargestellt werden. Etwa jeden Monat wird Kindern und Erwachsenen ... eine Mischung aus Tatsachen und Erfindungen vorgeführt, in der die Deutschen im selben Licht gezeigt werden. Der mutige oder gar der gute Deutsche ist selten zu sehen. Der durchschnittliche Deutsche ist ein Verbrecher in brauner, grauer oder gar schwarzer Uniform". ...<<

>>... Im Ausland ist eine Renaissance des Deutschlandbildes der Roosevelt-Stalin-Ära zu beobachten. Vor allem in den Schulbüchern und Fernseh-Produktionen der englischsprachigen Länder werden Deutsche vielfach mit Nazis gleichgesetzt.

Nachdem Verbrechen gegen die Menschlichkeit fast nur anhand des Dritten Reiches demonstriert und östliche und andere Massenverbrechen kaum publiziert werden, entsteht der Eindruck, Völkermord sei ein "teutonisches Phänomen"; seine Ursachen seien nicht politisch bzw. soziologisch, sondern abstammungsmäßig zu erklären. Da die historischen Vertreibungsverbrechen im Sinne der Kollektivschuld-Theorie gerechtfertigt erscheinen, tritt eine Desensibilisierung gegenüber ähnlichen Massenverbrechen ein. ...<<

Rudolf Mühlfenzl, Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens, kritisierte am 28. Januar 1981 die systematische Verdrängung der Vertreibungsverbrechen in Ost-Mitteleuropa (x025/193):

>>Es ist unglaublich, daß über die Jahre voller menschlicher Schicksale so lange nicht gesprochen wurde. ...<<

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann versprach am 29. Januar 1983 in München (x024/350): >>Tendenzen, die deutsche Frage auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR zu beschränken und die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht einzubeziehen, wird es bei der neuen Bundesregierung nicht geben.

Wir werden auch keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß die Vertreibung von Deutschen und die entschädigungslose Enteignung ihres Grundeigentums sowie anderer Entschädigungswerte völkerrechtswidrig ist. ...<<

US-Präsident Ronald Reagan erklärte am 5. Mai 1985 während einer Trauerfeier auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Bitburg (x268/17): >>... Den Deutschen ist ein Schuldgefühl aufgezwungen und zu Unrecht auferlegt worden.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die fehlende Selbstachtung der Deutschen (x268/234): >>... Im Fall der deutschen Nachkriegsneurose übernehmen im wesentlichen die elektronischen Massenmedien die Rolle der repressiven Mehrheit und die gleichsam sprachlose Bevölkerung die der Minderheit. Durch hilfreiche Vermittlung dieser Massenkommunikationsmittel sehen sich die Deutschen zur Zeit nicht mit ihren eigenen Augen, sondern mit den Augen der ehemaligen Kriegsgegner mit allen ihren historischen Irrtümern und Vorurteilen, vor allem sehen sie sich aus der Perspektive des Antigermanismus der 40er Jahre.

Erinnert sei hier nochmals an die vertrauliche Denkschrift des Legationsrats Adam von Trott, eines der Märtyrer des Widerstands, an die amerikanische Adresse: die angelsächsischen Länder seien erfüllt von Vorurteilen und pharisäischen Theorien und offenbar nicht in der Lage zu verstehen, daß die Deutschen selbst ein unterdrücktes Volk seien. ...<<

Bundespräsident Richard von Weizsäcker (1920-2015) erklärte am 8. Mai 1985 während einer Rede im Bundestag zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation (x877/...): >>Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. ...

Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich. ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete damals über diese Rede Weizsäckers: >>**Weizsäckers große Rede zum 8. Mai**

Der Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält eine aufsehenerregende Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes.

Vor dem Bundestag erklärt er: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. ..."

Der Bundespräsident, Sohn des Staatssekretärs in Ribbentrops Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, hebt die Bedeutung der Erinnerung hervor: "Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zum Teil des eigenen Innern wird."

... Je ehrlicher die Deutschen den 8. Mai begingen, desto freier seien sie, sich seinen Folgen verantwortlich zu stellen. "Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit". ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Rede Weizsäckers zum 40. Jahrestag des Kriegsendes (x268/102-103): >>... Natürlich war das Kriegsende für die Insassen der Konzentrationslager, für die politischen Häftlinge in den Gefängnissen und für die vielen Regimekritiker eine Erlösung.

Auf der anderen Seite der Bilanz standen die "ethnische Säuberung" in den Vertreibungsgebieten - rund 30 Prozent des deutschen Siedlungsgebiets, die Spaltung von Restdeutschland und die neue Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone. Dann waren da noch die Zwangsarbeit von Millionen deutscher Kriegsgefangener und Zivilisten, die Millionen Vergewaltigungen durch die Rote Armee, die neuen Konzentrationslager in der sowjetischen Besatzungszone und die Hungerpolitik der Westalliierten in ihren Zonen ...<<

Die israelische Zeitung "Jerusalem Post" berichtete am 4. September 1985 über den deutschen Bundespräsident Richard von Weizsäcker (x354/71): >>... (Weizsäcker hat) die junge Generation in Deutschland ... konfrontiert mit der Unsühnbarkeit kollektiver deutscher Schuld.<<

Margarete Mitscherlich-Nielsen (1917-2012, deutsche Psychoanalytikerin, Ärztin und Autorin) erklärte im Jahre 1986 in einer ZDF-Talkshow (x354/105): >>... Wissen Sie, daß die Deutschen aussterben, so wie sie bisher waren - zwei Weltkriege haben sie vom Zaun gebrochen, millionenfachen Völkermord haben sie hinter sich gebracht ... in ihrer besonderen Art des Nationalgefühls - das kann man eigentlich nicht bedauern.<<

Der deutsche Historiker Michael Wolffsohn schrieb am 8. Januar 1987 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über die unterschiedlichen Formen und Anwendungen des Rassismus (x268/82,88-89): >>... Der Antigermanismus (stellt) letztlich, ebenso wie der Antisemitismus, eine politische Abart der Biologie (dar). Dieser politische Biologismus ordnet Menschen aufgrund ihrer geburtsbedingten nationalen und religiösen Herkunft, nicht aufgrund ihrer Eigenschaften oder Verhaltensweisen, den Mächten des Lichts oder den Mächten des Dunkels zu - ein für allemal. Er ist damit radikal gegen die Traditionen der Aufklärung gerichtet, die für den Einzelmenschen die Fesseln der Geburt sprengen wollte. ...<<

>>... Das Instrument des Antigermanismus ist ebenso wirksam wie das des Antijudaismus, der sich ebenfalls von seinem Objekt verselbständigt hat. Der Antijudaismus hat mit dem realen Juden, wenn überhaupt, nur sehr wenig gemein.

Der Antigermanismus zeichnet, verzeichnet und überzeichnet das heutige Deutschland, ebenso wie einst der Jude nur als Fratze dargestellt wurde. Seit Jahrtausenden leben die Juden mit dem Antijudaismus, die Deutschen werden sich wohl oder übel, an die Allgegenwart des Antigermanismus gewöhnen müssen. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb im November 1987 in seinem Buch "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" über die ungenügende Würdigung der eigenen Opfer (x025/15,196-198): >>Dieses Buch möchte dazu beitragen, die Grabkreuze wieder aufzurichten und den Toten endlich die verdiente letzte Ehre zu erweisen.

Wenn es wahr ist, daß alle Menschen gleich sind, gleich an Wert und Würde, dann hat jede verfolgte Gruppe einen uneingeschränkten Anspruch auf Würdigung ihrer Opfer, auch und gerade in publizistischer Hinsicht. ...<<

>>... Ähnlich wie die Justiz haben auch die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten unseres Landes ihren Beitrag zur Aufarbeitung der Epoche des Dritten Reiches geleistet. Über die Judenverfolgung allein wurden bis zum Jahr 1978 mindestens 100 Sendungen ausgestrahlt. Seit der Serie "Holocaust" - Anfang 1979 - hat sich die Zahl der einschlägigen Produktionen drastisch erhöht. Hinzu kommt eine Vielzahl von Sendungen über andere NS-Verbrechen in den besetzten Gebieten und in binnendeutschen Konzentrationslagern, über die Lage der sowjetischen Kriegsgefangenen usw.

Im Gegensatz zu dieser moralisch gebotenen und weltweit beispiellosen Aufklärungsarbeit kann die Bewältigung des Vertreibungsthemas im Fernsehen in keiner Weise befriedigen. Abgesehen von zwei kurzen Erwähnungen im Jahr 1979 war ... der Dokumentarbericht "Flucht und Vertreibung" aus dem Jahre 1981 der einzige erwähnenswerte Fernsehbeitrag zur intellektuellen Auseinandersetzung mit dem größten Verbrechen der Nachkriegsgeschichte.

Jeder großen und auch mancher kleineren Tragödie dieses Jahrhunderts ist bisher ein würdiges Denkmal gesetzt worden. Man denke z.B. an das imposante Mahnmal auf dem Hügel "Schwalbenburg" in Eriwan, der Hauptstadt der Sowjetrepublik Armenien. Es wurde 1965 zum 50. Jahrestag des türkischen Völkermords an 1,5-2 Millionen Armenier errichtet.

Trotz östlicher Kritik wurde am 6. März 1982 ... im Londoner Zentrum ... ein bemerkenswertes Denkmal enthüllt. Es soll an über 2 Millionen Russen und andere Osteuropäer erinnern, die nach dem Krieg gegen ihren Willen von den Westmächten ausgeliefert wurden und zu einem großen Teil im Osten umkamen. ...

Zu den Gedenkstätten von Hiroshima und Nagasaki pilgert die Welt, und im Ostblock existiert eine so große Zahl von historischen Gedächtnisstützen zum Thema NS-Besatzung, daß ihre Auflistung hier zu weit führen würde. ...

Die Erinnerung an beinahe drei Millionen Vertreibungsoffer dagegen wurde im kommunistischen Machtbereich mit großer Gründlichkeit ausgelöscht; für sie dürfte im Osten keine einzige Gedenkstätte existieren. ...

Die ehemaligen Konzentrationslager in Deutschland erinnern heute durchwegs als würdige Gedenkstätten und Museen an den Leidensweg der Antifaschisten, Juden, Zigeuner, Zeugen Jehovas, Homosexuellen und anderen Naziopfer.

Am vollkommensten ist die Aufarbeitung der Vergangenheit naturgemäß in Israel. Außer regelmäßigen staatlichen Gedenktagen mit öffentlicher Schweigeminute und Unterrichtsschwerpunkten in den Schulen ist vor allem an Yad Vashem zu erinnern, die gewaltige Forschungs- und Gedenkstätte auf dem Herzl-Berg in Jerusalem.

Während sogar Chruschtschow die Errichtung eines großen Denkmals für die Opfer des Stalinismus plante, sucht man bei uns vergeblich nach einer adäquaten Gedenkstätte für die Opfer der Vertreibungsverbrechen "als Warnung vor Gleichgültigkeit". ... Der Hundefriedhof von Cobham bei London, ein Produkt englischer Tierliebe und liebenswerten Spleens, ist ungleich größer und eindrucksvoller als das größte und eindrucksvollste Denkmal für die Millionen Vertreibungsoffer. ...<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross schrieb im Jahre 1989 in seinem Buch "Phönix in Asche" (x268/229): >>... Wenn der Staat Flagge zeigt, tut er es halbmast, seine Feiertage sind Trauertage, die Bekundungen der Staatsmänner triefen von Betroffenheit.

Seine Geschichte ist in Wahrheit die des NS-Regimes und der Gedenktage seiner Greuel.<<

18. Warum sollten völkerrechtlich aufgearbeitete und gesühnte Verbrechen der historischen Vergangenheit zugeordnet werden?

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung veröffentlichte am 6. Juni 1986 folgende Rede des deutschen Historikers Ernst Nolte: >>>Die Vergangenheit, die nicht vergehen will

Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte / Von Ernst Nolte

Mit der "Vergangenheit, die nicht vergehen will", kann nur die nationalsozialistische Vergangenheit der Deutschen oder Deutschlands gemeint sein. Das Thema impliziert die These, daß normalerweise jede Vergangenheit vergeht und daß es sich bei diesem Nicht-Vergehen um etwas ganz Exzeptionelles handelt. Andererseits kann das normale Vergehen der Vergangenheit nicht als ein Verschwinden gefaßt werden. Das Zeitalter des Ersten Napoleon etwa wird in historischen Arbeiten immer wieder vergegenwärtigt und ebenso die Augusteische Klassik. Aber diese Vergangenheiten haben offenbar das Bedrängende verloren, das sie für die Zeitgenossen hatten. Eben deshalb können sie den Historikern überlassen werden.

Die nationalsozialistische Vergangenheit dagegen unterliegt - wie kürzlich noch Hermann Lübke hervorgehoben hat - anscheinend diesem Hinschwinden, diesem Entkräftigungsvorgang nicht, sondern sie scheint immer noch lebendiger und kraftvoller zu werden, aber nicht als Vorbild, sondern als Schreckbild, als eine Vergangenheit, die sich geradezu als Gegenwart etabliert oder die wie ein Richtschwert über der Gegenwart aufgehängt ist.

Schwarz-Weiß-Bilder

Dafür gibt es gute Gründe. Je eindeutiger sich die Bundesrepublik Deutschland und die westliche Gesellschaft überhaupt zur "Wohlstandsgesellschaft" entwickeln, um so befremdender wird das Bild des Dritten Reiches mit seiner Ideologie der kriegerischen Opferbereitschaft, der Maxime "Kanonen statt Butter", der bei Schulfesten im Chor herausgeschmetterten Edda-Zitate wie "Unser Tod wird ein Fest".

Alle Menschen sind heute Gesinnungspazifisten, aber sie können gleichwohl nicht aus sicherer Distanz auf den Bellizismus der Nationalsozialisten blicken, denn sie wissen, daß die beiden Supermächte Jahr für Jahr weitaus mehr für ihre Rüstung ausgeben, als Hitler von 1933 bis 1939 ausgegeben hatte, und so bleibt eine tiefe Unsicherheit, die den Feind lieber im Eindeutigen anklagt als in der Verwirrung der Gegenwart.

Ähnliches gilt für den Feminismus: Im Nationalsozialismus war der "Männlichkeitswahn" noch voll von provozierendem Selbstbewußtsein, und in der Gegenwart neigt er dazu, sich zu verleugnen und zu verstecken - der Nationalsozialismus ist also der gegenwärtige Feind in seiner letzten noch ganz unverkennbaren Erscheinungsform.

Der Anspruch Hitlers auf "Weltherrschaft" muß sich um so ungeheuerlicher ausnehmen, je unzweideutiger sich herausstellt, daß die Bundesrepublik in der Weltpolitik allenfalls die Rolle eines Staates von mittlerer Größenordnung spielen kann - "Harmlosigkeit" jedoch wird ihr gleichwohl nicht attestiert, und an vielen Stellen ist die Befürchtung noch lebendig, sie könne zwar nicht zur Ursache, aber doch zum Ausgangspunkt eines dritten Weltkriegs werden.

Mehr als alles andere trug indessen die Erinnerung an die "Endlösung" zum Nichtvergehen der Vergangenheit bei, denn die Ungeheuerlichkeit der fabrikmäßigen Vernichtung von mehreren Millionen Menschen mußte um so unfaßbarer werden, je mehr die Bundesrepublik Deutschland durch ihre Gesetzgebung sich der Vorhut unter den humanitären Staaten hinzugesellte. Aber Zweifel blieben eben auch hier, und zahlreiche Ausländer glaubten und glauben ebensowenig wie viele Deutsche an die Identität von "pays légal" und "pays réel".

Aber war es wirklich nur die Verstocktheit des "pays réel" der Stammtische, die diesem Nichtvergehen der Vergangenheit widerstrebte und einen "Schlußstrich" gezogen wissen wollte, damit die deutsche Vergangenheit sich nicht mehr grundsätzlich von anderen Vergangen-

heiten unterscheide?

Steckt nicht in vielen der Argumente und Fragen ein Kern des Richtigen, die gleichsam eine Mauer gegen das Verlangen nach immer fortgehender "Auseinandersetzung" mit dem Nationalsozialismus aufrichten?

Ich führe einige dieser Argumente oder Fragen an, um dann einen Begriff desjenigen "Verfehlens" zu entwickeln, das nach meiner Auffassung das entscheidende ist, und diejenige "Auseinandersetzung" zu umreißen, die von einem "Schlußstrich" ebenso weit entfernt ist wie von der immer wieder beschworenen "Bewältigung".

Gerade diejenigen, die am meisten und mit dem negativsten Akzent von "Interessen" sprechen, lassen die Frage nicht zu, ob bei jenem Nichtvergehen der Vergangenheit auch Interessen im Spiel waren oder sind. Etwa die Interessen der Verfolgten und ihrer Nachfahren an einem permanenten Status des Herausgehoben- und Privilegiertseins.

Die Rede von der "Schuld der Deutschen" übersieht allzu geflissen die Ähnlichkeit mit der Rede von der "Schuld der Juden", die ein Hauptargument der Nationalsozialisten war. Alle Schuldvorwürfe gegen "die Deutschen", die von Deutschen kommen, sind unaufrichtig, da die Ankläger sich selbst oder die Gruppe, die sie vertreten, nicht einbeziehen und im Grunde bloß den alten Gegnern einen entscheidenden Schlag versetzen wollen.

Die der "Endlösung" gewidmete Aufmerksamkeit lenkt von wichtigen Tatbeständen der nationalsozialistischen Zeit ab wie etwa der Tötung "lebensunwerten Lebens" und der Behandlung der russischen Kriegsgefangenen, vor allem aber von entscheidenden Fragen der Gegenwart - etwa denjenigen des Seinscharakters von "ungeborenem Leben" oder des Vorliegens von "Völkermord" gestern in Vietnam und heute in Afghanistan.

Das Nebeneinander dieser zwei Argumentationsreihen, von denen die eine im Vordergrund steht, aber sich doch nicht vollständig durchsetzen konnte, hat zu einer Situation geführt, die man als paradox oder auch als grotesk bezeichnen kann.

Eine voreilige Äußerung eines Bundestagsabgeordneten zu gewissen Forderungen der Sprecher jüdischer Organisationen oder das Ausgleiten eines Kommunalpolitikers in eine Geschmacklosigkeit werden zu Symptomen von "Antisemitismus" aufgebauscht, als wäre jede Erinnerung an den genuinen (ursprünglichen) und keineswegs schon nationalsozialistischen Antisemitismus der Weimarer Zeit verschwunden, und um die gleiche Zeit läuft im Fernsehen der bewegende Dokumentarfilm "Shoah" eines jüdischen Regisseurs, der es in einigen Passagen wahrscheinlich macht, daß auch die SS-Mannschaften der Todeslager auf ihre Art Opfer sein mochten und daß es andererseits unter den polnischen Opfern des Nationalsozialismus virulenten Antisemitismus gab.

Zwar rief der Besuch des amerikanischen Präsidenten auf dem Soldatenfriedhof Bitburg eine sehr emotionale Diskussion hervor, aber die Furcht vor der Anklage der "Aufrechnung" und vor Vergleichen überhaupt ließ die einfache Frage nicht zu, was es bedeutet haben würde, wenn der damalige Bundeskanzler sich 1953 geweigert hätte, den Soldatenfriedhof von Arlington zu besuchen, und zwar mit der Begründung, dort seien auch Männer begraben, die an den Terrorangriffen gegen die deutsche Zivilbevölkerung teilgenommen hätten.

Für den Historiker ist eben dies die beklagenswerteste Folge des "Nichtvergehens" der Vergangenheit: daß die einfachsten Regeln, die für jede Vergangenheit gelten, außer Kraft gesetzt zu sein scheinen, nämlich daß jede Vergangenheit mehr und mehr in ihrer Komplexität erkennbar werden muß, daß der Zusammenhang immer besser sichtbar wird, in den sie verspannt war, daß die Schwarz-Weiß-Bilder der kämpfenden Zeitgenossen korrigiert werden, daß frühere Darstellungen einer Revision unterzogen werden.

Genau diese Regel aber erscheint in ihrer Anwendung auf das Dritte Reich "volkspädagogisch gefährlich": Könnte sie nicht zu einer Rechtfertigung Hitlers oder mindestens zu einer "Exkulpation der Deutschen" führen? Zieht dadurch nicht die Möglichkeit herauf, daß die Deut-

schen sich wieder mit dem Dritten Reich identifizieren, wie sie es ja in ihrer großen Mehrheit mindestens während der Jahre 1935 bis 1939 getan haben, und daß sie die Lektion nicht lernen, die ihnen von der Geschichte aufgetragen worden ist?

Darauf läßt sich in aller Kürze und apodiktisch antworten: Kein Deutscher kann Hitler rechtfertigen wollen, und wäre es nur wegen der Vernichtungsbefehle gegen das deutsche Volk vom März 1945. Daß die Deutschen aus der Geschichte Lehren ziehen, wird nicht durch die Historiker und Publizisten garantiert, sondern durch die vollständige Veränderung der Machtverhältnisse und durch die anschaulichen Konsequenzen von zwei großen Niederlagen. Falsche Lehren können sie freilich immer noch ziehen, aber dann nur auf einem Wege, der neuartig und jedenfalls "antifaschistisch" sein dürfte.

Es ist richtig, daß es an Bemühungen nicht gefehlt hat, über die Ebene der Polemik hinauszukommen und ein objektiveres Bild des Dritten Reiches und seines Führers zu zeichnen; es genügt, die Namen von Joachim Fest und Sebastian Haffner zu nennen. Beide haben aber in erster Linie den "innerdeutschen Aspekt" im Blick. Ich will im folgenden versuchen, anhand einiger Fragen und Schlüsselworte die Perspektive anzudeuten, in der diese Vergangenheit gesehen werden sollte, wenn ihr jene "Gleichbehandlung" widerfahren soll, die ein prinzipielles Postulat der Philosophie und der Geschichtswissenschaft ist, die aber nicht zu Gleichsetzungen führt, sondern gerade zur Herausstellung von Unterschieden.

Erhellende Schlüsselworte

Max Erwin von Scheubner-Richter, der später einer der engsten Mitarbeiter Hitlers war und dann im November 1923 bei dem Marsch zur Feldherrenhalle von einer tödlichen Kugel getroffen wurde, war 1915 als deutscher Konsul in Erzerum tätig. Dort wurde er zum Augenzeugen jener Deportationen der armenischen Bevölkerung, die den Anfang des ersten großen Völkermordes des 20. Jahrhunderts darstellten. Er scheute keine Mühe, den türkischen Behörden entgegenzutreten, und sein Biograph schließt im Jahre 1938 die Schilderung der Vorgänge mit folgenden Sätzen:

"Aber was waren diese wenigen Menschen gegen den Vernichtungswillen der türkischen Pforte, die sich sogar den direktesten Mahnungen aus Berlin verschloß, gegen die wölfische Wildheit der losgelassenen Kurden, gegen die mit ungeheurer Schnelligkeit sich vollziehende Katastrophe, in der ein Volk Asiens mit dem anderen nach asiatischer Art, fern von europäischer Zivilisation, sich auseinandersetzte?"

Niemand weiß, was Scheubner-Richter getan oder unterlassen haben würde, wenn er anstelle von Alfred Rosenberg zum Minister für die besetzten Ostgebiete gemacht worden wäre. Aber es spricht sehr wenig dafür, daß zwischen ihm und Rosenberg und Himmler, ja sogar zwischen ihm und Hitler selbst ein grundlegender Unterschied bestand. Dann aber muß man fragen: Was konnte Männer, die einen Völkermord, mit dem sie in nahe Berührung kamen, als "asiatisch" empfanden, dazu veranlassen, selbst einen Völkermord von noch grauenvollerer Natur zu initiieren? Es gibt erhellende Schlüsselworte. Eins davon ist das folgende:

Als Hitler am 1. Februar 1943 die Nachricht von der Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad erhielt, sagte er in der Lagebesprechung gleich voraus, daß einige der gefangenen Offiziere in der sowjetischen Propaganda tätig werden würden: "Sie müssen sich vorstellen, er (ein solcher Offizier) kommt nach Moskau hinein, und stellen Sie sich den "Rattenkäfig" vor. Da unterschreibt er alles. Er wird Geständnisse machen, Aufrufe machen ..."

Die Kommentatoren geben die Erläuterung, mit "Rattenkäfig" sei die Lubjanka (Moskauer Zentralgefängnis des sowjetischen Geheimdienstes) gemeint. Ich halte das für falsch.

In George Orwells "1984" wird beschrieben, wie der Held Winston Smith durch die Geheimpolizei des "Großen Bruders" nach langen Folterungen endlich gezwungen wird, seine Verlobte zu verleugnen und damit auf seine Menschenwürde Verzicht zu tun. Man bringt einen Käfig vor seinen Kopf, in dem eine vor Hunger halb irrsinnig gewordene Ratte sitzt.

Der Vernehmungsbeamte droht, den Verschuß zu öffnen, und da bricht Winston Smith zusammen. Diese Geschichte hat Orwell nicht erdichtet, sie findet sich an zahlreichen Stellen der antibolschewistischen Literatur über den russischen Bürgerkrieg, unter anderem bei dem als verlässlich geltenden Sozialisten Melgunow. Sie wird der "chinesischen Tscheka" zugeschrieben.

Archipel GULag und Auschwitz

Es ist ein auffallender Mangel der Literatur über den Nationalsozialismus, daß sie nicht weiß oder nicht wahrhaben will, in welchem Ausmaß all dasjenige, was die Nationalsozialisten später taten, mit alleiniger Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung, in einer umfangreichen Literatur der frühen zwanziger Jahre bereits beschrieben war: Massendeportationen und -erschießungen, Folterungen, Todeslager, Ausrottungen ganzer Gruppen nach bloß objektiven Kriterien, öffentliche Forderungen nach Vernichtung von Millionen schuldloser, aber als "feindlich" erachteter Menschen.

Es ist wahrscheinlich, daß viele dieser Berichte übertrieben waren. Es ist sicher, daß auch der "weiße Terror" fürchterliche Taten vollbrachte, obwohl es in seinem Rahmen keine Analogie zu der postulierten "Ausrottung der Bourgeoisie" geben konnte. Aber gleichwohl muß die folgende Frage als zulässig, ja unvermeidbar erscheinen:

Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine "asiatische" Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer "asiatischen" Tat betrachteten?

War nicht der "Archipel GULag" ursprünglicher als "Auschwitz"?

War nicht der "Klassenmord" der Bolschewiki das logische und faktische Prius des "Rassenmords" der Nationalsozialisten?

Sind Hitlers geheimste Handlungen nicht gerade auch dadurch zu erklären, daß er den "Rattenkäfig" nicht vergessen hatte?

Rührte Auschwitz vielleicht in seinen Ursprüngen aus einer Vergangenheit her, die nicht vergehen wollte?

Man braucht das verschollene Büchlein von Melgunow nicht gelesen zu haben, um solche Fragen zu stellen. Aber man scheut sich, sie aufzuwerfen, und auch ich habe mich lange Zeit gescheut, sie zu stellen.

Sie gelten als antikommunistische Kampfthesen oder als Produkte des kalten Krieges. Sie passen auch nicht recht zur Fachwissenschaft, die immer engere Fragestellungen wählen muß. Aber sie beruhen auf schlichten Wahrheiten. Wahrheiten willentlich auszusparsen, mag moralische Gründe haben, aber es verstößt gegen das Ethos der Wissenschaft.

Die Bedenken wären nur dann berechtigt, wenn man bei diesen Tatbeständen und Fragen stehenbliebe und sie nicht ihrerseits in einen größeren Zusammenhang stellte, nämlich in den Zusammenhang jener qualitativen Brüche in der europäischen Geschichte, die mit der industriellen Revolution beginnen und jeweils eine erregte Suche nach den "Schuldigen" oder doch nach den "Urhebern" einer als verhängnisvoll betrachteten Entwicklung auslösten. Erst in diesem Rahmen würde ganz deutlich werden, daß sich trotz aller Vergleichbarkeit die biologischen Vernichtungsaktionen des Nationalsozialismus qualitativ von der sozialen Vernichtung unterschieden, die der Bolschewismus vornahm.

Aber so wenig wie ein Mord, und gar ein Massenmord, durch einen anderen Mord "gerechtfertigt" werden kann, so gründlich führt doch eine Einstellung in die Irre, die nur auf den einen Mord und den einen Massenmord hinblickt und den anderen nicht zur Kenntnis nehmen will, obwohl ein kausaler Nexus wahrscheinlich ist.

Wer sich diese Geschichte nicht als Mythologem, sondern in ihren wesentlichen Zusammenhängen vor Augen stellt, der wird zu einer zentralen Folgerung getrieben: Wenn sie in all ihrer Dunkelheit und in all ihren Schrecknissen, aber auch in der verwirrenden Neuartigkeit, die

man den Handelnden zugute halten muß, einen Sinn für die Nachfahren gehabt hat, dann muß er im Freiwerden von der Tyrannei des kollektivistischen Denkens bestehen.

Das sollte zugleich die entschiedene Hinwendung zu allen Regeln einer freiheitlichen Ordnung bedeuten, einer Ordnung, welche die Kritik zuläßt und ermutigt, soweit sie sich auf Handlungen, Denkweisen und Traditionen bezieht, also auch auf Regierungen und Organisationen aller Art, die aber die Kritik an Gegebenheiten mit dem Stigma des Unzulässigen versehen muß, von denen die Individuen sich nicht oder nur unter größten Anstrengungen lösen können, als die Kritik an "den" Juden, "den" Russen, "den" Deutschen oder "den" Kleinbürgern. Sofern die Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus gerade von diesem kollektivistischen Denken geprägt ist, sollte endlich ein Schlußstrich gezogen werden.

Es ist nicht zu leugnen, daß dann Gedankenlosigkeit und Selbstzufriedenheit um sich greifen könnten. Aber das muß nicht so sein, und Wahrheit darf jedenfalls nicht von Nützlichkeit abhängig gemacht werden. Eine umfassende Auseinandersetzung, die vor allem im Nachdenken über die Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte bestehen müßte, würde die Vergangenheit, von der im Thema die Rede ist, zwar ebenso zum "Vergehen" bringen, wie es jeder Vergangenheit zukommt, aber sie würde sie sich gerade dadurch zu eigen machen.<<

19. Wer wurde auch als Zögling der Frankfurter Schule bezeichnet?

Im Jahre 1950 kehrten die deutschen Philosophen und Soziologen Max Horkheimer und Theodor W. Adorno aus dem US-Exil zurück und gründeten mit Finanzmitteln der US-Besatzungsmacht und anderen Geldgebern das Frankfurter Institut für Sozialforschung, um die planmäßige Umerziehung der Deutschen fortzusetzen. Die sogenannte "Frankfurter Schule" prägte später vor allem die "68er Bewegung" und "Die Grünen".

Der deutsche Historiker Sebastian Haffner berichtete später über die linksradikale Studentenbewegung der 60er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (x268/126-127): >>Wenn ich mir die linken Studenten und jungen Literaten ansehe, die sich heute so massenhaft und bereitwillig über die Sünden ihrer Väter entrüsten (ohne eine Ahnung von den Konflikten und Versuchungen, in die auch anständige Leute damals geraten konnten), dann fühle ich mich unwillkürlich an meine eigenen Altersgenossen erinnert, die jungen Leute von vor 30 Jahren, die damals, voll ähnlich leicht erregter Entrüstung, scharenweise in die SA gingen.

Dieselben unkritischen jungen Gesichter, dieselbe naive Unbescheidenheit und Überheblichkeit, dieselbe Bereitschaft, sich als Weltenrichter aufzuspielen; vor allem dieselbe etwas subalterne Unfähigkeit, das Böse auch dann zu bemerken, wenn es sich auf der eigenen Seite in der eigenen Sache einschleicht. ...

Das schreckliche an dem Linksdrall der gegenwärtigen politischen Mode, genau wie an dem Rechtsdrall, der eine Generation zuvor beherrschte, ist, daß er mit gänzlich unbewußter Automatik funktioniert, ohne daß die Leute auch nur merken, daß sie eigentlich alles ungeprüft voraussetzen, wie inkonsequent sie oft sind und wie sehr sie gewohnheitsmäßig mit zweierlei Maß messen. ...<<

Der deutsche Journalist und Historiker Rainer Zitelmann berichtete im Jahre 1994 in seinem Buch "Wohin treibt unsere Republik?" über die sogenannte "Faschismuskeule" der linksradikalen 68er Studentenbewegung (x268/126): >>Man interessierte sich für die "faschistoiden" Strukturen, Tendenzen, Denkweisen usw., die man überall in der demokratischen Bundesrepublik zu entdecken glaubte und nur dort nicht suchte, wo man ehesten hätte fündig werden können: bei sich selbst. ...

1968 bildete sich eine Argumentationstypologie heraus, die bis heute bestimmend ist, ja, die intellektuelle und politische Debatte zunehmend dominiert: Wer nicht links ist, ist Nazi, ist Faschist. ...<<

Andreas Baader wurde am 14. Mai 1970 durch Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Astrid Proll,

Irene Goergens und Ingrid Schubert aus der Haft befreit ("Geburtsstunde der Roten-Armee-Fraktion - RAF"). Während der "Baader-Befreiung" wurde eine Person durch einen Schuß schwer verletzt.

Ulrike Meinhof (1934-1976, Anführerin der radikalen "Rote Armee Fraktion") bekannte sich im Jahre 1970 zu offenen, geplanten Gewalttaten (x300/200): >>... Und wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir nicht mit ihm zu reden, und es ist falsch, überhaupt mit diesen Leuten zu reden, und natürlich kann geschossen werden.<<

Ulrike Meinhof (1934-1976, RAF-Anführerin) erhängte sich am 9. Mai 1976 in ihrer Gefängniszelle in Stuttgart.

Das Oberlandesgericht Stuttgart verurteilte Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe nach 192 Verhandlungstagen am 28. April 1977 wegen vierfachen Mordes und 34fachen versuchten Mordes zu jeweils lebenslangen Freiheitsstrafen.

Am 18. Oktober 1977 stürmte die deutsche Spezialeinheit GSG 9 in Mogadischu (Somalia) das von Terroristen entführte Flugzeug der Lufthansa. Bei der Stürmung der "Landshut" wurden innerhalb von neunzig Sekunden sämtliche Passagiere aus der Maschine befreit und drei Entführer getötet. Die zu lebenslanger Haft verurteilten RAF-Terroristen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe begingen am gleichen Tag in Stuttgart-Stammheim in ihren Zellen Selbstmord.

Am 13. Januar 1980 schlossen sich die bisher nur lokal und regional organisierten "Grünen" und die "Grüne Aktion Zukunft" während ihres Gründungsparteitages in Karlsruhe zur Bundespartei "Die Grünen" zusammen.

Die neue Bundespartei "Die Grünen" wurde zunächst von Petra Kelly (1947-1992), August Haußleiter (1905-1989) und Norbert Mann geführt. Zu den wesentlichen politischen Grundsätzen dieser sog. Umweltpartei zählten damals: "Ökologie, Basisdemokratie, Sozial-Sozialismus."

Nach den ersten Wahlerfolgen der "Grünen", die vor allem die wachsende Umweltzerstörung bekämpfen wollten, schlossen sich sofort zahlreiche gescheiterte, aber kampferprobte linksradikale Akteure (Spontis und Marxisten) der 68er Bewegung (Josef Fischer, Jürgen Trittin, Daniel Cohn-Bendit, Thomas Ebermann, Hubert Kleinert, Rezzo Schlauch, Hans-Christian Ströbele, Otto Schily und viele andere Linksradikale) dieser sanften Umweltpartei der selbsternannten Weltverbesserer an und verdrängten anschließend relativ schnell und problemlos die kampfunerfahrenen, naiven Parteigründer sowie die weltfremde Parteiführung der "Grünen" aus allen wichtigen Führungspositionen der Partei.

Die als "Grüne" getarnte linksradikale Bewegung setzte danach in den folgenden Jahrzehnten konsequent die sozialistische Leitideologie der "Frankfurter Schule" um. Im Verlauf der systematischen Umerziehung bzw. Gehirnwäsche wurden vor allem die traditionellen deutschen Werte und Tugenden (Anstand, Fleiß, Ehrlichkeit, Großzügigkeit, Ordnung, Pünktlichkeit, Toleranz etc.) der bundesdeutschen "Gesellschaft" allmählich auf den Kopf gestellt, verhöhnt, lächerlich gemacht und letzten Endes zerstört. Die Vor- und Kriegsgeneration der Deutschen wurden pauschal als NS-Verbrecher eingestuft und ihre gigantische Wiederaufbauarbeit blendeten die "Grünen" kurzerhand aus.

20. Wie wollte die 68er Bewegung die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland grundlegend verändern?

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (15/1988) berichtete am 11. April 1988 über die "Jugendrevolution und Protestbewegung der sechziger Jahre": >>Träume im Kopf, Sturm auf den Straßen

Ich stand an dieser Stelle, als der Schuß fiel. Ich habe gesehen, wie eine Schar von sechs bis

acht Polizisten auf den Studenten eindrang, wie er mit Knüppeln bearbeitet wurde, wie er wehrlos und passiv in dieser Traube von Polizisten hing, und dann habe ich das Mündungsfeuer der Pistole gesehen. Das Mündungsfeuer war ungefähr in Kopfhöhe. Im nächsten Moment lag der Student am Boden und rührte sich nicht - Aussage des Musikstudenten Frank Krüger über den Todesschuß auf Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967.

Wer Terror produziert, muß Härte in Kauf nehmen - Das Springerblatt "BZ" am 3. Juni 1967. Für Benno Ohnesorg, 26 Jahre, Philologiestudent vor dem Abschluß, Ehemann und angehender Vater, ist es die erste Straßendemonstration. Er hat ein kritisches Buch darüber gelesen, wie grausam es unter dem von der deutschen Regenbogenpresse gefeierten "kaiserlichen Paar" in Persien tatsächlich zugeht. Deshalb will er mitprotestieren gegen die untertänige Ehrerbietung, mit der die bundesdeutschen Politiker - der Bundeskanzler heißt Kiesinger, Außenminister ist Willy Brandt, Bundespräsident Heinrich Lübke - den Schah und späteren Krupp-Großaktionär Resa Pahlewi nebst Gemahlin als Staatsgäste empfangen.

Während drinnen in der Deutschen Oper dem Pfau vom Pfauenthron und seiner Gattin Farah Diba die "Zauberflöte" vorgespielt wird, stürmen Polizisten an diesem noch hellen, warmen Abend mit gezogenen Schlagstöcken auf die Demonstranten los, prügeln sie auseinander und machen Jagd auf die Flüchtenden. Daß ein Kriminalbeamter namens Kurras dabei die Dienstpistole gezogen und einem unbescholtenen Bürgersohn, Mitglied der Evangelischen Studentengemeinde, eine Kugel in den Hinterkopf gefeuert hat - diese Nachricht trifft einen großen Teil der jungen Generation wie ein Knüppelhieb.

Die vielen Abseitsstehenden, die mit den marxistischen Thesen der linken Akteure wenig anzufangen wissen, werden von dem Todesschuß wachgeschockt. Theoriebegriffe wie "Repression" oder "Entfremdung" sagen diesen jungen Leuten nichts. Aber der auf einem Auto-Abstellplatz sterbende Student, dem eine verstörte junge Frau sanft den Kopf hält - dieser Anblick ergreift und empört sie.

Sie mögen nicht recht an den wiedergeborenen Sozialismus glauben, den Rudi Dutschke predigt. Aber sie können erkennen, daß die Springer-Blätter weder Lüge noch Verdrehung scheuen, um die widersetzlichen Studenten zu Haßobjekten für die Bevölkerung herzurichten. Auf einmal wird das böse Rätsel der Vergangenheit ein wenig durchsichtiger für die Jungen; sie bekommen eine Ahnung, wie das gewesen sein muß, als in Deutschland, vor 1933 und danach, unablässig gegen eine Minderheit gehetzt worden ist: gegen die Juden.

Viele bis dahin gleichgültige Studenten drängt es nach Ohnesorgs Tod, Partei zu ergreifen - und zwar anders als einst ihre Eltern. Soziologe Detlev Claussen, Mitglied der radikalen Avantgarde beim "Sozialistischen Deutschen Studentenbund" (SDS), erinnert sich: "Du bist am Morgen nach Ohnesorgs Erschießung aufgewacht, und es sind plötzlich ganz viele Menschen, ... die du noch nie gesehen hast, da. ... Das hat auch irgendwo diesen euphorischen Funken gesetzt." Erst von da an, meint Claussen, könne man wirklich von einer studentischen "Bewegung" in Westdeutschland sprechen.

Denn immer mehr Studenten und Schüler kamen in jenem Sommer zu dem Schluß, daß die Radikalen vom SDS recht hatten. Bewies nicht der Fall Ohnesorg, daß der Staat auf Gewalt beruhte statt auf Demokratie und Recht? Steckte in einer Polizei, die Wehrlose bewußtlos schlägt und sogar tötet, nicht die Brutalität der Diktatur? Und was war das für eine Justiz, die den Todesschützen Kurras nach seiner Tat frei herumlaufen ließ und ihn dann sogar vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung freisprach?

Die Politiker sahen den "Charaktermasken" immer ähnlicher, von denen die SDSler sprachen - nur Berlins Regierender Bürgermeister Heinrich Albertz, Pastor von Haus aus, wurde nach Ohnesorgs Tod erleuchtet und bekehrt wie einst Saulus auf dem Weg nach Damaskus: Er trat drei Monate später von seinem Amt zurück und entwickelte sich zum linkschristlichen Mahner wider den Hochmut der Politikerkaste, die in Bonn gerade eine ebenso burleske wie be-

drohliche Vorstellung gab.

Die großen Parteien herrschten seit 1966 gemeinsam und faktisch ohne Opposition: CDU/CSU und eine auf CDU-Kurs eingeschwenkte SPD Arm in Arm als "Große Koalition" mit dem Kanzler Kurt Georg Kiesinger, den Heinrich Böll für "untragbar und unerträglich" hielt, weil er der Nazipartei angehört hatte und im Außenministerium für Rundfunk-Propaganda zuständig war.

Diesem Mann im Silberhaar zur Seite standen der ehemalige Widerstandskämpfer Willy Brandt und Franz Josef Strauß: eine Regierung der verlogenen Versöhnung und unverhüllten Opportunität. In suspekter vaterländischer Eintracht hatte sie sich vorgenommen, verfassungsändernde Gesetze für den Fall eines nationalen Notstands zu schaffen.

Da brauchte man nicht, wie es Kiesinger einmal tat, "irrationale, ja dämonische Kräfte" zu bemühen, um zu begreifen, warum sich im Land eine radikale außerparlamentarische Opposition erhob, "Apo" genannt. Enttäuschte SPD-Genossen, linke Intellektuelle, Gewerkschafter und Gewerkschaftsjugend verbanden sich in ihr mit den politischen Studenten. Das Protestpotential an den Universitäten wuchs. Um so dringender wurde die Frage, was damit geschehen sollte. Denn immer nur polizeilich genehmigte Umzüge zu veranstalten und Plakate durch die Gegend zu tragen, das war den Vorreitern der Auflehnung nicht mehr genug.

Ein Mädchen stellte sich vor einen der Soldaten. "Warum, warum nur?" fragte sie. "Wir sind wie ihr. Ihr seid wie wir. Die dort sind schuld", sagte sie und zeigte auf das Pentagon. Sie legte zwei Finger auf ihren Mund, küßte sie und berührte damit die Lippen des Soldaten.

Vier andere Soldaten packten sie und schleppten sie fort zu den anderen Festgenommenen. Der Soldat, mit dem sie gesprochen hatte, versuchte seinen Kameraden zu erklären, daß das Mädchen ihm ja nicht weh tun wollte - Aus Norman Mailers Erlebnisbericht "Heere aus der Nacht".

Samstag, 21. Oktober 1967. Das Pentagon wird belagert. Wie eine riesige lebende Flickendecke, leuchtend bunt in der Herbstsonne, liegen, sitzen und stehen nahezu 40.000 Menschen vor dem ungeheuren graugelben Fünfeck des US-Verteidigungsministeriums, vor dem Bürokoloss und Nervenzentrum der amerikanischen Kriegsmaschine.

Zum erstenmal laufen die Kriegsgegner nicht einfach nur durch Washington und hören sich die immer gleichen Reden an. Zum erstenmal sind sie über den Potomac-Fluß hinweg zum Sitz des Übels gezogen, um den Managern des Todes wenigstens symbolisch auf den Leib zu rücken.

Inmitten der Menge auf den weiten Parkflächen am Potomac-Ufer steht ein Lastwagen mit einer Rockband darauf, den "Fugs". Der rotbärtige Beat-Poet Ed Sanders tritt ans Mikrofon, doch er singt nicht, rezitiert nicht, hält keine Ansprache. Er betreibt Exorzismus. Er beschwört die bösen Geister des Pentagon, um sie zu verscheuchen. Während die Fugs mit Zimbeln, Triangeln und Glocken exotische Klänge erzeugen, fleht Sanders die heidnischen Götter um Beistand an: "Im Namen von Ra, Osiris, Horos, Isis, im Namen des lebenden Universums rufen wir den Geist auf, das Pentagon aus seinem elenden Schicksal körperlich emporzuheben und bei sich zu bewahren."

Das Pentagon erhebt sich gleichwohl nicht einen Fuß hoch in die Luft; es schwebt nicht empor, wie erhofft, und wird auch nicht rosa zum Zeichen seiner Reinigung. Doch die Exorzisten lassen sich nicht beirren. "Hinaus, Dämonen, hinaus!" schreien die Fugs nun im Chor. "Zurück in die Finsternis, ihr Satansdiener - hinaus, Dämonen, hinaus!" Der Sprechgesang breitet sich aus, bis die Teufelsaustreibungsformeln aus vielen tausend Kehlen steigen. Nicht nur Ed Sanders und die Fugs glauben, der Wahnsinn in Vietnam sei vielleicht nur damit zu erklären, daß im Pentagon der Geist der Verdammnis herrscht.

Soldaten und Militärpolizisten in festgeschlossenen Reihen schützen die samstäglich ruhige Bürofestung ihrer Befehlshaber vor den Belagern und den pazifistischen Vibrationen, die sie

verbreiten. Die GIs halten ihre Gewehre mit aufgefplantem, aber bedecktem Bajonett vor der Brust. Auf Armeslänge vor ihnen die Frauen und langhaarigen Männer, die eine äußere Absperrung durchbrochen haben und bis vor den Haupteingang vorgedrungen sind.

Eine spannungsgeladene Konfrontation über viele Stunden, sogar die Nacht hindurch; denn die entscheidendsten Gruppen in der vorderen Linie harren aus, und die GIs werden im Turnus abgelöst. Eine Konfrontation zwischen Gleichaltrigen, von der Norman Mailer meint, Karl Marx müßte noch einmal auf die Welt kommen, um dieses Paradox zu erklären: Die Söhne der Arbeiter ziehen die Uniform an und kämpfen für "die letzte wirklich kapitalistische Nation" (Mailer), wo immer sie hingeschickt werden. Die Kinder des Bürgertums aber rebellieren, und diese Rebellion hat verwirrend viele Gesichter.

Junge Frauen stecken Blumen in die Gewehrläufe der Soldaten. Exotisch gekleidete Paare umarmen sich vor dem Hintergrund von Kampfpanzern und Stahlhelmen. Sitzdemonstranten, die von GIs mit Kolbenstößen traktiert werden, singen die Sternenbanner-Hymne, um zu zeigen, daß sie ihr Land aus patriotischer Sorge vor Schande bewahren wollen: Symbolhandlungen, mit denen die Friedensbewegten über die Medien das Bewußtsein ihrer Landsleute verändern wollen. Hippie-Happenings wie das Exorzismus-Ritual sollen erheitern und provozieren.

Aber auch die Militanz steigert sich vor dem Pentagon in eine neue Dimension. Ein Trupp vom amerikanischen SDS ("Students for a Democratic Society") stürmt mit einer Vietcong-Fahne auf einen Nebeneingang des Fünfecks zu in der Absicht, das Feldzeichen der aufständischen Kommunisten auf der Zitadelle amerikanischer Macht und Herrlichkeit zu hissen. Die SDSler sind waffenlos, aber sie fühlen sich schon wie Guerillas in der eigenen Hauptstadt. Militärpolizei fängt sie vor dem Eingang ab und prügelt sie zurück.

Auf der anderen Seite des Potomac-Flusses im Weißen Haus gesteht Präsident Lyndon B. Johnson einem Vertrauten, daß Vietnam ihm Alpträume bereite. Aber nicht die verstümmelten und verschmorten Opfer suchen ihn heim, auch nicht die jungen Amerikaner, die ihn "Mörder" nennen und in Sprechchören fragen, wieviel Kinder er denn heute wieder umgebracht habe. Was den Texaner mit dem melancholischen Bluthundgesicht plagt, ist der Gedanke, die meisten seiner Landsleute könnten ihn für einen "Mann ohne Rückgrat" halten, wenn er sich aus Vietnam zurückzöge.

In seinem "jede Nacht" wiederkehrenden Traum liegt Johnson an den Boden gefesselt in einem "langen, offenen Raum". Dann hört er, noch entfernt, "die Stimmen von Tausenden von Leuten". Sie rennen alle auf ihn zu und schreien: "Feigling! Verräter! Schwächling!"

Doch auch die rollenden Einsätze seiner B-52-Bomber können seinen uramerikanischen Horror vor der Ohnmacht nicht bannen. Und nach dem Schock der kommunistischen Tet-Offensive Ende Januar 1968 hat Johnsons wichtigster Mann aufgegeben: Verteidigungsminister Robert McNamara, angewidert von der selbstverschuldeten Misere, verläßt das Pentagon Ende Februar. Bei einem Abschiedsessen erleben die Gäste bei dem sonst stets beherrschten McNamara sogar einen "emotionalen Ausbruch gegen den Krieg" (Vietnam-Historiker Stanley Karnow).

Sein Nachfolger Clark Clifford, Washingtoner Anwalt und gewiefter Makler der Macht, ist entschlossen, die "bloody mess" in Asien zu beenden. Das sagt er aber nicht laut, sondern arrangiert eine Lunchverabredung zwischen dem Präsidenten und zwölf altgedienten Außenpolitikern und Generalen, den "weisen Männern". Ihr herausragender Kopf ist der 74jährige Dean Acheson, Außenminister von 1949 bis 1953, Architekt der Nato und tiefgefrorener Kalter Krieger, der seinen Präsidenten Harry S. Truman damals dazu breitschlug, den Franzosen Geld zu geben für ihren schmutzigen Krieg gegen Ho Chi Minhs Unabhängigkeitskämpfer - Beginn des Frevels an Vietnam. Doch dieser Mann hat seitdem dazugelernt.

Von den zwölf "wise men", die im "Familien-Eßzimmer" des Weißen Hauses familiär um

Johnson herumsitzen, raten ihm acht, sich aus dem Krieg zurückzuziehen - und niemand in der erlauchten Runde rät es ihm dringender als Dean Acheson. Amerikas Intervention sei aussichtslos, weil Südvietnams Machthaber keinen Rückhalt im Volk besäßen, belehrt er den Präsidenten. Solchen Bundesgenossen sei nicht zu helfen. Aus diesem Grund habe der Krieg auch die Unterstützung der amerikanischen Öffentlichkeit verloren.

Johnson ist bestürzt, verstört, ergrimmt. "Jemand hat den Brunnen vergiftet", knurrt er argwöhnisch, als die "wise men" gegangen sind. Aber sein Durchhaltewillen ist gebrochen, sein texanisches Ego durchlöchert.

Fünf Tage nach dem geschichtsträchtigen Lunch, am 31. März, erscheint er, der Nachfolger John F. Kennedys, auf den Bildschirmen Amerikas und eröffnet seinen "fellow Americans", daß er darauf verzichte, in diesem Wahljahr 1968 für eine weitere Amtszeit zu kandidieren. Er wolle das Präsidentenamt aus dem "Parteienstreit" des Wahlkampfes heraushalten, erklärt er mit treuherzigem Augenaufschlag. Und er wolle Frieden in Vietnam.

Johnson kündigt an, die Bevölkerungszentren würden künftig nicht mehr bombardiert. Auch habe er seine Diplomaten angewiesen, sich mit Ho Chi Minhs Emissären zusammzusetzen und die Möglichkeit von Friedensverhandlungen zu erkunden.

Als Johnson am Ende seiner Verzichtserklärung mit gefurchter Stirn eine gute Nacht wünscht, rennen die Leute im New Yorker Künstlerviertel Greenwich Village auf die Straße, umarmen einander und führen Freudentänze auf. Über den Campus vieler Universitäten hallen Hupkonzerte und Indianergeheul; Siegespartys werden improvisiert, weil der Mann, der für die Protestbewegung zu einem napalmspeienden Scheusal geworden ist, die weiße Fahne zeigt.

Hochstimmung auch bei der jungen Opposition in Deutschland, als sie am nächsten Morgen die Nachricht erfährt. Die linken Sturmvoegel vom SDS und ihre neugewonnenen Freunde glauben, daß sie, besonders mit ihrem aufsehenerregenden Vietnam-Kongreß in West-Berlin, zur Resignation Johnsons beigetragen haben. Andererseits hätte die ganze Studentenbewegung ohne den Impetus Vietnam ins Stocken geraten und erlahmen können, wenn der Präsident den Krieg wirklich konsequent gedrosselt und die Friedensgespräche durch Konzessionen erleichtert hätte.

So hält die Geschichte nach Johnsons Verzicht für drei euphorische Tage den Atem an. Drei Tage lang besteht zumindest eine vage Möglichkeit, daß dieses Jahr 1968 nicht zu einem Hexenkessel wird, vielleicht sogar milder ausfällt als seine Vorgänger.

Doch in der Stadt Memphis am Mississippi, sangesfroher Hort der Countrymusik von Liebe und Leid, geschieht am vierten Tag eine Untat, die unkontrollierbare Kettenreaktionen bis nach Berlin und Paris in Gang setzt.

Ein Schuß aus dem Gewehr eines Heckenschützen traf King unter dem Kinn, riß ihm die Krawatte ab und schleuderte ihn rückwärts auf den Betonboden des Balkons. Blut quoll aus einer klaffenden Wunde in seinem Hals ... (Kings Mitarbeiter Jesse) Jackson rannte die Außentreppe hinauf und bettete Kings Kopf in seinen Schoß. Andrew Young fühlte nach dem Puls, Pastor Ralph Abernathy stand daneben und stöhnte "Martin, Martin ..." James Bevel fiel auf die Knie und betete - "Newsweek" über den Mord an Martin Luther King am 4. April 1968.

Er war eine Art Gandhi der schwarzen Bürgerrechtskampagne. Er und seine Protestmethoden des "zivilen Ungehorsams" inspirierten die Avantgarde der Studentenbewegung auch in Europa.

King hatte die öffentliche Rassendiskriminierung in den Südstaaten überwunden (und dafür, erst 35 Jahre alt, den Friedens-Nobelpreis 1964 erhalten). Er hatte für die entmündigten Schwarzen ein Bundesgesetz erkämpft, das ihr Wahlrecht absichern soll. Und mit einem Sarkasmus, der dem weißen Amerika weh tun mußte, hatte er sich gegen den Krieg in Vietnam gewandt: "Warum werden schwarze Boys 10.000 Meilen weit geschickt, um Freiheiten zu

verteidigen, die sie selber in Süd-Georgia und in Harlem nicht gefunden haben?"

Das ließ den Furien des Rassismus keine Ruhe. James Earl Ray, wenn er denn ein Einzelgänger war, handelte im stummen Auftrag aller King-Hasser, als er den schwarzen Pastor aus dem Hinterhalt erschöß.

Kings Kampf hatte auch das Bewußtsein von Millionen Schwarzen in den Großstadt-Gettos des Nordens geschärft. Glühende Wut über das eigene Elend hatte sich ausgebreitet. Radikale Sekten waren entstanden, die sich mit Umsturz- und Gewaltphantasien aus ihrer Ohnmacht hinausträumten. Schon von 1964 bis 1967 hatte es schwere Getto-Krawalle mit Dutzenden von Toten gegeben. Aber nun, auf die Nachricht vom Mord an King hin, brechen quer durch die Vereinigten Staaten in mehr als 100 Städten gleichzeitig Unruhen aus - die größten in der US-Geschichte. "Als das weiße Amerika Dr. King getötet hat", ruft der Black-Power-Protagonist Stokely Carmichael in Washington, "hat es uns den Krieg erklärt! Geht heim und holt eure Schießisen!"

In der Hauptstadt der freien Welt, zu über 70 Prozent von Schwarzen bewohnt, dringen jugendliche Banden aus dem weitläufigen Getto plündernd und brandstiftend bis zwei Blocks vors Weiße Haus vor, ehe sie eine Infanteristen-Schützenkette stoppt.

Behelmte Kampftruppen mit aufgepflanztem Bajonett bewachen Ministerien und Hotels rund ums Weiße Haus. Auf der großen Freitreppe des Kapitols ist ein Maschinengewehr-Trupp in Stellung gegangen.

Eine Kompanie Nationalgardisten in Kriegsausrüstung liegt auf dem manikürten Rasen der Präsidenten-Residenz in Bereitschaft. Über sie hinweg zieht der ranzig riechende Rauch von 70 Großfeuern, die auf der Hälfte des Stadtgebiets durch die Nacht brennen.

Als der Morgen graut, sieht Washington halb wie die belagerte Hauptstadt einer Bananenrepublik aus, halb wie Saigon in der Tet-Offensive. Es ist, als sei der Vietnamkrieg nach Hause gekommen. Allein in Chicago werden 12.500 Mann Armee und Nationalgarde aufgeboten, um den Aufruhr unter Kontrolle zu bekommen. Allein in Chicago gibt es elf Tote. "Gewalt", sagt der schwarze Radikale Rap Brown, "ist so amerikanisch wie Kirschpastete."

Bachmann: Ich ging über die Straße und bin auf ihn zugegangen und hab" gefragt, ob er Rudi Dutschke ist.

Richter: Wie stand er da?

Bachmann: Mit dem Fahrrad am Straßenrand. In Richtung Bahnhof Zoo.

Richter: Und das Fahrrad war wo?

Bachmann: Das Fahrrad war auf der Straße, und Dutschke stand auf dem Bürgersteig. Ich bin um Dutschke herumgegangen.

Richter: So, daß Sie auch auf dem Bürgersteig waren?

Bachmann: Ja.

Richter: Und Sie haben ihn gefragt?

Bachmann: Ob er Dutschke ist, und er sagte ja.

Richter: Sie kannten ihn?

Bachmann: Man kennt ihn von Bildern.

Richter: Und dann?

Bachmann: Dann sagte ich, du dreckiges Kommunistenschwein. Dutschke kam auf mich zu, und ich zog den Revolver und schoß den ersten Schuß - Aus der Gerichtsverhandlung gegen den Dutschke-Attentäter.

Sieben Tage nach dem Mord in Memphis wird der wichtigste Wortführer der antiautoritären deutschen Studenten, Rudi Dutschke, am Kurfürstendamm von drei Revolverkugeln in Kopf, Wange und Schulter lebensgefährlich verletzt; Gründonnerstag, der 11. April.

Attentäter ist der 23jährige Hilfsarbeiter Josef Bachmann, ein schwächlicher, ruheloser, unglücklicher Mensch, der bis zu seinem zwölften Jahr in Sachsen aufgewachsen ist und nach

dem Mauerbau 1961 ein fanatischer Antikommunist geworden ist. Auch liest er, neben "Bild", gläubig die "Deutsche Nationalzeitung", in der am 22. März groß die Aufforderung stand: "Stoppt Dutschke jetzt! Sonst gibt es Bürgerkrieg." Den letzten Anstoß zur Tat aber hat ihm der Anschlag auf Martin Luther King gegeben.

Rudi Dutschke faszinierte die Studenten auf nicht unähnliche Weise wie Pastor King seine Anhänger. "Es war die Überzeugtheit, die Sicherheit, das Engagement, das alle spürten ... und weniger das, was er inhaltlich sagte", erinnert sich Inga Buhmann, die Dutschke persönlich kannte. Sie war nicht von dieser "Suggestionskraft", sondern "von seinem freundlichen Wesen" im mitmenschlichen Umgang "sehr angetan".

Dutschkes "Weltrevolution" hatte viel gemeinsam mit der apokalyptischen Wiederkehr Christi, von der sich zumal die schwarze Kirche das Heil verspricht. Und wenn Dutschke von der befreiten und befriedeten Gesellschaft der Zukunft schwärmte, dann klang das um ein Haar wie Martin Luther Kings "I have a dream" - wie der Traum des Predigers von einer Welt, in der alle Menschen Brüder werden.

Die Parallelen gehen noch weiter, auch wenn die Reaktion auf Bachmanns Attentat nicht heranreichen kann an die wilde Verzweiflung, mit der die Schwarzen ihre Slums in Brand steckten. Dennoch ist der Aufruhr, der nun aus den universitären Gettos in Berlin und der Bundesrepublik hervorbricht, für deutsche Verhältnisse ein subversives Großereignis: Die heftigsten und verbreitetsten Straßenkämpfe seit der Weimarer Republik entbrennen.

Wir schrien unsere Wut heraus, viele von uns warfen zum ersten Mal bedenkenlos Steine - im Amerikahaus, an dem wir vorbeikamen, blieben nicht viele Scheiben heil. Wir alle fühlten uns getroffen, und unsere Empörung war grenzenlos. Als wir beim Springer-Hochhaus angekommen waren, war der Zorn nicht mehr zu bändigen. Die Steine flogen so bedrohlich durch die Gegend, daß ich auf die Seite flüchtete - Inga Buhmann in ihren Erinnerungen (Inga Buhmann: "Ich habe mir eine Geschichte geschrieben") ...

Es gab eine Bereitschaft zur Gewalt, die aus einer ungeheuren Wut kam. Wir waren jetzt auf Krieg aus, auf Bürgerkrieg. Wenn es nicht so gewesen wäre, hätten wir nicht mit den Autos anderer Leute Barrikaden gebaut, ohne uns um die Besitzer zu scheren. Hätten wir nicht wie selbstverständlich einen Bus umgekippt und in Brand gesteckt. Ja, vom Gefühl her erklärten wir den Krieg, und zwar vor allem den Medien, die durch ihre Diffamierungen und Verleumdungen Menschen töteten - Barbara Brick, 1968 SDS-Mitglied in München ...

Als die Polizeikette diesem ersten Ansturm standhielt, zog sich der Stoßkeil der Störer etwa 20 bis 30 Meter zurück, um sich erneut zu formieren. Unter lautstarkem Johlen mit rhythmischen Rufen erfolgte der zweite Ansturm. Gleichzeitig prasselte ein Steinhagel, zum Teil salvenmäßig auf Kommandorufe geworfen, gegen den Haupteingang und die verglaste Hauswand, wurde mit brennenden Fackeln und Fahnenstöcken auf die vor dem Haupteingang eingesetzten Beamten eingeschlagen, wurden Fackeln auf das Dach des Eingangsvorbaues und gegen die Fenster geworfen ...

Unter Aufbietung letzter physischer Kräfte und Schlagstockeinsatz gelang es, ein Eindringen der Störer in das Verlagsgebäude ... abzuwehren - Aus einem polizeiinternen Bericht über den Einsatz vor dem Berliner Springer-Hochhaus am 11. April.

Nicht nur bei den Studenten, auch bei den liberalen Intellektuellen herrscht Einmütigkeit: Springer-Blätter haben mitgeschossen, weil sie die jungen Linken unablässig als "Rabauken" und "rote SA" geschmäht und wahre Pogromaufrufe gegen Dutschke und seine Genossen losgelassen hatten: "Stoppt den Terror der Jung-Roten jetzt!" ("Bild"). "Störenfriede ausmerzen" ("Berliner Morgenpost").

"Zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres hat blutige Gewalt die Studenten getroffen", klagt eine Protesterklärung namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller. Sie konstatiert, daß "die gezielte Diffamierung einer Minderheit zur Gewalttätigkeit gegen sie aufreizen muß". Der

Verantwortliche, Axel Cäsar Springer, wird mehr denn je zur Inkarnation all dessen, was den "Störenfrieden" an den bundesdeutschen Zuständen zuwider ist, aber auch den Intellektuellen immer mehr Mißbehagen bereitet.

Springer, der Hamburger Gentleman, der seine geliebten "kleinen Leute" als Anti-Aufklärer in ihren urtümlichsten Vorurteilen bestärkt; sie mit Klatsch, Tratsch und Trivialität füttert; sie zu besinnungsarmen Konsum-Patrioten und Fußball-Chauvinisten macht. Springer, der Feind des Antisemitismus und große Freund Israels, der aber zuläßt, daß seine Blätter sich der Methoden des Antisemitismus bedienen, um die linken Studenten verächtlich zu machen und als "Juden des Antikommunismus" (SDS) dem Volkshaß preiszugeben.

Deshalb schreien die zornigen jungen Leute "Mörder Springer!" Deshalb scharen sie sich zusammen, wo Springer-Blätter gedruckt werden - in Hamburg, Hannover, Essen, Köln, Frankfurt, Eßlingen, München.

Sie wollen nicht nur protestieren. Sie wollen "Widerstand leisten" gegen den Pressekonzern, der ihnen mächtiger erscheinen muß als alle Politiker, wenn ein Helmut Schmidt erklärt, gegen Springer etwas zu unternehmen, sei "politischer Selbstmord".

Die Demonstranten umringen die Druckhäuser wie Amerikas Friedensbewegung das Pentagon. Durch Sitzblockaden, Menschenketten und Straßensperren wollen sie die Osterausgaben der Konzernblätter an der Quelle stoppen. Dabei soll auch "Gewalt gegen Sachen", sofern sie Springer gehören (Lieferautos zum Beispiel), erlaubt sein, um des Presselords Mitschuld an der Gewalt gegen Menschen zu vergelten.

In den Nächten nach dem Anschlag auf Dutschke machen die Teilnehmer an den "Osterunruhen" zwischen Rebellionsfieber und Gefängniszelle Erfahrungen, die behüteten Bürgerkindern sonst für immer fremd geblieben wären.

Und sie bekommen einen aufgerauhten Einführungskurs in die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik, den ihnen keine Staatsbürgerkunde und kein Otto-Suhr-Institut für Politik, kein Adorno und kein Marcuse hätten bieten können.

In Eßlingen am Neckar erleben sie, wie aufgebrachte Bürger Schäferhunde auf sie hetzen. Dann rücken, den Vertrieb von "Bild" zu sichern, zwölf Polizei-Hundertschaften mit 90 Hundeführern, Wasserwerfern und zwei Panzerautos gegen 700 Demonstranten vor.

In Hannover werden passive Sitzblockierer im Namen der Pressefreiheit erst mit den atemraubenden Strahlen der Wasserkanonen eingedeckt. Als die Demonstranten nicht weichen, prügeln Bereitschaftspolizisten auf die wehrlos Hockenden ein, nehmen sie fest und sperren sie für die Nacht ins Gefängnis. Aufgewühlt, naß und frierend hauen die Verhafteten unter gewaltigem Lärm auf die Heizungsrohre und singen die "Internationale".

In Frankfurt an der Galluswarte läßt die Polizeiführung gar eine Reiterstaffel gegen sitzende Demonstranten zur Attacke traben. Unter Hufeknallen, Funkenschlag und dem Gewieher der Gäule keilen die berittenen Ordnungshüter mit langen Latten wie die Kosaken auf ihre geduckten Mitbürger ein.

Wie viele Frauen an den Unruhestätten macht die Lehrerin Christine Repp in Hamburg die erschreckende und unbegreifliche Entdeckung, daß die Polizeibeamten eines Landes, das 1945 dem Anschein nach wieder in die gesittete Welt zurückgekehrt ist, mit Frauen besonders übel umspringen. Christine Repp sagt aus, sie sei, einer Ohnmacht nahe, von mehreren Beamten ins Präsidium geschleppt worden: "Dabei drehten die vorne gehenden Beamten meinen Körper in die entgegengesetzte Richtung, in die die hinten Tragenden drehten ... Ich spürte furchtbare Schmerzen und schrie ... Die vorderen Leute traten mir mit den Hacken, die hinteren mit den Spitzen in Unterleib und Magen."

I. D. saß in der Menschenkette hinter mir. Ich sah, wie I. von Bereitschaftspolizisten an den Haaren aus der Kette herausgezerrt wurde. Sie bekam Tritte und brüllte laut. Sie verlor einen Schuh und die Handtasche. Da sie noch nicht auf die Beine gekommen war, versuchte sie,

sich aufzurichten, indem sie sich an den Polizisten festhielt. Dies wurde offensichtlich als Widerstand aufgefaßt; mehrere Polizisten schleiften sie etwa 20 Meter weit mit. Sie war dann von Polizisten umringt, so daß ich sie nicht mehr sehen konnte. Dabei schrie sie plötzlich noch einmal laut auf - Aussage von Erika Hofmann, Mauerkircherstraße 10, bei der Münchner Apo-Rechtshilfe.

Als Demonstranten den Sprechchor "Gestern Dutschke, morgen wir" anstimmten, rief der Polizeihauptwachtmeister Franz M. seinen Kollegen zu: "Hoffentlich noch heute!" Bei den zirka zehn umstehenden Polizisten fand er große Zustimmung - Aussage von Peter Hamm, Redakteur beim Bayerischen Rundfunk.

Die Polizisten im Wagen ließen Bemerkungen fallen wie "Schlog'n sollt ma's, bis soacha (bis sie seichen)". Als einer der Verhafteten darauf sagte: "Am besten wäre es, wenn man uns gleich ins KZ brächte und vergasen würde", sagte einer der Polizisten: "Das sollte man tun mit euch" - Aussage von Diether Schürr, Schloßberg, bei der Münchner Apo-Rechtshilfe.

Die brodelnden Schwabinger Straßen um das Redaktions- und Druckhaus von "Bild-München" sind nur von der städtischen Beleuchtung und nervenden Blitzlichtern erhellt. Das Gedränge ohne klare Fronten wird zum frenetischen Blindkuhspiel, die adrenalinpumpende Erregung durchschlägt die Sicherungen.

Wurfgeschosse fliegen schemenhaft durchs Halbdunkel. Ein Photograph wird von einem Pflasterstein tödlich am Kopf verletzt. Einem jungen Demonstranten fliegt ein stumpfer Gegenstand aus einer von der Polizei beseitigten Straßensperre an die Schläfe und verletzt ihn so schwer, daß er Tage darauf stirbt. Keiner der Täter ist ermittelt worden.

Die Springer-Blätter kommen zum Teil mit großer Verspätung zum Verkauf. Aber sie erreichen ihre treuen Leser. Der Versuch, "durch passive Formen des Widerstandes die Auslieferungsprozedur zu verhindern", wie Rudi Dutschke es sich schon nach dem Tod Ohnesorgs gewünscht hat, ist gescheitert. Doch die Osterunruhen erschüttern die Republik - und die militante Minderheit wächst weiter.

Viele tausend junge Deutsche sind von der Polizei gründlicher radikalisiert worden als von ihren revolutionären Vorbildern, von Mao, Castro, Che Guevara. Zugleich aber müssen die Radikalisierten erkennen, wie schwach und isoliert sie trotz wachsender Zahl der Staatsmacht gegenüberstehen und wie unbeherrschbar passiver Widerstand in einem Großstadtviertel in todbringende Gewalt umkippen kann.

Schmerzhaft haben sie die haßerfüllte Abneigung zu spüren bekommen, mit der die Arbeiter- und Bauernsöhne bei der Polizei und die anderen "kleinen Leute" Springers ihnen, den privilegierten Studenten, begegnen.

Die junge Avantgarde, unverstanden von den Massen, mit denen sie die Welt verändern möchte, steht vor dem Problem, an dem ihr Ehrgeiz scheitern wird.

Es gibt sie zwar, die widerspruchsvolle Klassengesellschaft, mit der sich der Marxismus herumschlägt. Aber die Lohnabhängigen im Bonner Staat werden so angenehm ausgebeutet, daß ihre sozialistischen Brüder und Schwestern in der DDR sie darum beneiden. Vietnam und das Elend der Dritten Welt - 1968 ist auch das Jahr der Hungersnot in Biafra - sind weit weg. Und Notstandsgesetze, denen auch Sozialdemokraten zustimmen, schrecken die Leute nicht.

Denn der Grundkonsens der bundesdeutschen Mehrheit, verkörpert in der Großen Koalition, hat sich aus der antikommunistischen Volksgemeinschaft der Nazis heraus entwickelt und verabscheut nichts mehr als rote Unruhestifter. Auch Rudi Dutschke bekommt eine Fülle von Briefen, in denen seine Mitmenschen bedauern, daß ihn Bachmann bei seinem Attentat nicht getötet hat.

Seit Ostersonntag ist Dutschke nach schwierigen Operationen außer Lebensgefahr. Aber als er wieder bei Bewußtsein ist, zeigt sich erst, wie die Kugel in seinem Kopf gehaut hat. Seine Sehfähigkeit ist schwer gestört, Gedächtnis und Wortschatz fast vollständig verloren. In müh-

seliger Therapie muß er die Sprache neu erlernen. Gretchen Dutschke-Klotz, seine amerikanische Frau:

Am Anfang, in der ersten Woche im Krankenhaus, wußte er die meisten Dinge nicht zu benennen. Nur ein paar Worte waren da, aber ganz wenige. "Tasche" oder "Messer" oder so. Er wußte nicht mehr, was "Geld" bedeutet.

Die Franzosen schien das alles nichts anzugehen. Unter dem lebenden Monument Charles de Gaulle, seit 1958 an der Macht, hatte sich die stabilste politische Ordnung etabliert, die Frankreich in diesem Jahrhundert kannte. Die bitteren inneren Kämpfe um den Algerienkrieg waren vorbei, und niemand hatte offenbar Lust, sich darüber aufzuregen, was die Amerikaner in Vietnam mit dem Chaos anfangen, das sie, die Franzosen, dort zurückgelassen hatten.

Frankreich florierte - auch wenn die rapide Wirtschaftsexpansion starke Spannungen im konservativen gallischen Gesellschaftskörper erzeugte. Die Zahl der Studenten hatte sich innerhalb von zehn Jahren auf 514.000 verdreifacht. Sie überfüllten die muffigen alten und die kahlen neugebauten Hochschulen und rieben sich an den oft als "inhuman" empfundenen Bedingungen.

Trotzdem schienen diese jungen Leute unberührt von der Gärung, die ihre Generationsgenossen in Amerika, in Deutschland, auch in Italien erfaßt hatte - sieht man ab von den paar hundert politisch Passionierten, die nach dem Dutschke-Attentat zur deutschen Botschaft in Paris liefen, um ihren Unmut mit "Sieg Heil-Rufen" kundzutun. Ein Mitarbeiter von "Le Monde" glaubte noch am 15. März so viel Ruhe, ja "ennui" im Heimatland der Revolutionen zu verspüren, daß er seine Leser warnte: "Man hat es schon erlebt, daß Länder sich zu Tode gelangweilt haben."

Doch auf einmal explodierte dieses Frankreich wie ein gesprengtes Hochhaus, das noch Sekunden zuvor solide und verläßlich dagestanden hatte. Auf einmal schien das stabile Stilleben "Fünfte Republik" wie ein stürzendes Gemäuer in einer Staubwolke der Anarchie zu versinken. Denn die Franzosen, Studenten voran, vollbrachten aus dem Stand und zu ihrem eigenen Erstaunen ein neues Meisterwerk der Aufsässigkeit, von dem man in Berlin oder Berkeley nur träumen konnte: Sie entfesselten den größten Volksaufbruch, den es in einer kapitalistischen Demokratie jemals in Friedenszeiten gegeben hat.

Freitag, 3. Mai: Die rechtsradikale Studentengruppe "Occident" hat gedroht, sie werde den roten Wühler Daniel Cohn-Bendit am Schlafittchen zur Grenze schleifen und "der bolschewistischen Agitation in den Fakultäten mit allen Mitteln ein Ende bereiten". Als die linken Studiosi sich zu wehren gelobten, beging der amtierende Rektor der Pariser Sorbonne-Universität eine Leichtfertigkeit, zu der sich seine Vorgänger nicht einmal in den hitzigsten Auseinandersetzungen um Algerien hatten hinreißen lassen: Er rief die Polizei.

Eine reichlich bemessene Streitmacht zernierte (umzingelte) das ehrwürdige Gemäuer der Sorbonne im Quartier Latin und drang in den bislang sakrosankten Innenhof ein - voran die ungeliebte Bereitschaftspolizei zur Aufruhrbekämpfung, "Compagnies Republicaines de Securite" (CRS).

Schon dies (war) ein unerhörter Akt. Doch die CRS nahmen gleich auch noch 200 Anführer und Aktive linker Studentenbünde fest (darunter Daniel Cohn-Bendit), die sich in der Sorbonne zu einer Besprechung getroffen hatten, steckten sie in vergitterte Gefangenenwagen und karrten sie davon. Aufgescheuchte Studenten aber rannten schreiend neben den Häftlingstransportern her durch eine schmale Straße vor zum Boulevard Saint-Michel, brüllten in die Cafes hinein, aus denen die Gäste enragiert (wütend) ins Freie stürzten und zusammen mit den Draußensitzenden die freiheitsraubende CRS-Kolonie mit Limonadenflaschen, Aschenbechern und Mostrichtöpfen von den Tischen bewarfen.

Im Nu rotteten sich Scharen junger Leute in den Straßen und Gassen um die Sorbonne zusammen, erklangen Sprechchöre: "Gebt unsere Genossen frei! Raus aus der Sorbonne!" Es

gab erste Kampfkontakte mit der Polizei, die den Aufruhr im Keim zu ersticken versuchte - ihn aber dadurch nur schürte. Neue Chöre, dazu gedacht, die Sonderpolizisten bis aufs Blut zu reizen: "CRS-SS! CRS-SS!"

Die Lawine der Tumulte begann zu rollen, und es sah aus, als wollten die Franzosen, obwohl selber überrumpelt, der gebannt zuschauenden Umwelt vorführen, wie man die Revolution macht, mit der die anderen nicht zu Rande kamen. Und so sehr TV-Bilder von den brennenden Gettos in den USA und den Osterwirren in Deutschland die Franzosen auch angeregt haben mochten - Paris erwies sich von neuem als ein unvergleichlich aufruhrgeeignetes Pflaster:

130.000 Studenten lebten 1968 in Paris, zumeist auf dem linken Seine-Ufer, dazu Tausende Gymnasiasten aus den oberen Klassen, von denen viele nicht mehr zu halten waren, als das Getümmel begann. Dazu in Saint-Germain die dichteste Anhäufung von Malern, Theaterleuten, Literaten - von Leuten mithin, die von Berufs wegen mit der banalen Wirklichkeit im Widerstreit liegen, Rebellen gegen die Schranken der Normalität. Dazu die engen Straßen im Quartier Latin, die den Barrikadenbau begünstigen, und der Dschungel der Hinterhöfe mit seinen Schlupfwinkeln und Geheimpassagen.

Am wichtigsten aber war die Tradition der Barrikade, war die einzigartige Geschichte der Revolutionen und Erhebungen, die das französische Volk gemacht hat. Sie verband den selbstbewußten Teil dieses Volks, zumal in Paris, mit den intellektuellen Vorkämpfern gegen die Staatsautorität.

Und diese Tradition vor allem hat den Franzosen (nicht allen freilich, nicht den Gaullisten) ein Gefühl dafür verliehen, daß Aufstände nichts Schreckliches sind wie für die Deutschen, keine historischen Verzweiflungstaten, sondern heroische Volksfeste, kollektive Ekstasen, ein leidenschaftlicherotisches Auftrumpfen der Körper und Seelen: die Erregungen der Revolution als höchstes Erlebnis, Revolution als spektakuläre Selbstdarstellung.

Die Bewohner waren an ihren Fenstern und boten Nahrung und Milch an. Die Atmosphäre war phantastisch. Die Leute schichteten Pflastersteine zu Barrikaden auf, weil sie sich - viele von ihnen zum ersten Mal - ganz in eine gemeinsame, spontane Arbeit stürzen wollten. Die Leute ließen alle ihre verdrängten Gefühle frei und brachten sie in einem festlichen Geist zum Ausdruck. Tausende fühlten das Bedürfnis, miteinander zu kommunizieren, einander zu lieben - Daniel Cohn-Bendit.

Ich erinnere mich, wie ich nach einer euphorischen Nacht des Kampfes mit der Polizei, Autos brannten in den Straßen, bei einer Freundin im Quartier Latin schlief. Meine Klamotten standen nach Tränengas. Beim Aufwachen sah ich ein unbekanntes schnauzbärtiges Gesicht auf mich herunterschauen. Er bot mir Kaffee an, und wir liebten uns - Lily Metreaux, im Mai 68 Lyzeumsschülerin.

Im rigiden Ordnungsstaat de Gaulles hatten sich enorme anarchische Energien aufgestaut. Nun schäumten sie hervor wie bei einem Dammbruch und schossen, vom eigenen Elan berauscht, hinaus über das vordergründige Ziel des Aufstands, die Sorbonne von den CRS zu befreien und arretierte Kommilitonen aus den Gefängnissen zu holen. Die Eruption bäumte sich auf gegen jede Autorität und alle Regeln, die den Lebenshunger junger Menschen behindern.

"Scheiß auf Hierarchie, Autorität und auf diese Gesellschaft mit ihrer kalten rationalen elitären Logik!" So, erinnert sich die Soziologin Nelly Finkielstein, hätten sie und ihre Genossinnen damals gedacht.

"Scheiß auf all die kleinen Chefs und die Mandarine an der Spitze!" Wonach sie sich so heiß wie verschwommen sehnten, drückte der berühmteste Slogan des Pariser Mai aus: "Die Phantasie an die Macht!"

Der Mann an der Macht im Élysée-Palast war verstummt. Konsterniert ließ de Gaulle die Chaos stiftenden Ordnungskräfte gewähren. Sein Premier Georges Pompidou, in Asien unterwegs, eilte herbei und befahl für den 13. Mai den Rückzug der Polizei aus der Sorbonne und

dem Universitätsviertel. Er hoffte, der Aufstand werde, sich selbst überlassen, verpuffen. Doch im Siegesjubel ziehen die Rebellen in das geräumte Territorium ein, als seien sie Fidel Castros Guerillakämpfer, die ins befreite Havanna einmarschieren. Unter roten und schwarzen Fahnen besetzen sie die Sorbonne, die umliegenden Institute, das "Odeon-Theater". Das gewonnene Gebiet reicht bis zum Jardin du Luxembourg, der nach den Forderungen einiger Gruppen künftig im Dienst der sexuellen Befreiung stehen und als rund um die Uhr geöffneter Lustgarten fungieren soll. Studenten mit roten Armbinden regeln am Boulevard Saint-Michel den immer autoärmeren Verkehr.

Entgegen Pompidous Kalkül erscheint der Staat besiegt, zumindest besiegtbar. Und nun ergreift die Pariser Aufrührerstimmung, die der liberale Publizist Raymond Aron für ein "Delirium" hält, auch die Arbeiter in den Fabriken vor der Hauptstadt und bis tief in die Provinz hinein. Streiks und Besetzungen überall: Am 17. Mai enden Bahn- und Flugverkehr, am nächsten Tag ruhen Busse und Metros, dann die Privatautos, weil es kein Benzin mehr gibt.

Wie in einem seltsamen surrealen Film schließen die Postämter eines nach dem anderen, dann die Kaufhäuser, dann die Banken; verschwinden die Wettbüros hinter rasselnden Rolläden; legen sich die Schiffe auf der Seine still ans Ufer. Die Fernsehbilder verlöschen, das Schnatzen der Familienserien aus den offenen Fenstern hört auf.

Es gibt kaum noch Zeitungen, keine Kinovorstellungen, und Fußball spielen nur noch die Streikenden auf dem Gelände besetzter Betriebe. Um den 20. Mai ist die Republik in einem unerklärten Generalstreik für mehrere Tage zum Stillstand gekommen wie noch kein moderner Staat, der mitten im Frieden unter einem strahlenden Frühlingshimmel liegt.

"Die gesegnete Stille jener Tage!" erinnert sich der aus Holland stammende amerikanische Schriftsteller Hans Koning, der die Streikruhe in Paris erlebte. "Die Luft ohne Auspuffgase roch nach Frühling und Kastanienblüten wie seit den Tagen von Maupassant nicht mehr."

Diese "impulsiven, unvorbedachten Arbeitsniederlegungen", meint Koning, seien etwas ganz anderes gewesen als "traditionelle Streiks" - weshalb die meisten Gewerkschaftsführer sich nur widerwillig auf das Wagnis einlassen. Koning sieht den Volksausstand denn auch "motiviert von einer tiefen, aber nur vage begründeten Unzufriedenheit mit dem modernen Leben schlechthin".

Mag sein. Ganz gewiß aber wollen Frankreichs Werktätige dem Staatspräsidenten ihren starken Arm zeigen - welche überzeugendere Kraftprobe könnte es geben, als die ganze Nation knirschend zum Halt zu bringen? Sie wollen dem einsam herrschenden Charles de Gaulle demonstrieren, daß er sie nicht zu Untertanen machen kann. Die meisten erwarten, daß ihre gigantische Trotz- und Verweigerungsgeste den vor aller Welt blamierten Zuchtmeister der Franzosen zum Rücktritt veranlassen wird, getreu der oft gerufenen Forderung: "De Gaulle ins Museum!"

Eine Mehrheit der Linken hofft auch auf den Sturz der autoritären Fünften Republik. Aber wollen die Arbeiter, Arm in Arm mit den Studenten, im Ernst die Macht ergreifen, wie die reichgeschmückte Legende des Mai '68 behauptet? Brauchen sie nur zuzupacken, um dem Staatsapparat die Herrschaft zu entreißen? Sind sie wirklich entschlossen und liegt es in ihren Möglichkeiten, mit Arbeiterräten anstelle der Manager und Beamten die Leitung der Betriebe und Präfekturen zu übernehmen - oder ist das von vornherein utopisch?

Hinterher verbreiten enttäuschte Rebellen die Klage, die Revolution sei überhaupt nur an der Feigheit der Kommunistischen Partei gescheitert, die den Umsturz nicht wagen wollte. Doch dieser sonnenbeschiedene, ungebärdige, verrückte französische Mai '68 hat nichts vom Petrograder Oktober 1917, nichts vom Furor einer aus grimmiger Not geborenen Erhebung, nichts von einer wirklich revolutionären Situation. Denn in dem "befreiten" Universitätsviertel der Hauptstadt wie draußen im stillgelegten Land offenbart der Aufstand sich als ein Spiel mit dem Umsturz und seinen Symbolen; als Schau, Spektakel, Happening; als mitreißendes Revo-

lutionstheater - aber als Theater.

Die fröhlich sich verbrüdernden Menschen zwischen Sorbonne und Jardin du Luxembourg machen keine Anstalten, den Élysée-Palast zu stürmen wie einst die russischen Matrosen das Winterpalais. Sie verwechseln die Besetzung öffentlicher Gebäude mit dem Besitz realer Macht - wie die deutschen Studenten, die, vom Pariser Beispiel befeuert, Ende Mai das Rektorat der Frankfurter Goethe-Universität okkupieren und die Zigarren des Rektors rauchen.

ES IST VERBOTEN ZU VERBIETEN!

ERFINDET DAS LEBEN NEU!

JE MEHR ICH LIEBE MACHE, DESTO MEHR MACHE ICH DIE REVOLUTION!

DIE MENSCHHEIT WIRD ERST GLÜCKLICH, WENN DER LETZTE KAPITALIST AN DEN GEDÄRMEN DES LETZTEN BÜROKRATEN AUFGEHÄNGT IST!

Wie besessen malen Kunststudenten im Universitätsviertel täglich neue Plakate mit Sprüchen, die immer verwegener werden, je mehr die Aussichten der Revolte dahinschwinden. Marathondebatten bei Tag und Nacht: Eine Plethora (Fülle) von fast 400 "Aktionsausschüssen" kreist um die Sorbonne, außerstande, aus dem exaltierten Durcheinander irgendeine Handlungslinie zu entwickeln. Der Ausnahmezustand, der sich selbst genügt, verliert seinen Reiz. Das stagnierende Psychodrama zermürbt. Die Hochgefühle sinken in sich zusammen wie ein mißglücktes Souffle.

"Es konnte nicht dauern. Es war überraschend, daß es überhaupt so lange dauerte", meint Hans Koning im Rückblick. In der letzten Maiwoche haben die Franzosen allenthalben genug von der alternativen Radler- und Spaziergänger-Idylle, in die sie ihr Land verwandelt haben. Pfingsten steht bevor, das Wetter ist herrlich, und ungestüm erfaßt den gallischen Menschen das Verlangen, sich wieder in seine geliebte "bagnole" zu schwingen und die langentbehrte Familienkutsche von Stau zu Stau ins Grüne zu lenken (Jean-Luc Godards Autobarbaren-Film "Weekend" läuft just in diesem Jahr in den Kinos).

Anstelle der abstrakten Worte der Studenten wartet Premier Pompidou jetzt mit konkreten Konzessionen bei den Löhnen auf. Von ihrem General mit Donnerstimme gerufen, strömen nun die Gaullisten zu Hunderttausenden in feiner Schale und mit ihren juwelengeschmückten Frauen über die Champs-Élysées. Doch die Wende bringt der Treibstoff, der gerade rechtzeitig für den Pfingstausflug wieder fließt. Der Schriftsteller Jacques Sternberg in einem satirischen Abgesang auf die Revolte:

Wie die Füße wollüstig das verlorene Gaspedal wiederfanden, die Hände das teure Lenkrad und die Köpfe die Leere des Überlandfahrens - die Straße gehört wieder den Autos, der vornehmsten Errungenschaft des Kretins ... Unser General hat begriffen, daß die nationale Parole seit zehn Jahren lautet: "Ich denke, also fahre ich." Und er entführt unsere geheiligten Automobile den Barrikaden und gibt sie den Autobahnen zurück. Shell mit uns! ...<<

Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. März 2013 über die Forderung der Grünen nach einer Entkriminalisierung der Pädophilie: >>**Pädophilie: Distanzierungstango in der Pädofrage**

Von *Professor Dr. Franz Walter und Dr. Stephan Klecha*

Daniel Cohn-Bendit war nicht der einzige Grüne, der Sex mit Kindern phantastisch fand. Die Forderung nach einer Entkriminalisierung von Pädophilie fand 1980 sogar Eingang in das Grundsatzzprogramm der neuen Partei. Pädophilen-Aktivistinnen setzten aber nicht nur auf die Grünen, sondern auch auf die FDP. Mit Erfolg.

Wenn ein kleines Mädchen von fünf oder fünfeneinhalb Jahren beginnt, Sie auszuziehen. Dann ist das fantastisch. Das ist fantastisch, weil es ein Spiel ist, ein absolut erotisch-manisches Spiel." Mit diesem Satz in einer französischen Talkshow hatte Daniel Cohn-Bendit im Jahr 1982 sein Publikum provozieren wollen, um sich in das von ihm so geschätzte Licht des Tabubrechers zu setzen. Ganz gelang ihm das nicht.

Keiner der anderen Gäste in der Sendung reagierte erkennbar entrüstet, niemand wollte den pausbäckigen Lümmel in die Schranken weisen. Auch in der Presse las man hernach keine kritischen Kommentare. Ganz ähnlich hatte die Öffentlichkeit sieben Jahre zuvor auf die einschlägigen, mittlerweile berühmt-berüchtigt gewordenen Passagen in Cohn-Bendits "Le Grand Bazar" reagiert - gar nicht.

Warum auch? Unter Intellektuellen in Frankreich fielen Forderungen nach straflosem Sex mit Kindern und Heranwachsenden auf fruchtbaren Boden. Es war eine "andere Zeit", wie "Le Monde" Jahre später etwas verschämt schrieb. Auch diese reputierliche Zeitung übte in den siebziger Jahren reichlich Nachsicht gegenüber den Kreisen pädophiler Jünger, während die linksrepublikanische "Libération" dem Sex mit Kindern gar eine "echt soziale Mission" attestierte, wie die Historikerin Anne-Claude Ambroise-Rendu rückblickend festhielt.

Als im Januar 1977 drei Männer wegen Sexualdelikten gegen 13 und 14 Jahre alte Kinder auf ihren Prozeß warteten, solidarisierten sich mit ihnen etliche Intellektuelle, darunter Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, Louis Aragon, Catherine Millet, André Glucksmann, Jack Lang sowie Sarkozys späterer Außenminister Bernard Kouchner.

Das war seinerzeit eben "die Epoche", so pfllegt auch Cohn-Bendit seine damaligen Äußerungen zu exkulperen: "Die sexuelle Debatte wußte nichts vom sexuellen Mißbrauch." Der sexuelle Befreiungsimpetus segelte in den Jahren nach 1968 im Windschatten der Enttäuschung über die ausgebliebene politische Revolution. Also setzten die Propheten der Fundamentalveränderung auf die Selbstreform, auf Pädagogik, auf die Emanzipation der Individuen von den Zwängen einer überkommenen, klerikal und bigott durchsäuerten Klassengesellschaft. Das war der Jargon jener Zeit.

Wie immer in Momenten tiefer politischer Enttäuschungen richteten sich die Hoffnungen auf die noch nicht korrumpierte Gesinnung der Jugend, jetzt gar: der Kinder. Die pädophile Zuwendung avancierte zum Ferment einer Umwälzung des Alltags, des Zusammenlebens, der befreienden Liebe. So war es in Frankreich. So erlebte man es, ganz besonders, in den Niederlanden. Und so entwickelte sich auch ein Teil der deutschen "Neuen Linken".

"Darum weg mit dem Scheißsystem, auf zur sexuellen Revolution! Fang heute damit an. Die stillen Revolutionen sind oft die wirkungsvolleren." So lautete der Schlachtruf eines der führenden Polit-Pädophilen, Olaf Stüben, in der linksalternativen "taz" vom 16. November 1979. Schon im Januar 1977 war während eines Teach-in in der Universität Frankfurt vor Hunderten Zuhörern offen für Sex zwischen Erwachsenen und Kindern plädiert worden. Einige aus dieser Szene sollten bald ihren Marsch durch die Institutionen antreten - in der neuen Partei "Die Grünen", aber nicht nur darin.

Viel war zuletzt über pädophilenfreundliche Beschlüsse der nordrhein-westfälischen Grünen aus dem Jahr 1985 zu lesen. Doch die Forderung nach einer strafrechtlichen Freistellung von Pädophilie findet sich schon im ersten Grundsatzprogramm der Grünen aus dem Jahr 1980, eingebettet in den Abschnitt "Gegen die Diskriminierung von sexuellen Außenseitern".

Eine im Dezember 1979 verabschiedete "Gemeinsame Plattform der Schwulen und Lesben in der alternativen Wahlbewegung" war die Grundlage, auf der die Delegierten der Saarbrücker Bundesversammlung der Grünen im Frühjahr 1980 berieten. Heraus kam ein Beschluß, der nichts anderes verlangte als die Legalisierung von Pädophilie: Im Strafgesetzbuch (StGB) sollten die Paragraphen 174 und 176 so gefaßt werden, "daß nur Anwendung oder Androhung von Gewalt oder Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses bei sexuellen Handlungen unter Strafe zu stellen sind".

Was war damit gemeint? Beide Paragraphen stellten (und stellen) auf das Vorliegen einer sexuellen Handlung an Kindern beziehungsweise an Jugendlichen ab, unabhängig davon, ob Gewalt im Spiel ist. Sexuelle Handlungen an Kindern unter 14 Jahren insgesamt und an denjenigen Jugendlichen unter 16 Jahren, die dem Täter zur Erziehung, Ausbildung oder Betreu-

ung anvertraut worden sind, standen ausnahmslos unter Strafe.

Bei Bewertung der Strafbarkeit kam es wegen der strukturellen Abhängigkeit und Unterlegenheit des Kindes beziehungsweise des Jugendlichen somit nicht auf die Einwilligung des Schutzbefohlenen an. Die Abhängigkeit an sich begründete die Schutzbedürftigkeit. Nur im Fall von Erziehungs-, Ausbildungs-, Dienst-, Betreuungs- oder Arbeitsverhältnissen von Jugendlichen über 16 Jahren bedurfte es nach dem Willen des Gesetzgebers auch des Mißbrauchs der Abhängigkeit.

Den Grünen war diese besondere Schutzbedürftigkeit einerlei. Sie wollten angeblich einvernehmlichem Geschlechtsverkehr etwa von Betreuern, Lehrern oder Erziehern mit ihren schutzbefohlenen Minderjährigen oder von Erwachsenen mit Kindern kaum noch Grenzen setzen. Nur die Anwendung von Gewalt hätte bestraft werden sollen, während all jene Formen nicht länger unter das Strafrecht fallen sollten, in denen das Opfer "gewaltfrei" gefügig gemacht worden wäre.

Die im Strafgesetzbuch gezogenen Altersgrenzen stellen nämlich eine "absolute Grenze für den sexualbezogenen Umgang strafmündiger Personen mit Kindern" dar, wie es in einem Strafrechtskommentar heißt. Genau diese absolute Grenze wollten die Grünen zu Fall bringen und pädophile Handlungen gutheißen.

Der Beschluß der Saarbrücker Bundesversammlung des Jahres 1980 war vorab scheinbar unstrittig. Es gab weder Änderungsanträge noch Minderheitenvoten aus der Programmkommission. Erst während der Versammlung stand die Forderung nochmals zur Debatte. Der schleswig-holsteinische Biobauer Baldur Springmann verlangte, die bereits beschlossenen Positionen zur Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs und zur Pädophilie wieder aus dem Programm zu streichen.

Hinter den Kulissen begannen daraufhin Verhandlungen, die einen Kompromiß ermöglicht hätten, wonach die strafrechtliche Freigabe von Abtreibungen im Programm Bestand hat, die Forderung nach Aufhebung der die Pädophilie betreffenden Paragraphen 174 und 176 StGB gestrichen werden sollte.

Als der heutige Hamburger Theatermacher Cornelius "Corny" Littmann davon erfuhr, machten er und andere Repräsentanten der Schwulenbewegung "sehr schnell und energisch deutlich, ... daß für uns eine nachträgliche Streichung der Forderung nach Revision der §§ 174 und 176 auf keinen Fall in Frage kommt". So stellte es Littmann jedenfalls seinerzeit im Organ des Kommunistischen Bundes (KB) "Arbeiterkampf" dar.

Zusammen mit dem Rechtsanwalt Otto Schily, dem Vorsitzenden des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz Roland Vogt und anderen verfaßte Littmann eine Resolution, welche die Beschlußfassung im Grundsatzprogramm einrahmen sollte:

"Zu diesem Beschluß konnte leider auf dem Parteitag nicht gemeinsam diskutiert werden. Auch an der Parteibasis ist diese Frage bisher teilweise nicht oder nur wenig diskutiert worden. Dies ist weder im Sinne der Betroffenen noch der Antragsteller, noch der Partei insgesamt. Deshalb meinen wir, daß Abs. 521 folgendermaßen zu verstehen ist:

Er ist ein Auftrag an die Partei in allen Gliederungen, sich mit den Auswirkungen dieser Straftatbestände intensiv auseinanderzusetzen. Durch diesen Auftrag ist das Ergebnis dieser Diskussion natürlich nicht festgelegt. Es wird eine Kommission gebildet, die Hilfestellung bei der Diskussion gibt. Gerade im Hinblick auf die berechtigten Sorgen und Ängste, die sich mit diesem Themenbereich verbinden, halten wir es für notwendig, daß auf einem der nächsten Parteitage unter Beteiligung von Betroffenen und Fachleuten dieses Thema ausführlich behandelt wird."

Die Grünen signalisierten dadurch Offenheit, setzten den Beschluß als solchen aber in Kraft. Er blieb es bis zur Fusion mit Bündnis 90 im Jahr 1993.

In der Schwulenbewegung der siebziger Jahre galten die Vertreter pädophiler Positionen als

Sonderlinge. Doch das Selbstbild der Homosexuellen als verfolgter Minderheit brachte es mit sich, daß man sich gegenüber Minderheiten in den eigenen Reihen eher tolerant zeigte. Pädophile hielten zudem zögernden Mitstreitern vor, daß diese jene Argumentation reproduzierten, mit der man einst auch Homosexuelle stigmatisiert hatte.

Die Allianz zwischen den Schwuleninitiativen und den Pädophilenvereinigungen, die sich in den siebziger Jahren gebildet hatten, kulminierte auf einer Veranstaltung, die im Sommer des Jahres 1980 unter dem Titel "Homosexuelle zur Bundestagswahl - Parteien auf dem Prüfstand - Schwulen und Lesben befragen die Parteien" in der Bonner Beethovenhalle stattfand.

Über Monate hatten die unterschiedlichen Gruppen erbittert über Sinn, Inhalt und Form gerungen. Strittig war nicht nur die Beteiligung von Pädophilengruppen, sondern auch die Frage, ob auch Vertreter der "etablierten" Parteien eingeladen werden sollten. Vor allem antikapitalistische Gruppen waren mit dem Argument dagegen, das diesen eine Bühne für die Vereinnahmung oppositioneller Kräfte geboten werden könnte.

Die "realpolitischen" Fraktionen der Schwulen- und Pädophilenbewegung setzten sich zunächst durch. Denn ihre Hoffnungen richteten sich im damaligen Dreiparteiensystem besonders auf die FDP.

Von der CSU, der Partei des damaligen Unionskanzlerkandidaten Franz Josef Strauß, wurden die Freien Demokraten damals mit dem Vorwurf überzogen: "Für Kommunisten, Homosexuelle und Gewaltverbrecher - das wahre Gesicht der FDP". Immerhin gehörte Eberhard Zastrau, ein exponiertes Mitglied der FDP-Jugendorganisation "Deutsche Jungdemokraten" und in seinem Todesjahr 2012 in der Piratenpartei aktiv, zu den rühmlichsten Organisatoren des Treffens.

Die Veranstaltung, zu der gut tausend Personen anreisten, verlief kurz und denkbar turbulent. Die berüchtigte Nürnberger Kinderkommune und die Berliner Oranienkommune schmetterten lautstark Parolen für eine gemeinsame Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern, lärmten mit Trillerpfeifen und warfen Stinkbomben, ehe sie das Saalmikrofon usurpierten. In der Historiographie der Schwulen- und Pädophilenbewegung gilt das Bonner Beethoven-Spektakel seither als "Desaster" und als "traumatische Erfahrung".

Jedenfalls urteilte so der Realo-Flügel, die sogenannten "Kontis" (kontinuierlich Arbeitende), die über die Institutionen des Parlamentarismus Einfluß zugunsten ihrer Forderungen zu nehmen versuchten. Gut drei Dutzend Personen zogen sich an diesem 12. Juli 1980 mit den anwesenden Vertretern von CDU, SPD, Grünen und FDP auf der Flucht vor den aggressiven Stadtindianern in einen Nebenraum zurück und setzten die Diskussion in kleinem Kreis fort. Erwartungsgemäß sahen Christ- und Sozialdemokraten keinen Grund, das Sexualstrafrecht zugunsten von Pädophilen zu ändern.

Auch Corny Littmann, der für die Grünen sprach, mußte ein wenig kleinlaut zugeben, daß in seiner Partei noch Diskussionsbedarf bestehe und man ohne Versprechungen in den Wahlkampf ziehen werde. Die Grünen waren also, wie es in den Berichten von Teilnehmern aus der Schwulen- und Pädophilenszene hieß, hinter "dem Stand" der "epochemachenden FDP-Erklärung" geblieben, die sich für die ersatzlose Streichung des damaligen Paragraphen 175 StGB (Verbot sexueller Handlungen zwischen Personen männlichen Geschlechts) einsetzte und deren damaliger Generalsekretär Günter Verheugen persönlich auch eine Revision der Paragraphen 174 und 176 für möglich hielt.

Auf die FDP setzten damals auch die Aktivisten der "Deutschen Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie" (DSAP), eines Zusammenschlusses jener Kader, die sich nach dem Vorbild niederländischer Avantgardisten wie des sozialdemokratischen Abgeordneten Edward Brongersma als politische Speerspitze der Pädosexualität verstanden. Nicht zufällig war die DSAP auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Jungdemokraten im März 1980 geladen.

Freudig hielt man anschließend fest, daß die Delegierten dort ebenfalls eine Streichung der

Paragrafen 174 und 176 gefordert hätten. Ein Beschluß der FDP selbst wurde daraus nie. Kausal keineswegs zwingend, aber doch interessant ist, daß Dagmar Döring, damals Studentin an der FU Berlin und eine der wenigen Frauen in dem Führungsgremium der DSAP, viele Jahre später ihre politische Heimat in der FDP fand. In diesem Jahr bewarb sie sich für die FDP um das Direktmandat des Wahlkreises Wiesbaden für den Deutschen Bundestag. Am Samstag vor der Veröffentlichung dieses Beitrags trat die vormalige Sprecherin des hessischen Justizministers Hahn von ihrer Kandidatur zurück.

Ein weitgefaßtes Liberalismusverständnis und eine besondere Akzeptanz von Minderheiten fanden sich in den frühen achtziger Jahren also nicht allein unter den Grünen. Doch auf deren Parteitag sprach man sich in Resolutionen dafür aus, Strafvorschriften zu Fall zu bringen, die "Zärtlichkeiten zwischen Jüngeren und Älteren kriminalisierten".

Konkrete Forderungen, Pädophilie aus dem Sexualstrafrecht auszunehmen, fanden sich in den Landtagswahlprogrammen von Rheinland-Pfalz, Bremen, Hamburg oder Berlin, jedoch nicht in den Bundestagswahlprogrammen. Freilich wurde im Blick auf die Bundestagswahl 1980 "jede gesellschaftliche Benachteiligung oder strafrechtliche Sonderbehandlung aufgrund des Sexualverhaltens" abgelehnt. In Verbindung mit dem Grundsatzprogramm sowie den begleitenden Resolutionen stimmte die strikte Ablehnung von Sonderstrafrechtsregelungen im Wahlprogramm durchaus mit den Interessen der Pädophilieaktivisten überein.

Bald nach der Bundestagswahl 1980 erlahmte die Debatte über die Reform des Sexualstrafrechts. Der im Grundsatzprogramm reklamierte Diskurs blieb aus, im Wahlauf Ruf zur Bundestagswahl 1983 spielt das Thema sexuelle Orientierung keine Rolle mehr.

Angesichts der apokalyptischen Grundierung des Programms, das die thermonukleare Vernichtung der Menschheit sowie die ökologischen Herausforderungen in düstersten Farben malte, betonten die Grünen immerhin noch ihre Verbundenheit mit Initiativen, die sich "gegen sexuelle Unterdrückung" einsetzten, und jenen, die "gegen die Diskriminierung abweichender Minderheiten" engagiert seien. Vieles blieb darin vage und ließ einen weiten Interpretationsspielraum zu.

Nach dem Einzug in den Bundestag im Herbst 1983 entstanden im Umfeld der Fraktion Bundesarbeitsgemeinschaften, die die Anbindung an Bewegungen und Parteibasis sicherstellen sollten. Eine dieser Arbeitsgemeinschaften hieß "Schwule, Päderasten und Transsexuelle", kurz SchwuP. In dieser agierten in führender Funktion selbst einschlägig vorbestrafte Sexualstraftäter wie Dieter F. Ullmann, auch er ein Vorstandmitglied der DSAP.

Neben SchwuP und ihren Auslegern in einzelnen Ländern entpuppten sich auch einige Arbeitsgemeinschaften für Kinder- und Jugendpolitik als Einfallstor für pädophile Positionen. Nachdem die Stadtindianer-Kommune aus Nürnberg 1980 vehement für ihre Forderungen geworben hatte, zu denen neben der Abschaffung der Schulpflicht eben auch eine Streichung der genannten Strafrechtsparagrafen gehörte, verzichteten die Grünen in ihrem Grundsatzprogramm auf einen Abschnitt über Kinder- und Jugendpolitik.

Diese Leerstelle wurde ebenso wenig zeitnah geschlossen, wie die zum Sexualstrafrecht geplante Debatte stattfand. Auf Druck der Stadtindianer sah sich die Bundespartei 1983 immerhin veranlaßt, einen Kongreß zu veranstalten und im Bundestagswahlkampf ein Faltblatt "Zur Kinder- und Jugendfrage" herauszubringen. Auch darin wurde von "verbreiteter Sexualfeindlichkeit" gesprochen, die es Kindern verweigere, "Sexualität zu praktizieren".

Man konstatierte, ganz im Sinn der Beschlüsse aus den Vorjahren, daß "Gesetze in diesem Bereich ... nicht dem Schutz der Kinder (dienen), sondern der Unterdrückung und Diskriminierung der Sexualität". Mit diesen Formulierungen im Rücken war es für die Pädophilieaktivisten jener Zeit problemlos möglich, bei den Grünen ein Forum zu finden, in dem sie für eine Freigabe von Pädophilie werben konnten und zumindest als Minderheit akzeptiert wurden.

Eine Sinnesänderung setzte erst ein, als die Beschlüsse des nordrhein-westfälischen Landes-

verbands vor der Landtagswahl 1985 erkennen ließen, welche fatale Wirkung die Offenheit zugunsten aller möglichen Minderheiten besitzen konnte und wie sehr der "Kindersex-Skandal" die Grünen von der Mehrheitsgesellschaft isolierte.

Diese Debatten, Veränderungen in der schwulenpolitischen Agenda, auf der Aids eine wachsende Rolle spielte, und eine Auseinandersetzung in der Bundestagsfraktion über die Reform des Sexualstrafrechts wirkten nun nach. Während die Bundestagsfraktion den später abgeschafften Paragraphen 175 StGB kritisierte, weil dieser durch eine Differenzierung zwischen homo- und heterosexuellen Handlungen mit Jugendlichen über 14 Jahren Homosexuelle benachteiligte, bedrängten die SchwuP-Aktivist*innen die Fraktion ohne Erfolg, das gesamte Sexualstrafrecht in Frage zu stellen.

Im Zuge dieser Entwicklungen gingen Nachsicht und Toleranz gegenüber pädophilen Bestrebungen zurück. Der 1985 in den Bundestag nachgerückte Herbert Rusche, der als erster Bundestagsabgeordneter seine Homosexualität öffentlich machte, sagte gegenüber einer Schwulenzeitschrift, daß die pädophilen Forderungen der AG SchwuP keine Basis in der Mitgliedschaft der Grünen hätten. Auch mahnte er: "Vielleicht wäre es gut für manchen Schwulen oder Päderasten, sich das anzuhören, welche Schwierigkeiten die Frauen damit haben. So ganz lassen sich die Vorwürfe auch nicht von der Hand weisen."

In der Tat hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt bei den Grünen, auch unter deren homosexuellen Aktivist*innen, die Positionen durchgesetzt, die die Feministin Alice Schwarzer und der politisch weit links stehende Sexualwissenschaftler Günter Amendt schon 1980 in der Zeitschrift "Emma" eingenommen hatten.

Beide kritisierten - nicht zuletzt auch gegen einige der in der Szene gerne bemühten Fachleute aus der Sexualwissenschaft und Sozialpädagogik, die mit einer Fülle von vermeintlich wissenschaftlichen Expertisen dem Sexualverkehr zwischen Erwachsenen und Kindern höhere Weihen verleihen wollten - die pädophile Ignoranz der Machtunterschiede zwischen Erwachsenen und Kindern.

Schwarzer und Amendt bestritten überdies, daß es bei der Pädophilie primär um Kinderbedürfnisse gehe, sondern wiesen auf die zwanghaften Fixierungen von Erwachsenen auf Minderjährige hin. In der Folge verloren die Pädophiliezirkel im alternativen Milieu kontinuierlich an Unterstützung. Auch die linkspolitische Schwulenbewegung gab ihre ursprüngliche Solidarität mit den anderen Opfern in den "Kriminalisierungsunternehmen der staatlichen Repression" auf.

Auch die bei den Grünen zahlreich vertretenen Schwulen legten zunehmend Wert darauf, nicht mit Pädophilie in Verbindung gebracht zu werden. Schon 1984 äußerte der baden-württembergische Landesarbeitskreis Schwule "starken Widerwillen" gegen eine strafrechtliche Freigabe von Pädophilie. Aus dem Südwesten wurden schließlich Vorschläge unterbreitet, die Schwulenpolitik bei den Grünen anders zu organisieren, was 1987 auch geschah.

Die Grünen trennten sich von der AG SchwuP und riefen eine neue "Bundesarbeitsgemeinschaft Schwulenpolitik" ins Leben. Der Pädophilievorkämpfer Ullmann erkannte die Niederlage seiner Gruppe und warf der Alternativ- und Ökobewegung wütend "15 Jahre Distanzierungstango" in der "Pädofrage" vor - was ein wenig übertrieben schien, aber das politische Scheitern dieser Richtung auch und gerade innerhalb der Grünen Partei treffend beschrieb.

Auch im Programm zur Bundestagswahl des Jahres 1987 gingen die Grünen vorsichtig auf Distanz zur Pädophilie, wohingegen man weiterhin der Aufhebung von Diskriminierungs- und Unterdrückungsmechanismen verpflichtet bleibe und - als impliziter Hinweis auf die damalige Aids-Debatte - keinesfalls wolle, daß "Minderheiten zu Sündenböcken gestempelt" würden.

Die Grünen strebten daher eine Reform des Sexualstrafrechts an, "die die sexuelle Selbstbestimmung fördert, statt sie zu verhindern". Der so verengte Fokus zeigte an, daß man nicht mehr auf alle Randgruppen Bezug nehmen wollte, die sich irgendwie bei den Grünen hätten

verorten können. Eine weitere Liberalisierung des Sexualstrafrechts, zu wessen Gunsten auch immer, erschien jedoch nicht gänzlich ausgeschlossen.

Das las sich im Bundestagswahlprogramm 1990 deutlich anders. Wie schon im vorherigen Programm galt die sexuelle Orientierung als ein Element der Diskriminierung, das seine Wirkung auch auf die Hauptwidersprüche der Gesellschaft habe: "Weder die Verteilung der Arbeit noch die Bündelung von Verantwortlichkeiten oder Reichtum dürfen auf der Grundlage von Geschlecht, privatem Status oder sexueller Orientierung zustande kommen." Die rechtliche und faktische Gleichstellung Homosexueller mit Heterosexuellen wurde als eine Ausdrucksform der gewünschten multikulturellen Gesellschaft angesehen, weswegen die Abschaffung des Paragraphen 175 StGB unerlässlich sei.

Ansonsten wurde hinsichtlich des Sexualstrafrechts aber ein anderer Akzent gesetzt. Die Grünen rückten die Paragraphen 177 bis 179 StGB in den Fokus, um Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe zu stellen oder Frauen und Kinder besser gegen (sexuell) gewalttätige Männer zu schützen. Im Kern ging es also - abgesehen von der Streichung des Paragraphen 175 - nicht um eine Liberalisierung, sondern um eine Verschärfung des Sexualstrafrechts. Zugleich wurde ein öffentlicher Diskurs über "Pornographie und Sexualität" verlangt. In diesem Zusammenhang kam auch die Existenz "von sexuellen Phantasien, Bedürfnissen und Praktiken, die Unterdrückung, Erniedrigung und Gewalt beinhalten", zur Sprache. Diese wurde aber zurückgewiesen, sofern es sich um einen Ausdruck "sexuell geformter Männergewalt" handele.

Bemerkenswert war zudem, daß das Verbot von pornographischem Material, welches Gewalttätigkeiten oder den sexuellen Mißbrauch von Kindern zeigt (Paragraph 183 III StGB), ausdrücklich gutgeheißen und allein die schwache Durchsetzung in Bezug auf die Darstellung von Folter weiblicher Personen bemängelt wurde.

Zehn Jahre nach dem ersten Grundsatzprogramm hatte sich die Sichtweise der feministischen Strömungen bei den Grünen in Diktion und Wahl der Schwerpunkte so niedergeschlagen, daß keinerlei Unterstützung von Pädophilie mehr zum Ausdruck gebracht werden konnte. Schon im Frühjahr 1989 hatte sich der Bundeshauptausschuß der Grünen offiziell auch von solchen Positionen distanziert. Diese Linie findet sich seither - wenn auch nicht ganz so scharf feministisch geprägt - in allen Wahlprogrammen von Bündnis 90/Die Grünen wieder.

1998 bekannten sich die Grünen dazu, ein Umfeld schaffen zu wollen, in dem Kinder "keine Angst vor sexualisierter Gewalt und Mißbrauch durch Vertrauenspersonen haben müssen". Durch die Forderung, bei "rückfallgefährdeten schweren Gewalt- und SexualverbrecherInnen" auch künftig auf die Sicherungsverwahrung zurückzugreifen, stellte sich die Partei sogar diametral gegen eine Forderung aus dem Wahlprogramm von 1980, das solche Sonderformen des Strafrechts ausdrücklich abgelehnt hatte.

Vielmehr erkannten die Grünen das zwischenzeitlich erheblich veränderte Sexualstrafrecht in Bezug auf die dort getroffenen Altersgrenzen vollständig an. Mit der Wendung aus dem 2002 verabschiedeten Grundsatzprogramm, wonach "sexualisierte Gewalt ... eine der offensivsten Verletzungen der Menschenwürde" darstelle, haben Bündnis 90/Die Grünen schließlich mit ihrer Vergangenheit unwiderruflich gebrochen.

Professor Dr. Franz Walter leitet das Göttinger Institut für Demokratieforschung. Dr. Stephan Klecha ist dort wissenschaftlicher Mitarbeiter. Eine Arbeitsgruppe des Instituts erforscht seit zwei Monaten auf Bitte von Bündnis 90/Die Grünen "Umfang, Kontext und Auswirkungen pädophiler Forderungen in den Milieus der Neuen Sozialen Bewegung sowie der Grünen".<<

21. Was förderte den Niedergang des Christentums in der Bundesrepublik Deutschland?

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 1. September 1969: >>Gotteslästerung nicht mehr strafbar ... Bei der ersten Etappe der Strafrechtsreform wird die Gotteslästerung (§ 166) abge-

schafft. Bislang wurde dieses Delikt mit Gefängnis bestraft - bis zu 3 Jahren.

Im neu gefaßten Paragraphen heißt es nur noch: Straftat ist das Beschimpfen des Inhalts eines religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Art, die den öffentlichen Frieden stört. ...<<

>>**Homosexualität straffrei** ... Änderung von § 175: Liebe zwischen Männern ab 21 ist straffrei ...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 - 1994 berichtete im Oktober 1994 über das Buch "Grün war die Hoffnung. Geschichte und Kritik der grünen Bewegung" des deutschen Autors Lothar Gassmann (x853/...): >>**Zwischen Marx und New Age**

Seit Monaten wird in Deutschland in zahlreichen Medien so getan, als ob - überspitzt ausgedrückt - ein zweiter Hitler bevorstünde, obwohl rechtsextreme Umtriebe (Gott sei Dank) stark abgenommen haben. Aber jede einzelne Tat ist schlimm. Gewalt ist jedoch zu brandmarken, ob sie nun von rechts oder links kommt. Das Problem in Deutschland ist freilich die Einäugigkeit. Rechte Gewalt wird (zu Recht) als furchtbar betrachtet, für linke gibt es dagegen (zu Unrecht) vielfach Verständnis, wenn von ihr überhaupt die Rede ist.

Eine linksradikale Gefahr aber wird in vielen Medien erst gar nicht gesehen. Doch sind die Grünen auf linker Seite mit ihrer Forderung nach totaler Freigabe der Abtreibung (und damit der Tötung von Kindern), nach Legalisierung selbst von Marihuana und ihrem Engagement gegen ein Schutzalter in Sachen sexuellen Mißbrauchs als Ersatz für den § 175 (Homosexualität) tatsächlich weniger radikal als die Republikaner auf rechter? Sind sie von der demokratischen "Mitte" ideologisch weniger weit entfernt als die Repts?

Der Autor des Buches weiß, wovon er spricht, wenn er die Grünen entsprechend sieht und kritisiert. Lothar Gassmann, Jahrgang 1958, hat selbst lange in Umweltschutzverbänden mitgearbeitet und die Grünen gewählt. Von den siebziger Jahren bis heute gibt es zahlreiche Flugblätter und Artikel zu ökologischen Themen aus seiner Feder. Jetzt legt der junge Doktor der Theologie ein ausführliches Standardwerk zur Bewegung der Grünen vor.

Er kommt zu dem Schluß: Die ideologischen Grundlagen dieser Partei sind Neomarxismus und neuheidnische Naturmystik, und beides ist mit christlichem Gedankengut unvereinbar. Auch wenn man die Grünen nicht über einen Kamm scheren darf - es gibt unter ihnen auch engagierte Christen -, auch wenn man das Engagement für die Umwelt nur begrüßen kann (und hier haben nicht wenige Christen einen Nachholbedarf), so sind doch wesentliche ethische und ideologische Positionen der Partei der Grünen für Christen inakzeptabel.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 15. Januar 2000 (x887/...): >>**Streit und Hader um Gott**

Abgeordnete wollen den religiösen Bezug aus der Präambel streichen

Die kürzlich vom bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber gemachte Äußerung, in Deutschland lebende Ausländer müßten die abendländische Kultur als "Leitkultur" akzeptieren, ist eine zwar von tiefer christlicher Verbundenheit zeugende, aber dennoch leicht mißverständliche Aussage. Aber immerhin war es der Versuch, sich auf eine eigene kulturell-religiöse Wertewelt zu beziehen.

Und dies in einer Zeit, in der Bundestagsabgeordnete, vor allem aus der Ecke der SPD und der Bündnisgrünen, fordern, den Anfang der Präambel des Grundgesetzes "im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ..." zu streichen. "Der Gottesbezug sollte nicht in einer Verfassung stehen, die für alle Bürger geschrieben wurde", meint der SPD-Abgeordnete Eckardt Bartel. Auch der grüne Bundestagsabgeordnete und von türkischen Eltern abstammende Cem Özdemir ist der Ansicht, daß eine "Konstitutionalisierung des Christengottes" zu Abgrenzung und Intoleranz führe. ...

Deutschland steht angesichts der Überflutung vor allem türkischer, arabischer und anderer mehr oder weniger Asyl suchenden Völkerschaft vor einem immer größer werdenden und

schier unlösbares Problem. Die Kriminalität steigt, unseliger islamischer Fundamentalismus, der nicht mit allem Arabischen zu verwechseln ist, nimmt kontinuierlich zu. ...<<

In dem erbitterten Kulturkampf, der spätestens seit Bildung der 68er Bewegung geführt wurde, sollte die bisherige Bindekraft der christlichen Religion durch kommunistisch-atheistische Gesellschaftsideologien ersetzt werden. Infolge der Streichung des Gotteslästerungsparagrafen 166 Strafgesetzbuch wurden z.B. ab September 1969 Gotteslästerung und blasphemische Angriffe auf das Christentum nicht mehr strafrechtlich geahndet, um die christlichen Konfessionen zu schützen und um den Charakter eines christlich geprägten Staatswesens zu bewahren.

Die evangelische und die katholische Kirche unterwarfen sich erstaunlicherweise fast widerstandslos der totalitären Gender-Ideologie und gehören gegenwärtig vielerorts sogar zu den fanatischsten Verteidigern der von den selbsternannten Gutmenschen eingeleiteten religiösen Destabilisierungsmaßnahmen.

Der unübersehbare Glaubensverfall unterstützt den dramatischen Niedergang der christlichen Werteordnungen, der "guten Sitten" sowie der jahrhundertealten "moralischen Werte" des Naturrechts und verherrlicht schließlich den Atheismus, gemeingefährliche Sekten und die Herrschaft von größenwahnsinnigen Öko-Hysterikern und falschen Klimapropheten (Öko-Inquisition).

Die Verleugnung des christlichen Erbes sowie Anfeindungen und die Zurückdrängung von christlichen Werten durch die linksliberale, atheistisch-materialistische Gender-Ideologie fördern in Deutschland zwangsläufig die Ausbreitung von radikalen Sekten und totalitären atheistischen Organisationen.

22. Wieso zählte Helmut Kohl zu den gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlangern der Neuen Weltordnung?

Bundeskanzler Helmut Schmidt wurde am 1. Oktober 1982 durch ein konstruktives Mißtrauensvotum des deutschen Bundestages gestürzt.

Die FDP schloß danach eine Koalition mit der CDU/CSU. Helmut Kohl (CDU) wurde neuer Bundeskanzler.

Die "BILD-Zeitung" berichtete damals: >>Eine neue Ära: Kohl wird Kanzler

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ist am 1. Oktober in Bonn ein konstruktives Mißtrauensvotum erfolgreich: Der Bundestag stürzt damit Bundeskanzler Helmut Schmidt und beendet dadurch nach 13 Jahren die SPD/FDP Herrschaft. ...

Der 1930 in Ludwigshafen geborene Pfälzer spricht in seiner Regierungserklärung erstmals von einer geistig-politischen Wende, die es zu erreichen gelte. ...<<

Helmut Kohl (1930-2017, deutscher CDU-Politiker, 1969-1976 Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz, 1976-2002 Mitglied des Bundestages, 1973-1998 Bundesvorsitzender der CDU, 1982-1998 Bundeskanzler, setzte sich 1989/90 für die zügige Verwirklichung der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands ein: lehnte eigenmächtig die angebotene Rückgabe Ostdeutschlands ab und akzeptierte die französische Forderung, die deutsche DM-Währung abzuschaffen, erhielt 1996 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith, 1999/2000 Mittelpunkt einer Finanz- und Parteispendenaffäre, im Februar 2001 wurde ein Ermittlungsverfahren wegen "geringer Schuld" gegen Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 300.000 DM eingestellt).

Helmut Kohl förderte während seiner Kanzlerschaft (ab 1982) frühzeitig die Bildung eines EU-Einheitsstaates und damit die Abschaffung des deutschen Nationalstaates. Am 19. Juni 1983 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der zehn EG-Mitgliedstaaten, eine Europäische Union zu gründen. In Maastricht schloß man am 11. Dezember 1991 einen Vertrag über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausbau zur Europäischen Union mit einer

einheitlichen stabilen Währung. Für Bundeskanzler Helmut Kohl war der Maastricht-Vertrag angeblich eine Entscheidung über Krieg oder Frieden im nächsten Jahrhundert.

Der Maastrichter Vertrag trat am 1. November 1993 in Kraft. Dieses völkerrechtlich bindende Abkommen leitete die bisher weitreichendste Reform der Europäischen Union ein. Danach begann allmählich die Übertragung von deutschen Souveränitätsrechten an die Europäische Union (EU) nach Brüssel. Die staatlichen Kompetenzen der Nationalstaaten wurden systematisch reduziert, um die Nationalstaaten abzuschaffen und die Europäische Union in einen zentralistischen Bundesstaat nach dem Vorbild der ehemaligen UdSSR umzuwandeln. Großbritannien widersetzte sich damals energisch den EU-Plänen, einen föderalen europäischen Bundesstaat zu errichten.

Bundeskanzler Kohl lehnte während der sogenannten "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" im Jahre 1990 eigenmächtig die angebotene Rückgabe Ostdeutschlands ab. Da der französische Ministerpräsident Mitterrand für seine Zustimmung zur Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands die Einführung des Euros und die Einbindung Deutschlands in einen europäischen Währungsverbund verlangte, opferte Bundeskanzler Helmut Kohl angeblich zur Wahrung nationaler Interessen im Jahre 1990 wesentliche Teile der mühsam erreichten deutschen Teil-Souveränität.

Bundeskanzler Kohl und der französische Ministerpräsident Mitterrand bildeten später den sogenannten "deutsch-französischen Motor" innerhalb der EU und setzten die Einführung einer gemeinsamen Währung durch, die schließlich 1991 im Maastricht-Vertrag beschlossen wurde. Der Europäische Rat bestätigte am 15./16. Dezember 1995 in Madrid die Einführung der einheitlichen Währung "Euro" zum 1. Januar 1999. Der Euro konnte bis 2002 nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr genutzt werden. Die auf nationale Währung lautenden Scheine und Münzen blieben bis 2002 im Umlauf.

Im Verlauf der Privatisierung von mitteldeutschen Staatsunternehmen verdichteten sich seit 1999 die Hinweise, daß Bundeskanzler Kohl u.a. dem Investorenkonsortium von Elf-Aquitaine und Thyssen unzulässig hohe Subventionen gewährt hätte. "Die Zeit" erklärte damals zum Beispiel, es seien über die Liechtensteiner Firma Noblepac beim Verkauf der mitteldeutschen Leuna-Raffinerie an den französischen Ölkonzern "Elf-Aquitaine" rund 75 Millionen Mark an "deutsche Parteien" geflossen. Der französische Ministerpräsident Mitterrand soll demnach persönlich angeordnet haben, der CDU über den Ölkonzern Elf Aquitaine Geld zukommen zu lassen - die Rede war von 30 Millionen Mark CDU-Wahlkampfhilfe "für Europa".

Bundeskanzler Kohl, der damals auch CDU-Parteichef war, verfügte jahrelang über diverse "Schwarze Kassen", um in allen CDU-Landesverbänden "unbürokratisch" zu helfen.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Januar 2000: >>**Eine Europa-Verbindung in ganz neuem Licht**

Selbst Francois Mitterands Widerstand gegen die deutsche Vereinigung konnte seine Freundschaft zu Helmut Kohl nicht trüben. Die beiden Politiker, die 14 beziehungsweise 16 Jahre an der Spitze ihres jeweiligen Landes standen, verband eine enge Beziehung. Ging die Freundschaft so weit, daß der damalige französische Staatspräsident Kohl 1994 seine Wiederwahl zum Kanzler sichern wollte? Entsprechende Berichte der ARD und France 2 machen in Frankreich Schlagzeilen. Offiziell allerdings heißt es in Paris:

Kein Kommentar.

Den beiden Fernsehanstalten zufolge soll Mitterrand persönlich angeordnet haben, der CDU über den Ölkonzern Elf Aquitaine Geld zukommen zu lassen - die Rede ist von 30 Millionen Mark. Ein Vertrauter des 1996 gestorbenen ehemaligen Präsidenten wird mit den Worten zitiert, es habe sich dabei ausdrücklich um CDU-Wahlkampfhilfe gehandelt, "für Europa".

Tatsächlich zogen Kohl und Mitterrand vor allem, wenn es um europäische Fragen ging, an

einem Strang. Sie bildeten den sogenannten "deutsch-französischen Motor" innerhalb der EU und lancierten die Einführung einer gemeinsamen Währung, die schließlich 1991 im Maastricht-Vertrag beschlossen wurde. ...

Aus Pariser Justizkreisen verlautete, bislang gebe es keinerlei Hinweise auf verdeckte Wahlkampfhilfe für die CDU via Elf-Aquitaine. Der frühere staatliche Ölkonzern ist in diverse Korruptionsskandale verwickelt; es wurden bereits mehrere Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die beiden für das Elf-Dossier zuständigen Untersuchungsrichterinnen Eva Joly und Laurence Vichnievsky beschäftigen sich seit 1997 auch mit dem Leuna-Geschäft - in diesem Zusammenhang soll das Geld an die CDU weitergeleitet worden sein. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. Mai 2014 über den deutschen CDU-Politiker Helmut Kohl, von 1982-1998 Bundeskanzler: >>... Dem "großen Europäer" Helmut Kohl hielt Frederick Forsyth 1997 vor, er habe in einer Rede vor Studenten erklärt, den Deutschen sei nicht zu trauen, weshalb die "europäischen Freunde" sie fesseln und wirtschaftlich anbinden sollten, damit sie sich nie wieder losreißen und einen europäischen Krieg anzetteln könnten. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. Oktober 2016: >>**Deutschland läßt sich aussaugen**

Schlimmer als Versailles: Was in der Nachkriegszeit noch Zwang war, geschieht heute freiwillig - wir sind Goldesel und Zahlmeister für andere

... Die D-Mark aufzugeben und die deutsche Bundesbank zu entmachten bezeichnet Bandulet als "größten Fehler der deutschen Nachkriegsgeschichte". ...<<

23. Weshalb brach die DDR nach 40 Jahren tatsächlich zusammen?

Michail Gorbatschow, Generalsekretär der KPdSU, wurde am 1. Oktober 1988 zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet gewählt. Gorbatschow, der als Reformler galt, wußte damals längst, daß er die zunehmenden Versorgungsengepässe in der Sowjetunion ohne westliche Hilfe nicht lösen konnte.

Die sowjetische Regierung beschloß am 27. Juli 1989, daß die 3 baltischen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen ab 1990 wirtschaftliche Autonomie erhalten sollten.

Am 11. September 1989 ließ die ungarische Regierung die Grenzen nach Österreich öffnen. Danach flohen innerhalb von 3 Tagen rund 15.000 DDR-Bürger nach Österreich bzw. in die Bundesrepublik (x175/820).

In Leipzig wurde am 2. Oktober 1989 die bisher größte Demonstration (rd. 20.000 Teilnehmer) durch Volkspolizisten gewaltsam beendet.

Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow (*1931-, sowjetischer Politiker, von 1985-1991 Generalsekretär der KPdSU, Oktober 1988 bis März 1990 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets, März 1990 bis Dezember 1991 1. Präsident der UdSSR; Friedensnobelpreis 1990, Hochgradfreimaurer des 33. Grades. Leitete innen- und außenpolitische Reformen - Glasnost und Perestroika - ein, setzte den Verzicht auf den Führungsanspruch der KPdSU durch; mußte später wegen seiner zögerlichen Reformpolitik zurücktreten) forderte die SED-Führung am 6. Oktober 1989 anlässlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung indirekt auf, Reformen einzuleiten - "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben".

In Leipzig duldet die SED-Regierung am 9. Oktober 1989 erstmals eine Demonstration von 50.000-70.000 Teilnehmern - "Wir sind das Volk - keine Gewalt ...".

Am 18. Oktober 1989 trat Staats- und Parteichef Erich Honecker zurück und wurde durch Egon Krenz abgelöst.

Über 1.000.000 Ost-Berliner demonstrierten am 4. November 1989 für Freiheit und Demokratie (x175/820). Es war die größte freie Demonstration, die jemals in der DDR stattfand.

Bürgerrechtler forderten am 26. November 1989, die Eigenständigkeit der DDR zu verteidigen (x303/171): >>... Gewaltfrei durch Massendemonstrationen hat das Volk den Prozeß der revolutionären Erneuerung erzwungen. ...

Entweder können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen und versuchen, ... in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des Einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind.

Oder: Wir müssen dulden, daß ... über kurz oder lang die DDR durch die Bundesrepublik vereinnahmt wird.

Laßt uns den ersten Weg gehen!<<

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 27. November 1989 über ein Gespräch mit dem SPD-Politiker Oskar Lafontaine.

Im Verlauf dieser Unterredung lehnte es Lafontaine ab, deutsche Spätaussiedler aus Rußland, Rumänien, den deutschen Ostgebieten und der DDR aufzunehmen (x268/186): >>Ist es richtig, daß wir allen Bürgern aus der DDR, allen Bürgern Polens, die deutscher Abstammung sind, oder den anderen, die in der Sowjetunion, Rumänien oder anderen Staaten Osteuropas leben - daß wir all denen den Zugriff auf die sozialen Systeme der Bundesrepublik einräumen: Kindergeld, Kranken- und Arbeitslosengeld, Renten? ...<<

Am 22. Dezember 1989 wurde in Ostberlin das Brandenburger Tor geöffnet.

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über den Zusammenbruch der DDR und die friedliche deutsche Wiedervereinigung im Jahre 1990 (x283/246-248): >>... Als der wachsende Schuldenberg die Aussicht auf den Staatsbankrott für 1991 erkennen ließ, bot der Devisenbeschaffer Schalck-Golodkowski am 6. November 1989 der Bundesregierung an, für eine weitere Zusage von 12 bis 13 Milliarden D-Mark die Berliner Mauer zu öffnen. Dies wurde verweigert. Drei Tage später fiel die Mauer ohne einen weiteren Heller Bruderhilfe. ...

Die wachsende Verschuldung der DDR führt zu der Frage, ob das System ohne die wiederholten Kredite vom Klassenfeind nicht schon vorher zusammengebrochen wäre.

Umgekehrt wüßte man gern, was den Arbeiter- und Bauernstaat hätte retten können. Da ist guter Rat teuer. ... Jede Reform hätte das System weiter unterhöhlt. Je mehr Freiheiten gewährt worden wären, desto mehr wären gefordert worden. Was immer das Regime tat, war falsch, weil es selbst falsch war, so falsch wie die Wahlergebnisse, auf die es sich stützte. Als dann Gorbatschow Glasnost und Perestroika ausrief und der gesamte sozialistische Ostblock ins Wanken geriet, entfiel auch die Existenzgrundlage für den SED-Staat.

Unklar bis zuletzt blieb, ob das Regime kampfflos abtreten würde. ... Höhepunkt der Spannung war die Montagsdemonstration um die Leipziger Nikolaikirche am 9. Oktober 1989. 8.000 Soldaten der Nationalen Volksarmee hatten die Altstadt umstellt. Für die Krankenhäuser waren Sonderschichten angeordnet, die Blutkonserven aufgestockt, die Kühlräume der Schlachthäuser für die erwarteten Leichen freigeräumt. Das "Neue Deutschland" hatte das Vorgehen der chinesischen Ordnungskräfte gegen die Konterrevolutionäre auf dem Platz des Himmlischen Friedens mit seinen Aberhunderten von Toten beifällig kommentiert. War in Leipzig nicht ein Gleiches zu erwarten?

... Das Blutbad an der Nikolaikirche unterblieb. Was hätte es auch genützt? Den Bruch mit Bonn und eine Verzögerung des Endes mit sinnlosen Opfern! Deren gab es doch wahrlich schon genug. Moskau hatte den Herren vom Staatsrat die militärische Unterstützung entzogen. Tief enttäuscht waren sie nun klug genug, es nicht zum Äußersten kommen zu lassen. Sie gaben zwar nicht freiwillig, aber kampfflos auf, was auch gewaltsam nicht auf Dauer zu halten gewesen wäre. Durch das, was damals nicht geschah, war Leipzig eine Sternstunde. ...<<

24. Warum ist die DDR bis zum heutigen Tag kein Bestandteil der BRD?

Am 22. Juli 1990 beschloß die Volkskammer das Ländereinführungsgesetz, das am 14. Oktober 1990 in Kraft trat. Dadurch entstanden die fünf Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen.

Die Bezirkstage und Räte der Bezirke wurden bereits ab August 1990 aufgelöst und in die neuen Landesbehörden integriert. Die Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg bildeten im Wesentlichen das Land Mecklenburg-Vorpommern. Aus den Bezirken Potsdam, Frankfurt und Cottbus wurde das Land Brandenburg, die Bezirke Magdeburg und Halle gingen im Land Sachsen-Anhalt auf. Die Bezirke Erfurt, Gera und Suhl wurden zum Freistaat Thüringen und aus den Bezirken Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt (seit 1990 wieder Bezirk Chemnitz) wurde der Freistaat Sachsen gebildet.

Einige Kreise und Gemeinden wechselten in den folgenden Jahren in andere Bundesländer. Die neuen Landesgrenzen waren weder mit den alten Bezirksgrenzen noch mit den Landesgrenzen von 1952 identisch.

Vertreter der deutschen Regierungen unterzeichneten am 31. August 1990 in Ost-Berlin den Einigungsvertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands (x101/284-285,298):

>>Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Deutschen Demokratischen Republik
über die Herstellung der Einheit Deutschlands
vom 31. August 1990

Einigungsvertrag

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik -

ENTSCHLOSSEN, die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit als gleichberechtigtes Glied der Völkergemeinschaft in freier Selbstbestimmung zu vollenden,

AUSGEHEND VON DEM WUNSCH der Menschen in beiden Teilen Deutschlands, gemeinsam in Frieden und Freiheit in einem rechtsstaatlich geordneten; demokratischen und sozialen Bundesstaat zu leben,

IN DANKBAREM RESPEKT vor denen, die auf friedliche Weise der Freiheit zum Durchbruch verholfen haben, die an der Aufgabe der Herstellung der Einheit Deutschlands unbeirrt festgehalten haben und sie vollenden,

IM BEWUSSTSEIN der Kontinuität deutscher Geschichte und eingedenk der sich aus unserer Vergangenheit ergebenden besonderen Verantwortung für eine demokratische Entwicklung in Deutschland, die der Achtung der Menschenrechte und dem Frieden verpflichtet bleibt,

IN DEM BESTREBEN, durch die deutsche Einheit einen Beitrag zur Einigung Europas und zum Aufbau einer europäischen Friedensordnung zu leisten, in der Grenzen nicht mehr trennen und die allen europäischen Völkern ein vertrauensvolles Zusammenleben gewährleistet,

IN DEM BEWUSSTSEIN, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa in ihren Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden ist -

SIND ÜBEREINGEKOMMEN, einen Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands

mit den nachfolgenden Bestimmungen zu schließen:

Kapitel I Wirkung des Beitritts

Artikel 1 Länder

(1) Mit dem Wirksamwerden des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 werden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Länder der Bundesrepublik Deutschland. Für die Bildung und die Grenzen dieser Länder untereinander sind die Bestimmungen des Verfassungsgesetzes zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik vom 22. Juli 1990 - Ländereinführungsgesetz - (GBl. I Nr. 51 S. 955) gemäß Anlage II maßgebend.

(2) Die 23 Bezirke von Berlin bilden das Land Berlin.

Artikel 2 Hauptstadt, Tag der Deutschen Einheit

(1) Hauptstadt Deutschlands ist Berlin. Die Frage des Sitzes von Parlament und Regierung wird nach der Herstellung der Einheit Deutschlands entschieden.

(2) Der 3. Oktober ist als Tag der Deutschen Einheit gesetzlicher Feiertag.

Kapitel II Grundgesetz

Artikel 3 Inkrafttreten des Grundgesetzes

Mit dem Wirksamwerden des Beitritts tritt das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1481), in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie in dem Teil des Landes Berlin, in dem es bisher nicht galt, mit den sich aus Artikel 4 ergebenden Änderungen in Kraft, soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist.

Artikel 4 Beitrittsbedingte Änderungen des Grundgesetzes

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wird wie folgt geändert:

1. Die Präambel wird wie folgt gefaßt:

"Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen; hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.

Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk."

2. Artikel 23 wird aufgehoben.

3. Artikel 51 Abs. 2 des Grundgesetzes wird wie folgt gefaßt:

"(2) Jedes Land hat mindestens drei Stimmen, Länder mit mehr als zwei Millionen Einwohnern haben vier, Länder mit mehr als sechs Millionen Einwohnern fünf, Länder mit mehr als

sieben Millionen Einwohnern sechs Stimmen."

4. Der bisherige Wortlaut des Artikels 135 a wird Absatz 1. Nach Absatz 1 wird folgender Absatz angefügt:

"(2) Absatz 1 findet entsprechende Anwendung auf Verbindlichkeiten der Deutschen Demokratischen Republik oder ihrer Rechtsträger sowie auf Verbindlichkeiten des Bundes oder anderer Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, die mit dem Übergang von Vermögenswerten der Deutschen Demokratischen Republik auf Bund, Länder und Gemeinden im Zusammenhang stehen, und auf Verbindlichkeiten, die auf Maßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik oder ihrer Rechtsträger beruhen."

5. In das Grundgesetz wird folgender neuer Artikel 143 eingefügt:

"Artikel 143. (1) Recht in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrags genannten Gebiet kann längstens bis zum 31. Dezember 1992 von Bestimmungen dieses Grundgesetzes abweichen, soweit und solange infolge der unterschiedlichen Verhältnisse die völlige Anpassung an die grundgesetzliche Ordnung noch nicht erreicht werden kann. Abweichungen dürfen nicht gegen Artikel 19 Abs. 2 verstoßen und müssen mit den in Artikel 79 Abs. 3 genannten Grundsätzen vereinbar sein.

(2) Abweichungen von den Abschnitten II, VIII, VIII a, IX, X und XI sind längstens bis zum 31. Dezember 1995 zulässig.

(3) Unabhängig von Absatz 1 und 2 haben Artikel 41 des Einigungsvertrags und Regelungen zu seiner Durchführung auch insoweit Bestand, als sie vorsehen, daß Eingriffe in das Eigentum auf dem in Artikel 3 dieses Vertrags genannten Gebiet nicht mehr rückgängig gemacht werden."

6. Artikel 146 wird wie folgt gefaßt:

"Artikel 146

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist:"

Artikel 5

Künftige Verfassungsänderungen

Die Regierungen der beiden Vertragsparteien empfehlen den gesetzgebenden Körperschaften des vereinten Deutschlands, sich innerhalb von zwei Jahren mit den im Zusammenhang mit der deutschen Einigung aufgeworfenen Fragen zur Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes zu befassen, insbesondere

- in bezug auf das Verhältnis zwischen Bund und Ländern entsprechend dem Gemeinsamen Beschluß der Ministerpräsidenten vom 5. Juli 1990,
- in bezug auf die Möglichkeit einer Neugliederung für den Raum Berlin/Brandenburg abweichend von den Vorschriften des Artikels 29 des Grundgesetzes durch Vereinbarung der beteiligten Länder;
- mit den Überlegungen zur Aufnahme von Staatszielbestimmungen in das Grundgesetz sowie
- mit der Frage der Anwendung des Artikels 146 des Grundgesetzes und in deren Rahmen einer Volksabstimmung.

...

Artikel 45

Inkrafttreten des Vertrags

(1) Dieser Vertrag einschließlich des anliegenden Protokolls und der Anlagen I bis III tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik einander mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Der Vertrag bleibt nach Wirksamwerden des Beitritts als Bundesrecht geltendes Recht.

GESCHEHEN zu Berlin am 31. August 1990 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Dr. Wolfgang Schäuble

Für die Deutsche Demokratische Republik
Dr. Günther Krause<<

Der Einigungsvertrag vom 31. August 1990 trat gemäß Bekanntmachung vom 29. September 1990 (GBl. I S. 1988) am 29. September 1990 in Kraft.

Am 3. Oktober 1990 trat die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutschland bei. Gemäß Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 31.08.1990 wurden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 3. Oktober 1990 Länder der Bundesrepublik Deutschland (obgleich die neuen Länder der Deutschen Demokratischen Republik erst am 14. Oktober 1990 gebildet wurden!!!). Der 3. Oktober ist seither ein gesetzlicher Feiertag ("Tag der deutschen Einheit"). Infolge des Inkrafttretens des Staatsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gehörten die fünf neuen Bundesländer seit dem 3. Oktober 1990 zur EG.

Mit Wirkung vom 14. Oktober 1990 wurden gemäß Ländereinführungsgesetz vom 22.07.1990 in der ehemaligen DDR folgende Länder gebildet: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen.

Da die "neuen Länder" erst am 14. Oktober 1990 gebildet wurden, konnten sie am 3. Oktober 1990 nicht gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland beitreten, denn die "neuen Länder" existierten am 3. Oktober 1990 noch nicht und den Artikel 23 des Grundgesetzes gab es am 3. Oktober 1990 nicht mehr.

Aufgrund der Aufhebung des Artikels 23 des Grundgesetzes war der Einigungsvertrag zwischen der "Bundesrepublik Deutschland" und der "DDR" vom 6. September 1990 staatsrechtlich rechtswidrig, da damals nicht alle Teile Deutschlands (wie z.B. Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße) dem Grundgesetz beitraten.

Gemäß Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 heißt es im Artikel 53 - Verträge im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts - ius cogens (x1.036): >>Ein Vertrag ist nichtig, wenn er im Zeitpunkt seines Abschlusses im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts steht. Im Sinne dieses Übereinkommens ist eine zwingende Norm des allgemeinen Völkerrechts eine Norm, die von der internationalen Staatengemeinschaft in ihrer Gesamtheit angenommen und anerkannt wird als eine Norm, von der nicht abgewichen werden darf und die nur durch eine spätere Norm des allgemeinen Völkerrechts derselben Rechtsnatur geändert werden kann.<<

Der Einigungsvertrag zwischen der "Bundesrepublik Deutschland" und der "DDR" war gemäß Artikel 53 des Wiener Übereinkommens völkerrechtswidrig und damit ungültig, deshalb ist die ehemalige DDR bis zum heutigen Tag kein Bestandteil der BRD.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/80): >>**Besatzung im Kleingedruckten**

_ von Marc Dassen

Die Bundesrepublik entstand 1949 als Protektorat der westlichen Siegermächte, ist aber nach gängiger Meinung spätestens mit der Wiedervereinigung vollständig souverän geworden. Dennoch gelten bis heute allierte Vorbehaltsklauseln.

Grundgesetz ohne Geltungsbereich

Zum 29. September 1990 wurde per Bundestagsbeschluß der Artikel 23 des Grundgesetzes gestrichen. Er hatte bis dahin dessen Geltungsbereich beschrieben, der sich auf die "alten" Bundesländer erstreckte, und weiter festgehalten: "In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen." Doch seltsam: Anstatt die neuen Bundesländer in Artikel 23 mit aufzunehmen, entfiel der entsprechende Passus an jenem 29. September 1990. Mit anderen Worten:

Als am 3. Oktober 1990 die Bundesländer der ehemaligen DDR mit denen des Westens wiedervereinigt wurden, war der Geltungsbereich des Grundgesetzes also schon seit einigen Tagen erloschen. Die Gebiete Mitteldeutschlands konnten der BRD nicht beitreten, wenn der Passus, der dies leisten sollte, nicht mehr existierte.

Kann eine Verfassung ohne Bestimmung des Geltungsbereichs überhaupt irgendwo Gültigkeit haben? Zum Vergleich: In den Bundesverfassungen der Schweiz (Artikel 1) und Österreichs (Artikel 2) ist der jeweilige Geltungsbereich - die Namen der Kantone beziehungsweise Bundesländer - an prominenter Stelle festgeschrieben.

Eine Beschreibung der wahren Verhältnisse nach Kriegsende gab Carlo Schmid als Vertreter der SPD am 8. September 1948 im Parlamentarischen Rat: "Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen. Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten."

Es wird deutlich, daß das Grundgesetz eben keine Verfassung, sondern lediglich ein Provisorium für die Besatzungszeit darstellte. Da dieses Gesetzeswerk aber bis heute gilt, bleiben Zweifel, ob diese Besatzungszeit wirklich zu Ende ist. Dafür spricht, daß alliierte Vorbehaltsklauseln, die etwa in Geheimverträgen zum Überleitungsvertrag 1954/55 und in Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut von 1959 und 1998 festgeschrieben wurden, ihre Gültigkeit nicht verloren haben.

... Einen Friedensvertrag, der das ausschließen könnte, gibt es bekanntlich nicht. Mit ihrer Behauptung, seit 1990 sei alles gut, widerspricht Zypriens jedenfalls dem Juristen Gregor Gysi, der im Zuge der NSA-Affäre Anfang August 2013 feststellte: "Also ich muss ihnen mal ganz ernsthaft sagen, daß das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wir haben nicht das Jahr 1945. Wir haben das Jahr 2013. Könnte man das nicht mal aufheben und die Besatzung Deutschlands beenden?" Es sind Aussagen wie diese, die das Mißtrauen wacher Bürger wecken und dringend einer Klärung bedürfen.

_ Marc Dassen ist COMPACT-Redakteur.<<

25. Wer verursachte die Völkerrechtswidrigkeit und damit Nichtigkeit des sogenannten "Zwei-plus-Vier-Vertrages" vom 12. September 1990?

Am 12. September 1990 wurde in Moskau das Abschlußdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der beteiligten Länder unterzeichnet.

Bundeskanzler Kohl erklärte am selben Tag in der Sitzung des Bundeskabinetts zur Unterzeichnung des Vertrages in Moskau vom 12. September 1990 (x101/307): >>... Fertiggestellt ist auch der durch die Währungsumstellung in der DDR zum 1. Juli dieses Jahres erforderliche Vertrag über einige überleitende Maßnahmen.

Sein Schwerpunkt ist die finanzielle Regelung für die sowjetischen Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen DDR. Es geht dabei um

- Aufenthaltskosten, die die sowjetische Seite grundsätzlich selbst trägt, zu denen wir aber beisteuern;
- Rücktransportkosten;

- Wiedereingliederungskosten, wobei ein Wohnungsbauprogramm in der Sowjetunion und Umschulungsmaßnahmen im Vordergrund stehen.

Unser Gesamtaufwand wird sich auf zirka 12 Milliarden DM in 4 Jahren belaufen. ...<<

In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag von 1990 wurde das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der vertriebenen Ostdeutschen kurzerhand komplett ausgeblendet. Der "Verzicht" auf Teile des fortbestehenden Deutschen Reiches - Ostdeutschland bzw. deutsche Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße - war gemäß Artikel 25 Grundgesetz völkerrechtswidrig und deshalb ungültig und nichtig.

Artikel 25 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautet wie folgt (x890/...):
>>Artikel 25

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.<<

Der Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutete letzten Endes den Verlust von 114.648 Quadratkilometern bzw. 24,4 % des deutschen Staatsgebietes in den Grenzen von 1937. Dieser Verzicht verstieß eindeutig gegen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts.

Bei der Vertreibung von etwa 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas, wobei mindestens 2 Millionen ihr Leben verloren, handelte es sich zweifelsfrei um Verbrechen gegen die Menschlichkeit, deshalb bedeutete die Anerkennung dieser gewaltsam festgesetzten Grenzen indirekt die Billigung von völkerrechtswidrigen Vertreibungen, legalisierte kollektive Schuldzuweisungen sowie kollektive Bestrafungen und befürwortete Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Hans Werner Bracht (1927-2005, deutscher Jurist und Prof. für öffentliches Recht) schrieb später über die völkerrechtlichen Konsequenzen des sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrages" vom 12. September 1990 (x800/...): >>... 1. Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht identisch mit dem Deutschen Reich und daher auch nicht identisch mit dem Deutschland von heute.

Das Deutsche Reich besteht vielmehr bis auf den heutigen Tag fort. Und zwar aus folgenden Rechtsgründen:

2. Es gibt kein festes Datum, ab dem das Deutsche Reich untergegangen wäre. Daher besteht das Deutsche Reich bis auf den heutigen Tag fort. Das hat auch noch zur Folge, daß auch das Gesetz des Alliierten Kontrollrates Nr. 46 aus dem Jahre 1947, daß das Land Preußen auflösen sollte und wollte, von Rechts wegen nicht besteht.

Denn es widerspricht dem allgemeinen Völkerrecht eindeutig, da eine Besatzungsmacht nach Kriegsvölkerrecht nicht berechtigt ist, das Gebiet des besetzten Landes willkürlich zu verändern. Nach Artikel 25 des Grundgesetzes geht das Völkerrecht dem deutschen Recht im Range vor, weshalb alles, was dagegen verstößt, in Deutschland rechtswidrig ist.

Das ergibt sich völkerrechtlich aus dem im Völkerrecht für den Krieg allein geltenden Gesetz des Internationalen Kriegsrechts, der sog. Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907. Sie gilt noch heute für jede Besatzungsmacht in jedem fremden Land, das infolge eines Krieges besetzt wurde (Artikel 22). Mithin ist davon auszugehen, daß das Deutsche Reich und auch Preußen noch vollständig weiterbestehen und nicht etwa gar völkerrechtlich zulässig von den Okkupationsmächten Polen, Rußland (Nord-Ostpreußen), Litauen (Memelkreise) annektiert worden sind.

3. Nach allgemeinem Völkerrecht könnte das Deutsche Reich und auch Preußen am 8. Mai 1945 erloschen sein, sofern eine sogenannte debellatio vorliegen würde. Das ist nach allgemeinem Völkerrecht dann der Fall, wenn eine politische Macht durch eine andere militärische Macht den Staat "Deutsches Reich" und auch "Preußen" vollkommen besiegt hätte.

Das aber war nicht der Fall, wie sich völkerrechtlich eindeutig aus der "Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Gewalt des Staates durch

die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik vom 5. Juni 1945 (sog. Berliner Erklärung)" ergibt.

Dort erklärten die Sieger das Fortbestehen Deutschlands in den Grenzen vom 31. Dezember 1937. Daher betrachten sie Deutschland als politische Einheit in diesem Rahmen und wollten so über Deutschland verhandeln. Das bedeutet, daß *debellatio* Deutschlands nicht vorliegt und daß schon aus diesem Rechtsrahmen und Rechtsgrund das Deutsche Reich und Preußen staats- und völkerrechtlich in vollem Umfang fortbestehen.

4. Diese Rechtsgrundlage wurde vom deutschen Staatsrecht bestätigt, indem das Bundesverfassungsgericht am 31. Juli 1973 nach deutschem Verfassungsrecht festlegte, daß das Deutsche Reich fortbesteht und daß das bis auf den heutigen Tag so bleibt, da diese Entscheidung bis heute nicht aufgehoben wurde.

Sie wurde sogar noch durch eine neue Entscheidung dieses Gerichtes von 1975, die zu den Ostverträgen erging, bestätigt, welche ebenfalls bis heute fortbesteht.

Die Bundesrepublik Deutschland ist daher nach dem allgemeinen Öffentlichen Recht, also nach dem Völkerrecht und dem deutschen Staatsrecht nicht identisch mit dem Deutschen Reich, das als solches bis heute fortbesteht.

Sie ist daher auch nicht etwa der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, das ja als solches staats- und völkerrechtlich weiterbesteht.

Es wird international auch nicht etwa durch die Bundesrepublik Deutschland vertreten, da dafür kein entsprechendes Mandat besteht.

Eine den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes entgegenstehende Entscheidung hat es bis heute noch nicht gegeben.

5. Nach diesen beiden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes sind die ersten staatsrechtlichen Organe der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, die Wiedervereinigung des gesamten Deutschen Reiches, also auch jenseits von Oder und Neiße, und ihre Pflichten zur Erreichung dieses Zieles nicht aufzugeben, sowie alles zu unterlassen, was dieses Ziel verhindern könnte.

Es ist aber nicht zugleich in diesen Entscheidungen festgestellt worden, in welchem Rahmen diese Wiedervereinigung erfolgen sollte, wie also Ostdeutschland jenseits der Oder und Neiße behandelt werden sollte.

6. Die hiermit geschaffenen Daten der Wiedervereinigung und des Völkerrechtsstatus Gesamtdeutschlands und Preußens sind jedenfalls auf das Gebiet des Deutschen Reiches beschränkt, das nicht zugleich identisch mit dem der Bundesrepublik Deutschland ist.

Demnach ist es staats- und völkerrechtlich zulässig, einen neuen Freistaat Preußen auf dem Gebiet des Deutschen Reiches zu gründen, wofür etwa das Gebiet um Königsberg (Kaliningrad) und das der Freien Stadt Danzig in Betracht kommt, das derzeit noch völkerrechtswidrig, wie gezeigt worden ist, von Rußland und Polen besetzt ist.

7. Die Völkerrechtslage der Freien Stadt Danzig ist der Völkerrechtslage des gesamtdeutschen Reiches gleichartig, nachdem die Freie Stadt Danzig bis 1919 noch untrennbar Bestandteil des Deutschen Reiches war und erst durch das Siegersystem von Versailles im Januar 1920 aufhörte, ein solcher Bestandteil zu bleiben.

8. Daher kann der gegenwärtigen Völkerrechtslage der Freien Stadt Danzig sehr wohl die Völkerrechtsgrundlage Gesamtdeutschlands zugrunde gelegt werden, wie sie hier in Abschnitt 1. dieses Gutachtens aufgezeichnet wurde.

Es sind nur die entsprechenden Gebietsgrenzen der Freien Stadt Danzig zugrunde zu legen und nicht etwa die des Gesamtdeutschen Reiches.

Dann jedoch ergeben sich die gleichen staats- und völkerrechtlichen Konsequenzen wie für die Völkerrechtslage des Deutschen Reiches heute.

9. Das ist auf die Formulierung des Artikel 25 des Grundgesetzes zurückzuführen: Danach ist das Völkerrecht Bestandteil des deutschen Bundesrechts.

Diese allgemeinen Regeln des Völkerrechts gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes. Während viele Bestimmungen des Grundgesetzes nicht unbedingt Bestandteil des deutschen Rechts geworden sind, da sie von den Alliierten den Deutschen aufgezwungen worden sind und das deutsche Volk nie befragt wurde, ob es auch diese Bestimmungen haben wolle, gilt dieses nicht für den Artikel 25 GG.

10. Dort ist allein auf der Grundlage des allgemeinen Völkerrechts die Wirkung dieser Bestimmung zur nationalen deutschen Pflicht geworden und völkerrechtlich zulässig.

Es erscheint daher durchaus als Pflicht, einen neuen Freistaat Preußen in einem besonderen Teil des Deutschen Reiches zu begründen, da dem kein anderer Rechtsstatus entgegensteht.

Ein solcher ist jedenfalls nicht erkennbar.

II

1. In diesem Rahmen besteht auch die deutsche Staatsangehörigkeit fort, die rein staatsrechtlich nicht die der Bundesrepublik Deutschland ist, für die es kein eigenes Gesetz gibt. Wohl aber gibt es die Staatsangehörigkeit des Deutschen Reiches nach dem Reichs- und Staatsbürgerschaftsgesetz von 1913: Jeder Deutsche ist also nach dem öffentlichen Recht im Staats- und Völkerrecht Reichsdeutscher und nicht etwa Bundesdeutscher.

2. Der Einigungsvertrag zwischen der "Bundesrepublik Deutschland" und der "DDR" vom 6. September 1990 hat in Artikel 4, Ziffer 2 den Artikel 23 des Grundgesetzes aufgehoben.

Daher gilt nach gegenwärtigem bundesdeutschem Staatsrecht nicht mehr: "Das Grundgesetz ist nach dem Beitritt anderer Teile Deutschlands in diesen Teilen in Kraft zu setzen." Diese Aufhebung war staatsrechtlich rechtswidrig, da nicht alle Teile Deutschlands (Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße etwa) dem Grundgesetz beigetreten sind.

3. Von der Bundesregierung ist dafür als Begründung angegeben worden, daß die Wiedervereinigung Deutschlands mit dem Beitritt der DDR zum Grundgesetz vollzogen sei und daher kein weiteres Gebiet in Europa mehr der Bundesrepublik beitreten könne.

Damit hat die Bundesregierung freilich indirekt auf Ostdeutschland jenseits der Oder und Neiße verzichtet (Das eigentliche Ostdeutschland ist niemals Mitteldeutschland, wie dieses heute genannt wird.). Und das obwohl zu diesem Zeitpunkt noch keine gesamtdeutsche Regierung und auch kein gesamtdeutscher Gesetzgeber bestand und daher eine solche Abtretung staatsrechtlich irrelevant ist, zumal ja auch die Bundesrepublik Deutschland nicht identisch mit dem Deutschen Reich war und ist, das nach wie vor besteht.

Zu einer völkerrechtlich gültigen Abtretung fehlt ihr daher jede Rechtsgrundlage: Ich kann und darf nicht rechtsgültig das Grundstück meines Nachbarn an Fremde abtreten.

Das wäre rechtsunwirksam.

4. 4. Noch deutlicher als im Einigungsvertrag kommt diese gewollte Abtretung im "Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland", im sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag, zum Ausdruck, der am 12. September 1990 von der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und den vier Hauptsiegermächten in Moskau abgeschlossen wurde.

In Artikel 1 dieses Vertrages wird auf jeden künftigen Gebietsanspruch Deutschlands anderen Mächten gegenüber verzichtet, ohne daß dafür eine Rechtsgrundlage welcher Art auch immer für die Bundesrepublik Deutschland vorhanden war.

In diesem Artikel werden auch die deutschen Ostgebiete nicht mehr als deutsches Staatsgebiet aufgeführt.

5. 5. Trotz dieser entscheidend deutlichen Völkerrechtsgrundlage muß die Bundesrepublik Deutschland aber in jedem Fall Artikel 20 Absatz 3 des Grundgesetzes berücksichtigen.

Zu diesem dort genannten Recht gehört auch das Völkerrecht nach Artikel 25 Grundgesetz das

nach dieser Bestimmung sogar dem Bundesrecht im Rang vorgeht.

Nach diesem allgemeinen Völkerrecht ergibt sich aber eine andere allgemeine Völkerrechtsgrundlage Gesamtdeutschlands. Sie gestaltet sich wie folgt:

6. Die Ostgebiete des Deutschen Reiches jenseits von Oder und Neiße sind zum größten Teil von Polen, zu einem kleineren Teil in Nord-Ostpreußen von der Sowjetunion 1945 annektiert worden. Hierin ist der litauisch annektierte Teil eingeschlossen.

Die Annexion, die in ihrem Wesen immer eine Aggression ist, wird jedoch größtenteils seit der sog. Simson-Doktrin von 1932 als völkerrechtlich unzulässig angesehen.

Nach dieser Doktrin soll ein gewaltsamer Gebietswerb auch nicht völkerrechtlich anerkannt werden. Andernfalls wäre der Briand-Kellogg-Pakt von 1928, der den Angriffskrieg, wie jede Aggression, ächtet, unwirksam geworden.

Für die reine kriegsmäßige Besetzung, die als solche nur in einem Krieg zulässig ist, gilt jedoch nach wie vor die Haager Landkriegsordnung von 1907 und für das Verhältnis der Besatzungsmacht zum besetzten Feindstaat die Bestimmung des Artikels 45 der Haager Landkriegsordnung (Beachtung der Landesgesetze), des Artikels 46 der Haager Landkriegsordnung (Schutz des Privateigentums), des Artikels 47 der Haager Landkriegsordnung (Verbot der Plünderung), sowie des Artikels 53 der Haager Landkriegsordnung (Beschlagnahme von Eigentum stets nur während der Besetzung).

7. Diese bereits bestehende spezielle Völkerrechtsgrundlage wird jetzt nochmals neu formuliert durch die Resolution 242 des Sicherheitsrates der UNO vom 22. November 1967.

Danach darf fremdes Staatsgebiet immer nur vorübergehend, aber nicht auf Dauer besetzt gehalten werden.

Diese Besetzung ist daher auch niemals ein anerkannter Völkerrechtsgrund für einen Gebietswerb auf Dauer.

8. Dazu kommt auch noch, daß nach dem Grundgesetz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker jedes Volk das Recht hat, auf einem angestammten Gebiet in äußerer und innerer Freiheit zu leben.

Soweit dieses Recht nicht gewährleistet worden sein sollte, besteht ein entsprechend völkerrechtlich begründeter Anspruch gegen jede behindernde fremde Macht.

Das gilt natürlich auch für deutsche Verhältnisse.

9. Diese allgemeine völkerrechtliche Grundlage findet jetzt auch in einem grundlegenden internationalen Vertrag Anwendung.

So ist nach Artikel 53 der Konvention über das Recht der Verträge, die am 23. Mai 1969 in Wien unterzeichnet wurde und deren Partei die Bundesrepublik Deutschland seit dem 20. August 1967 ist, ein internationaler Vertrag nichtig, wenn er zur Zeit des Abschlusses mit einer zwingenden Norm des Völkerrechts in Widerspruch steht. Dafür kommt in Betracht:

a) Die Anerkennung einer Annexion als Rechtsgrund für das ständige Inbesitznehmen fremden Staatsgebietes,

b) die Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker,

c) das Verbot durch Krieg Gebiete auf Dauer zu erwerben,

d) fehlende Verfügungsbefugnis und Bedürfnis des ein Gebiet abtretenden Staates über dieses Gebiet.

10. Dazu ist zu a) und b) festzustellen:

a) Die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße sind zweifellos annektiert worden. Eine solche Annexion soll durch den Grenzanerkennungsvertrag mit Polen vom 14. November 1990 durch dessen folgende Ratifikation abgeschlossen werden und "Recht" begründen.

Entsprechend verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland auch in Artikel 2 des deutsch-sowjetischen Vertrages über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit vom 9. November 1990, künftig keine Gebietsansprüche künftig mehr gelten zu machen.

b) Eine solche Annexion ist aber niemals ein völkerrechtlicher Grund für einen dauerhaften Erwerb aller deutschen Ostgebiete durch die polnische und sowjetische Annexion und Okkupation.

11. 11. Jede Vereinbarung, die die von Polen und der Sowjetunion annektierten deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße betrifft, ist somit zunächst in diesen beiden Punkten eine Verletzung von Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention. Rechtsfolge könnte daher von jeder Bundesregierung, die der jetzigen folgt, den Okkupationsmächten gegenüber geltend gemacht werden.

Daher kann eine solche Vereinbarung nicht dem Frieden in Europa auf Dauer dienen. Denn dieser völkerrechtlich begründete Rechtsanspruch nach der UNO-Konvention vom 22. November 1967 ist unverjährbar und unverzichtbar nach Artikel 8, Abs. 4 der Genfer Konvention von 1949. Die Geltendmachung solcher Ansprüche gegen Polen und Rußland ist völkerrechtlich daher jederzeit zulässig.

12. 12. Darüber hinaus ergibt sich ebenfalls aus dem allgemeinen Recht der internationalen Verträge ein weiterer Rechtsgrund, dessen Nichtbeachtung gleichfalls zur Nichtigkeit im Sinne von Artikel 57 der Wiener Vertragskonvention von jeder entsprechenden völkerrechtlichen Vereinbarung führt, mit der die Bundesrepublik Deutschland die von Polen und der Sowjetunion annektierten Gebiete des Deutschen Reiches jenseits von Oder und Neiße an die beiden Okkupationsmächte abtreten wollte und würde.

Wenn ein solcher Abtretungsvertrag völkerrechtswirksam sein sollte, muß die Bundesrepublik Deutschland vorerst einmal über die abzutretenden Gebiete auch völkerrechtlich überhaupt abtretungs- und damit Verfügungsberechtigt gewesen sein.

Das war jedoch zu keinem Zeitpunkt jemals der Fall, denn das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erstreckte sich nie über Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße.

13. 13. Denn unstreitig ist die Bundesrepublik Deutschland jedenfalls vor der Annexion der deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße über diese Gebiete schon damals nicht völkerrechtlich befugt gewesen, weil sie zum Zeitpunkt der Annexion gar nicht bestand.

Sie ist aber auch nachträglich nicht völkerrechtlich Verfügungsberechtigt geworden.

Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes in dieser Sache über den Fortbestand des Deutschen Reiches, das als solches allein völkerrechtlich Verfügungsberechtigt über seine Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße ist, ist es auch bis heute nicht untergegangen. Doch ist es als solches auch heute noch nicht einmal völkerrechtlich handlungsfähig.

14. 14. Da es nicht untergegangen ist, kann auch die Bundesrepublik Deutschland nicht etwa der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches sein.

Im Namen des Deutschen Reiches kann sie allenfalls völkerrechtlich gültig tätig werden, soweit sie mit diesem Reich zumindest teildentisch ist.

a) Das ist sie hinsichtlich Westdeutschland.

Sie konnte also in diesem Namen etwa kleine Gebietsteilchen an den westlichen Grenzen an Holland und Belgien abtreten. Doch selbst dafür hatte sie gar keine entsprechende Vollmacht.

b) Das ist sie jetzt auch hinsichtlich des Gebietes, das die frühere DDR als Mitteldeutschland innehatte und zwar seit dem 3. Oktober 1990. Auch hierfür würde aber eine entsprechende Abtretungsvollmacht fehlen.

c) Das ist sie bis heute aber nicht hinsichtlich der deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße.

Die Wiedervereinigung hat durch Einigungsvertrag nämlich ebenso wie durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag ausdrücklich nur für Westdeutschland und Mitteldeutschland stattgefunden.

Auch der Untergang des Deutschen Reiches ist bisher noch durch kein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes bestätigt worden.

Für seine Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße bleibt daher auch allein das Deutsche Reich

verfügungsberechtigt. Doch ist es völkerrechtlich nicht handlungsfähig und kann daher schon aus diesem Rechtsgrund kein Gebiet völkerrechtlich zulässig abtreten.

15. 15. Demzufolge hat die Bundesrepublik Deutschland mit dem deutsch-polnischen "Grenz-
anerkennungsvertrag" vom 14. November 1990 deutsche Gebiete abgetreten, die abzutreten
sie weder staats- noch völkerrechtlich die Möglichkeit und daher auch nicht die Befugnis hat-
te, da sie niemals die Territorialgewalt über diese Ostgebiete ausübte.

Die Wiener Vertragsrechtskonvention kennt zwar keine ausdrückliche Bestimmung, wonach
ein Vertrag, der eine unmögliche Leistung zum Gegenstand hat, nichtig ist. Doch gilt auch
hier der alte Rechtssatz: Es gibt keine Verpflichtung zu etwas Unmöglichem. Dieser allge-
meine Rechtssatz ist sicherlich zwingende Norm des Völkerrechts.

Daher ist der Vertrag vom 14. November 1990, der Ostdeutschland an Polen abtritt, nach Ar-
tikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention nichtig, weil er eine Leistung verspricht, die
keiner der Beteiligten erbringen kann.

a) Die Bundesrepublik Deutschland nicht, weil sie über dieses Gebiet völkerrechtlich nicht
verfügungsberechtigt ist.

b) Das Deutsche Reich nicht, weil es zwar die Territorialhoheit über seine Ostgebiete hatte
und daher insoweit völkerrechtlich auch verfügungsberechtigt gewesen wäre, es aber zur Zeit
nicht kann, weil es völkerrechtlich nicht handlungsfähig ist.

16. 16. Die Übertragung der territorialen Souveränität über die deutschen Ostgebiete jenseits
von Oder und Neiße von Seiten des Deutschen Reiches als dem einzigen Inhaber der Souve-
ränität auf Polen, die Sowjetunion und Litauen ist schließlich auch nicht etwa aus dem Ge-
sichtspunkt einer "normativen Kraft des Faktischen" denkbar, zulässig oder völkerrechtlich
gültig. Tatsachen allein können nämlich niemals Recht schaffen.

17. Die "normative Kraft des Faktischen" wird vielmehr nach allgemeinem Recht erst dann zu
wirksamem Recht, wenn sich diese Tatsachen auch dem entsprechenden Rechtstitel anschlie-
ßen. Dieses wiederum ergibt sich aus der allgemeinen Tendenz des Menschen, Gegebenes und
Geübtes zur Norm, zum "Normalen" zu erheben.

Nur wenn bereits bestehende Tatsachen also durch diese menschliche Grundtendenz als
Rechtsüberzeugung oder Rechtsbewußtsein "gerechtfertigt" werden, können solche Tatsachen
auch als autoritäres Gebot des Gemeinwesens, also als "Rechtsnorm" anerkannt werden.

18. Denn nach Gustav Radbruch ("Rechtsphilosophie", 1956) ist die "Normativität der Tatsa-
chen" ein Paradoxon: Aus einem Sein allein kann nie ein Sollen entspringen.

Ein Faktum wie die Anschauung einer bestimmten Zeitepoche kann nur normativ werden,
wenn eine Norm ihm diese Normativität beigelegt hat. Eine solche Norm ihrerseits kann aber
wieder nur durch Anerkennung als Rechtsnorm entstehen. Nichts anderes besagt auch die von
Georg Jellinek (Allgemeine Staatsrechtslehre, 1900) erstmals entwickelte Lehre von der
"normativen Kraft des Faktischen".

19. 19. Solange die hier geschilderte Völkerrechtslage nicht völkerrechtsgemäß staats- und
verfassungsrechtlich geklärt ist, verbleibt es im übrigen auch noch beim Fortbestand des
Deutschen Reiches, und zwar auf der Rechtsgrundlage der entsprechenden Rechtsprechung
des Bundesverfassungsgerichtes.

So ist in der Folge etwa Artikel 1 des "Zwei-plus-Vier-Vertrages" vom 29. September 1990
schon insoweit völkerrechtswidrig und damit nichtig nach Artikel 53 der Wiener Vertrags-
rechtskonvention, als er für Gesamtdeutschland auf jeden künftigen Gebietsanspruch verzich-
tet.

Solange das Deutsche Reich noch besteht, kann die Bundesrepublik Deutschland nicht auf
Ansprüche verzichten, Gebiete von den Okkupationsmächten zurückzubekommen, über die
jedenfalls die Bundesrepublik Deutschland niemals verfügungsberechtigt war, da sie darüber
niemals irgendeine Territorialgewalt hatte. Und die dazu noch völkerrechtswidrig erlangt wur-

de.

Auch eine solche Nichtigkeit kann daher jede zukünftige Bundesregierung zu jeder Zeit gegen eine polnische und russische (und litauische) Okkupationsmacht geltend machen.

20. Außerdem besteht bis heute noch kein Friedensvertrag mit Deutschland, da entgegen einer weit verbreiteten Meinung der sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag noch kein solcher Friedensvertrag ist: Er wurde nämlich nicht von Deutschland, sondern nur von der Bundesrepublik Deutschland unterschrieben.

Das ist aber noch nicht Deutschland, sondern nur ein Teil Deutschlands. Ein Teil kann aber nicht für das ganze Deutschland unterschreiben, wenn er dazu gar keine ausdrückliche Vollmacht hat.

Diese Rechtsgrundlage kann wiederum jederzeit von aktueller Bedeutung werden, wenn gerade persönliche Ansprüche gegen die Bundesregierung in einem solchen Rahmen geltend gemacht werden. Auch sind solche Ansprüche nicht etwa an irgendeine Frist gebunden.

III

1. 1. Die hier geschilderte Völkerrechtslage Gesamtdeutschlands nach dem 3. Oktober 1990 ist trotz aller entsprechenden "völkerrechtlichen" Verträge, die auf Ostdeutschland jenseits Oder und Neiße verzichten wollen und sollen, daher niemals eine Grundlage für einen dauerhaften Frieden in der Welt und in Europa:

a) Eine solche andere Entwicklung zeigt sich nämlich jetzt gerade am Beispiel Karelien: Finnland mußte nach zwei verlorenen Kriegen im Friedensvertrag von 1947 insgesamt 25.000 qkm in Karelien an die Sowjetunion abtreten. Dennoch wurde im Januar 1991 im Reichstag in Helsinki bereits unmißverständlich die finnische Regierung aufgefordert, die möglichst umgehende Rückgabe dieser Gebiete von Rußland zu fordern und auch gleich praktisch einzuleiten.

Zwar entgegnete die Regierung, es läge "nicht in unserem Interesse", die Zugehörigkeit dieser Gebiete zu Rußland in Frage zu stellen. Doch kein Finne glaubt jetzt noch ernsthaft, daß schon das letzte Wort Finnlands hierzu gesprochen sein sollte. Denn nach einer Umfrage sind bereits 47 % der Bevölkerung Finnlands der Meinung, daß solche Gebietsverhandlungen nunmehr umgehend einsetzen sollten.

b) Gleiche Gebietsstreitigkeiten gibt es auch hinsichtlich der japanischen Inselkette der Kurilen für die dortigen Inseln Habomei, Kunashiri, Shikotan und Iturup. Japan denkt nicht daran, einer Abtretung dieser nur kleinen Inseln, die die Sowjetunion 1945 annektierte, zuzustimmen.

c) "Friedensbedingungen anderer Art" hat bisher nur die Bundesrepublik Deutschland angeboten, nämlich entschädigungslosen Territorialverzicht von Gebieten, die über 700 Jahre rein deutsch waren, bis ihre Bevölkerung von dort gewaltsam vertrieben wurde, was nicht ohne unzählige Tötungen abging.

2. 2. Wie hier dargestellt, ist es aber dennoch mehr als fraglich, ob ein solches Anerbieten denn überhaupt einem solchen "dauerhaften Frieden" dienen könnte, der damit angestrebt werden soll. Würde es wirklich einem "Quousque tandem?" (Wie lange noch?) der Geschichte standhalten? Das jedoch könnte - wie beide Beispiele aufzeigen - jederzeit geltend gemacht werden. Denn es spricht auch alles dafür, daß das, was nicht gerecht geregelt war, nicht auf Dauer bestehen kann.

3. 3. Mithin muß für die Neufassung des Grundgesetzes - oder besser einer richtigen Verfassung - für Deutschland im Rahmen des nach wie vor geltenden Artikel 146 GG von der hier geschilderten Rechtslage des allgemeinen öffentlichen Rechts, also des Völkerrechts und des deutschen Staatsrechts, ausgegangen werden.

Einklagen kann jeder Staat diese Rechtslage vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag, vor dem nur Staaten auftreten dürfen.

Ein Staat, der gegen das Deutsche Reich etwa Rechtsansprüche zu haben glaubt, die sich aus

der Zeit des sogenannten Zweiten Weltkrieges ergeben könnten, kann sich jederzeit deswegen an das Deutsche Reich wenden, nicht aber an die Bundesrepublik Deutschland, die niemals Kriege geführt hat und die auch nicht der gegenwärtige oder der künftige Rechtsnachfolger des ja noch immer bestehenden Deutschen Reiches ist.

4. 4. Fremde Staaten können die gegenwärtige Völkerrechtslage von Gebieten wie das Sudetenland, Danzig oder Memel vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag einklagen, wo sie Recht bekommen werden.

5. 5. Es bleibt noch heute die Sache eines fremden Staates, ob die gegenwärtigen Grenzen Deutschlands die vom 31. Dezember 1937 sein sollten, wie das die Alliierten in ihrer Berliner Erklärung von 1945 behaupten oder ob sich das neue Deutschland in seinen Grenzen vom 31. August 1939 erstreckt, in denen das Selbstbestimmungsrecht des Deutschen Volkes immerhin berücksichtigt wurde. Nur die Berücksichtigung dieser Völkerrechtslage allein könnte einen zukünftigen Frieden wirkungsvoll stabilisieren, da auch der von Versailles 1919 nur die Grundlage für einen neuen Weltkrieg geboren hatte. Warum sollte ein künftiger Friedensvertrag wieder solche Folgen haben müssen?

"Nichts ist geregelt, was nicht auch gerecht geregelt wurde" (Abraham Lincoln).<<

Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Dieter Blumenwitz schrieb später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x151/56): >>... Die Vorgaben für die 2+4-Verhandlungen lauteten: "Kein Friedensvertrag, sondern eine völkerrechtlich verbindliche Regelung über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Vereinigung". ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x283/249): >>... Mit dem Fall der Mauer war das Ende der Spaltung zum Greifen nahe, aber ohne die Bestätigung aus Moskau nicht erreichbar. Dort war man grundsätzlich zu einer Zustimmung bereit, allerdings unter der Bedingung, daß Gesamtdeutschland neutral sei. Eine Mitgliedschaft in der NATO wurde zunächst nicht akzeptiert. Es bedurfte langer zäher Verhandlungen und erheblicher materieller Zuwendungen, deren Höhe - angeblich 8 Milliarden - sowohl Gorbatschow als auch Helmut Kohl in ihren Memoiren schamhaft verschweigen, bis endlich am 12. September 1990 der Zwei-plus-Vier-Vertrag unterzeichnet und die Westbindung der erweiterten Bundesrepublik anerkannt und dingfest war.<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete im Juni 2011 über die Folgen der sog. Wiedervereinigung (x878/...): >>>Europa und das deutsche "nationale Interesse"

... Der Euro und die Wiedervereinigung

Die Wiedervereinigung stellte die Nachkriegsordnung und damit die bisher bestehenden Grundlagen der europäischen Einigung in Frage. Der Präsident Frankreichs, Mitterrand, machte seine Zustimmung zur deutschen Einheit von der Aufgabe deutscher Souveränität in Gestalt der D-Mark und der Einbindung Deutschlands in einen europäischen Währungsverbund abhängig. Die USA bestanden auf einem Verbleib Gesamtdeutschlands in der NATO, was auch eine fortbestehende signifikante US-Truppenpräsenz in Deutschland bedeutete.

Zwar wird der Zusammenhang zwischen Wiedervereinigung und Aufgabe der D-Mark zu Gunsten des Euro immer wieder bestritten, aber er ist so offenkundig, daß sich eine Diskussion nicht lohnt. ...<<

26. Wie veränderte sich der völkerrechtliche Status der Bundesrepublik Deutschland nach der sogenannten Wiedervereinigung mit der Deutschen Demokratischen Republik?

In der DDR fanden am 18. März 1990 die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR statt - "Allianz für Deutschland" aus CDU, DSU und DA = 48,2 %, SPD = 21,8 %, PDS = 16,3 % ... -. Die Wahlbeteiligung lag bei 93,2 % (x101/173).

Die Berliner Tageszeitung "taz" berichtete am 19. März 1990 über die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR (x303/173): >>... Kohl hat sich im Wahlkampf für den Anschluß, für die Teilhabe der DDR-Bürger am westlichen Wohlstand, für das Versprechen von der Erlösung vom Dasein eines Deutschen zweiter Klasse verbürgt.

Eine Mehrheit der DDR-Wähler wollte Gleichheit jetzt - und sei es nur als Garantie von materiellen Symbolen der Gleichheit.<<

Der Deutsche Bundestag in Bonn und die DDR-Volkskammer in Ost-Berlin verabschiedeten am 21. Juni 1990 den Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Ferner wurde eine Entschließung über die endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze (Oder-Neiße-Linie) verabschiedet.

Die Bundestagsdebatte vom 21. Juni 1990 endete mit dem Ausruf des Grünen-Abgeordneten Briefs: "Es darf nie wieder Deutschland geben. Nie wieder Deutschland!"

Beifall bei Abgeordneten der Grünen.<<

Der Deutsche Bundesrat stimmte am 22. Juni 1990 dem Staatsvertrag und der Entschließung über die deutsch-polnische Grenze zu.

Die DDR-Volkskammer beschloß am 22. August 1990 den Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Deutschen Grundgesetzes. Beitrittstermin der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes wurde der 3. Oktober 1990.

Vertreter der deutschen Regierungen unterzeichneten am 31. August 1990 in Ost-Berlin den Einigungsvertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands.

Der Einigungsvertrag vom 31. August 1990 trat gemäß Bekanntmachung vom 29. September 1990 (GBl. I S. 1988) am 29. September 1990 in Kraft.

Am 12. September 1990 wurde in Moskau das Abschlußdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik, der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, der UdSSR und der USA unterzeichnet.

Am 3. Oktober 1990 trat die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutschland bei. Gemäß Einigungsvertrag vom 31.08.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 3. Oktober 1990 Länder der Bundesrepublik Deutschland (obgleich diese neuen Länder der Deutschen Demokratischen Republik erst am 14. Oktober 1990 gemäß Ländereinführungsgesetz gebildet wurden!!!).

Der 3. Oktober ist seither ein gesetzlicher Feiertag ("Tag der deutschen Einheit").

Infolge des Inkrafttretens des Staatsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gehörten die fünf neuen Bundesländer seit dem 3. Oktober 1990 zur EG.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik waren keine souveränen Staaten, weil das Deutsche Reich völkerrechtlich nie untergegangen ist. Es handelte sich lediglich um Besatzungskonstrukte der alliierten Siegermächte, aber um keine Staaten im völkerrechtlichen Sinn, denn sie verfügten nicht über die klassischen Merkmale eines Staates: Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt.

Weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratische Republik waren völkerrechtlich politisch und ökonomisch unabhängige Staaten. Während der Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1990 wurden demnach nur zwei unsouveräne, abhängige Staatsgebilde (ehemalige Besatzungszonen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges) zusammengeführt.

Die von den Siegermächten gegründete BRD und die DDR waren nie souveräne Staaten. Die freien, geheimen Wahlen in der BRD waren zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten waren nicht souverän. Insofern waren alle Wahlen völlig überflüssig.

Aufgrund des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge - Ruhrstatut und Zwangsmit-

gliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU - sowie der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag der alliierten Siegermächte. Seit 1949 mußte jeder deutsche Bundeskanzler die sogenannte "Kanzlerakte" unterschreiben.

In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde ausdrücklich die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Das neue Verwaltungskonstrukt (BRD und DDR = BRD) übernahm jedoch gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954 (Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen vom 23.10.1954) und blieb weiterhin Zwangsmittglied der Europäischen Union, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben.

Aufgrund der damaligen Grundgesetzänderung wurde die Einheit und Freiheit Deutschlands angeblich für das gesamte deutsche Volk vollendet und damit das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der vertriebenen Ostdeutschen kurzerhand komplett ausgeblendet.

Der "Verzicht" auf Teile des fortbestehenden Deutschen Reiches - Ostdeutschland bzw. deutsche Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße - war gemäß Artikel 25 Grundgesetz völkerrechtswidrig und deshalb ungültig und nichtig.

Artikel 25 des deutschen Grundgesetzes - Stand: Januar 2018 - lautet wie folgt (x890/...):

>>Artikel 25

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.<<

Gemäß Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 heißt es im Artikel 53 - Verträge im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts - ius cogens (x1.036): >>Ein Vertrag ist nichtig, wenn er im Zeitpunkt seines Abschlusses im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts steht. Im Sinne dieses Übereinkommens ist eine zwingende Norm des allgemeinen Völkerrechts eine Norm, die von der internationalen Staatengemeinschaft in ihrer Gesamtheit angenommen und anerkannt wird als eine Norm, von der nicht abgewichen werden darf und die nur durch eine spätere Norm des allgemeinen Völkerrechts derselben Rechtsnatur geändert werden kann.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.06.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Das Sonderheft Nr. 42 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Dieses Sonderheft ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x051/79) = Das große Lexikon des Dritten Reiches, Seite 79.

x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung</u> . Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen</u> . Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen</u> . Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): <u>Polen und Deutsche</u> . Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten</u> . Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. <u>Um Volksstaat und Völkergemeinschaft</u> . E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3</u> . Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.

x101	Benz, Wolfgang: <u>Deutschland seit 1945. Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder.</u> München 1990.
x125	Bluhm, Georg: <u>Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik.</u> Freiburg 1963.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage.</u> Frankfurt/Main 1980.
x148	Klett, Ernst (Hg.): <u>Politische Weltkunde II. Europa und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.</u> E. Klett Verlag, Stuttgart 1985.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Forum für Kultur und Politik. Heft 16.</u> Bonn 1996.
x155	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Erklärungen zur Deutschlandpolitik. Dokumentation Teil I, 1949-1972.</u> Bonn 1984.
x169	Finkelstein, Norman G.: <u>Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird.</u> München 2002.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): <u>Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert.</u> Dortmund 1997.
x182	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Das Wirtschaftswunder. Unser Weg in den Wohlstand.</u> Hamburg 1983.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I.</u> Frankfurt/Main 1984.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld. Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage.</u> München 2004.
x283	Demandt, Alexander: <u>Es hätte auch anders kommen können. Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage.</u> Berlin 2011.
x287	Berbig, Hans Joachim: <u>Kleine Geschichte der deutschen Nation.</u> Düsseldorf 1985.
x296	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): <u>Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Geschichte und Politik in unserer Zeit (Lehrerausgabe).</u> Braunschweig 1975.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Geschichtliche Weltkunde. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. 1. Auflage.</u> Frankfurt/Main 1976.
x301	Heumann, Hans (Hg.): <u>Geschichte für Morgen. 1. Auflage.</u> Frankfurt/Main 1988.
x303	Westermann Schulbuchverlag GmbH, Braunschweig (Hg.): <u>Durchblick. GSW Geschichte/Politik 9/10. 1. Auflage.</u> Braunschweig 2004.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle. Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein.</u> Wien 2011.
x310	Schweitzer, Eva: <u>Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte.</u> München 2004.
x313	Fabian, Frank: <u>Die geheim gehaltene Geschichte Deutschlands. Was bis heute von Historikern verschwiegen wird. 2. Auflage.</u> München 2016.
x317	Schuster-Haslinger, Gabriele: <u>Verraten - verkauft - verloren. Der Krieg gegen die eigene Bevölkerung.</u> Fichtenau 2016.
x322	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Volksaustausch. Geburtensturz und Überfremdung. COMPACT-Spezial Nr. 18. Werder (Havel) 2018.</u>
x352	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 1. Teil. Express-Zeitung. Ausgabe 28. September 2019. Oberwil/Schweiz.</u>
x353	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 2. Teil. Express-Zeitung. Ausgabe 29. November 2019. Oberwil/Schweiz.</u>
x354	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 3. Teil. Express-Zeitung. Ausgabe 30. Dezember 2019. Oberwil/Schweiz.</u>

x357	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Ami go home!</u> Wie uns NSA, CIA und Army besetzt halten. COMPACT-Spezial Nr. 6. Werder (Havel) 2016.
------	---

Internet

x800	Bracht, Hans Werner: http://www.deutscherosten.de/BRACHT.htm - 19.04.2011.
x877	http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker-/Reden/1985/05/19850508_Rede.html - September 2016.
x878	http://www.guntram-von-schenck.de/ - September 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x890	https://www.bundestag.de/gg - Januar 2018
x973	https://www.konrad-adenauer.de/quellen/erklaerungen/1949-09-20-regierungs-erklaerung - April 2020
x1.036	https://www.vilp.de/treaty_full?lid=en&cid=153 - Januar 2022